

25X1

Page Denied

Next 1 Page(s) In Document Denied

Monatsbericht
über die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone im
Dezember 1954

Seite:

Einleitung

I. Die Entwicklung in der SED

1. Die 22. Tagung des ZK	1
2. Die politischen Direktiven an die Parteiorganisation	2
3. Auswirkung der SED-Wahlniederlage in Westberlin	4
4. Rückgang des Arbeiterranteils an der SED-Mitgliedschaft	6
5. Parteiativtagungen ohne konkrete Beschlüsse	7
6. Versagen der Funktionäre und Grundeinheiten	8
7. Fernbleiben der meisten Mitglieder vom Parteilehrjahr	10
8. Schärfere Kontrolle der Staatsfunktionäre	12
9. Massenstimmung gegen die SED	12
10. Kampagnen gegen die SPD	19
a) Vortäuschung einer Übereinstimmung mit der SPD	20
b) Aufrüfferungen zu Verhandlungen	21
c) Scharfe Angriffe gegen den Parteivorstand der SPD	22
d) Sozialdemokratische Flugblattaktionen in der Sowjetzone	24
11. Wahlniederlage und neue Aktionen der SED in Westberlin	25
a) Hetzkampagne gegen die SPD	25
b) Die vernichtende Niederlage der SED	26
c) Fortsetzung der SED-Aktionen in Westberlin	29
12. Kommunistische Infiltration in Westdeutschland	31
a) Kampagne für "Aktionseinheit"	31
b) Infiltrationsversuche des FDGB	34
c) Offener Brief des Sowjetzoneminister für Arbeit an den westdeutschen Arbeitsminister	35
d) Aufrufe des Nationalrates der Nationalen Front	35

e) Einladung an westdeutsche Kommunalpolitiker	37
f) Gesamtdeutsches Wirtschaftsgespräch	38
g) Vorstoß der DEFA nach Westdeutschland	38
h) Propaganda mit dem "Schiller-Komitee 1955"	39
i) Kommunistische Kulturinfiltration	40
k) Kurzwellensendungen der GST	41
l) Propaganda mit britischen und norwegischen Gewerkschaftsdelegationen	42
13. Moskauer Konferenz und ihre Auswertung	42
a) Die Rede Molotows	43
b) Die Erklärungen Grotewohls	46
c) Auswertung der Moskauer Konferenz	48
14. Volkskammerschreiben an die Parlamente in Frankreich und Italien	49
15. Note der Sowjetregierung vom 9. Dezember 1954	49
16. Veranstaltungen und Erklärungen zum Stalin-Gedenktag	50
17. Anwendung der sowjetischen "Politischen Ökonomie auf die Sowjetzone	52
18. Der Parteitag der KPD	54
19. Die Tätigkeit der FDJ	58
a) die 9. Tagung des Zentralrates der FDJ	59
b) Änderung der FDJ-Verfassung im Zusammenhang mit der Aufrüstung	60
c) Das neue Studienjahr begann mit einem Mißerfolg	61
d) Mangel an Funktionären	62
e) Tagung des Kommunistischen "Deutschen Jugendringes"	63
f) "Gesamtdeutsche Jungmetallarbeiterkonferenz in Berlin	64
g) Vorbereitung für Weltfestspiele in Warschau	64

<u>I I. Wirtschaft</u>	65
1. Der Jahresplan 1954 wurde nicht erfüllt	65
2. Verschlechterung in der Versorgung	67
3. Geringere Weihnachtszuwendungen	70
4. Verschärfte Disziplinarordnung gegen hohe Ausfallzeiten	71
5. Vorbereitungen für den Wirtschaftsplan 1955	73
6. Betriebskollektivverträge mit konkreten Einzelverpflichtungen	73
7. Das Energieprogramm wurde nicht erfüllt	73
8. Neue Maßnahmen in der Bauwirtschaft	75
9. Die III. LPG-Konferenz	76
a) Entwicklung und Lage in den LPG	76
b) Maßnahmen zur weiteren Kollektivierung	81
<u>III. Die Flüchtlingsbewegung aus der Sowjetzone</u>	85
<u>IV. Jahresrückblick 1954</u>	89
<u>Statistiken zur Flüchtlingsbewegung</u>	93

Einleitung

Der Dezember kann in der Entwicklung der Sowjetzone als der kritischste Monat des Jahres 1954 bezeichnet werden. Die Entbehrungen der Bevölkerung, ihre Unzufriedenheit und ihr Widerstand gegen die SED-Diktatur und gleichzeitig die inneren Schwierigkeiten des Regimes erreichten einen höheren Grad als in den anderen Monaten des Jahres.

Die Kampagne der SED für eine allgemeine Aufrüstung der Sowjetzone im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge stiess in der Bevölkerung auf erheblichen Widerspruch. Die Anfang Dezember veröffentlichte Deklaration der Moskauer Konferenz mit der Ankündigung militärischer Gegenmassnahmen hatte sowohl auf die Bevölkerung wie auf die Mitgliedschaft der SED geradezu eine Schockwirkung.

In vielen Betriebsversammlungen erklärten sich die Arbeiter und Angestellten in Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Argumentation offen gegen jede Aufrüstung in der Sowjetzone und in Westdeutschland. Auch die Jugend brachte unmissverständlich ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck, dabei zeigte sich, dass die Jugendlichen in der Sowjetzone ebenso entschlossen und hartnäckig gegen die Militarisierung eingestellt sind wie die westdeutsche Jugend und dass sie sich durch die Erklärungen der SED, es gelte, ein "fortschrittliches" System zu "verteidigen", nicht beirren lassen.

Die Einmütigkeit der Ablehnung wurde weder durch Unterschiede in der Beurteilung der sowjetischen Androhung, im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge militärische Gegenmassnahmen zu ergreifen und weitere Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung abzulehnen, noch durch die Meinungsunterschiede über die Politik der Westmächte beeinträchtigt. Einigkeit herrschte unter der Bevölkerung darüber, sich einer allgemeinen Aufrüstung der Sowjetzone zu widersetzen, weil sie sich gegen die Wiedervereinigung Deutschlands richtet und ausserdem den bisher schon dürftigen Lebensstandard in Mitteldeutschland weiter erheblich herabdrücken würde.

Dazu kam noch, dass im Dezember eine bedeutende Verschlechterung der Versorgung eintrat und bei zunehmenden Schwierigkeiten in der Produktion das Drängen der Pankower Machthaber auf Erhöhung der Arbeitsnormen und Kürzung der Lohnfonds anhielt. Die Bevölkerung stellte

- II -

sich bestürzt die Frage, wie sich ihre Lebensbedingungen wohl gestalten würden, wenn das SED-Regime die Ausgaben für militärische Zwecke vervielfachen wollte.

Bei der Landbevölkerung kam noch eine besondere Beunruhigung durch die III. LPG-Konferenz hinzu. Bei den Mitgliedern der LPG und den Belegschaften der MTS und VEG löste die Ankündigung Erbitterung aus, dass auch sie dem berüchtigten "Sparsamkeitsregime" unterworfen und zur Erfüllung höherer Arbeitsnormen gezwungen werden sollen.

Die drohende Fortsetzung der Kollektivierung löste unter den Bauern eine erhebliche Beunruhigung aus.

Eine starke Wirkung hatte auch die vernichtende Wahlniederlage der SED in Westberlin. Sie stärkte die Widerstandskraft der Bevölkerung und wirkte zersetzend und lähmend auf die Kader der SED.

Unter dem Eindruck dieser Niederlage und der erregten Massenstimmung gegen das Pankower Regime stand im Dezember auch die Entwicklung in der SED. Es gelang dem SED-ZK nicht, die Funktionäre und Mitglieder der Partei zu Massenkampagnen für seine Parolen zu mobilisieren.

So bestätigte die Entwicklung im Dezember erneut, dass sich die Bevölkerung der Sowjetzone mit der Spaltung Deutschlands nicht abfindet und unter grössten Schwierigkeiten ihren Beitrag zum Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit mit ungebrochener Zähigkeit leistet.

Aus vielen Orten der Sowjetzone wurde im Dezember berichtet, dass durch kommunistische Störsender der Empfang von Rundfunksendungen aus Westberlin und Westdeutschland erheblich gestört und in den meisten Gegenden der Zone fast unmöglich gemacht wurde. Von den Besuchern aus der SBZ wird bei allen Gesprächen immer wieder der Wunsch ausgesprochen, alles zu tun, um die Verbindung mit dem Westen "über den Äther" aufrechtzuerhalten.

I. Die Entwicklung in der SED

Im Dezember hat die permanente Zersetzung in der SED einen neuen Höhepunkt erreicht. Lähmend und zersetzend wirkten auf die Kader und die Mitgliedschaft vor allem die vernichtende Niederlage der SED bei der Wahl in Westberlin am 5. Dezember, die Ankündigung einer verstärkten Aufrüstung in der Sowjetzone im Ergebnis der Moskauer Konferenz und die Versuche des ZK in den Betrieben den auf der 21. ZK-Tagung angekündigten verschärften Kurs durchzuführen. Diese drei Faktoren hatten in der Bevölkerung eine Zunahme des Widerstandes und der Proteste zur Folge und diese Massenstimmung stärkte die widerstrebenden Kräfte und zermürbte gleichzeitig die linientreuen Funktionäre in der SED. Das kam in den Parteiveranstaltungen durch entsprechende Äusserungen der Funktionäre und Mitglieder deutlich zum Ausdruck.

Es gelang deshalb dem ZK nicht, die Parteiorganisation für die verschiedenen Kampagnen zu mobilisieren. Der Partei war die Aufgabe gestellt worden, eine Massenstimmung gegen die Pariser Verträge und für die Moskauer Deklaration zu erzeugen, sowie in den VEB, MTS, VEG, LPG und den anderen Unternehmen des SED-Staates höhere Arbeitsnormen durchzusetzen. Alle Bemühungen in dieser Richtung endeten mit einem Fehlschlag.

An den Dezember-Veranstaltungen im Rahmen des laufenden Parteilehrjahres beteiligte sich kaum ein Viertel der Mitgliedschaft. Ebenso uninteressiert und ablehnend verhielten sich die Parteimitglieder in ihrer übergrossen Mehrheit gegenüber der vom ZK gross aufgezogenen Propaganda mit dem neuen sowjetischen Lehrbuch über "Politische Ökonomie".

I. Die 22. Tagung des ZK

Am 7. Dezember fand die 22. Tagung des ZK der SED statt. ULRICH referierte über die Moskauer Konferenz. Es wurde angeordnet, die Deklaration der Moskauer Konferenz, sowie die dort gehaltenen Reden von MOLOTOW und GROTEWOHL durch eine intensive Versammlungs- und Pressekampagne für die Massenagitiation auszuwerten und ausserdem in den Schulungsveranstaltungen der Partei als ein Hauptthema zu behandeln.

Nach den Ausführungen ULRICHTs sollte das Ziel der Kampagne darin bestehen, die Bevölkerung der Sowjetzone für die Festigung des SED-Staates und höhere Arbeitsnormen zu gewinnen und andererseits die Bevölkerung in Westberlin und Westdeutschland zu ausserparlamentarischen Kampfaktionen gegen die Adenauer-Regierung zu veranlassen und die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern.

In der Agitation sollte nach den Ausführungen ULRICHTs das Schwer gewicht auf die Erklärung gelegt werden, die Ratifizierung der Pariser Verträge sei noch nicht erfolgt, sie könne noch verhindert werden und damit könnten die auf der Moskauer Konferenz angekündigten Aufrüstungs Massnahmen entfallen. Gleichzeitig forderte ULRICHT die Parteiorganisation auf, unter den Mitgliedern und unter der Bevölkerung "Klarheit über den Klassencharakter von Streitkräften" zu schaffen und insbesondere die Jugend in der Sowjetzone zur "Verteidigungsbereitschaft" zu erziehen.

Als eine wesentliche Voraussetzung für einen Erfolg des Kampfes gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und die deutsche Wiedervereinigung im Sinne der sowjetischen Parolen bezeichnete ULRICHT die Festigung der DDR. Er nannte den SED-Staat die "Basis" dieses Kampfes und führte weiter aus, wer für die Wiedervereinigung Deutschlands sei müsse zu Verhandlungen mit der Sowjetzonenregierung bereit sein.

Für die Parteiorganisation hatte die 22. ZK-Tagung den Beschluss zum Ergebnis, die Durchführung der Anweisungen der 21. ZK-Tagung mit der Massenagitation für die Moskauer Deklaration zu verbinden.

2. Die politischen Direktiven an die Parteiorganisation

Im zentralen Funktionärsorgan der SED "Neuer Weg" wurden die politischen Direktiven des ZK an die Parteiorganisation im Leitartikel "Unser Handeln ist von den Ideen und Beschlüssen der Moskauer Konferenz bestimmt" in sieben Punkten zusammengefasst. Sie hatten sinngemäss folgenden Inhalt:

1. "Alles gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge, für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf demokratischer und friedlicher Grundlage und für die Organisierung

Das bedeutet, in den Massen beharrlich und geduldig den Inhalt der Deklaration erläutern und bewusst machen, dass der Kampf um den Frieden nur erfolgreich gestaltet werden kann, wenn man alle Aufgaben der Moskauer Deklaration durchführt. Das heisst, zugleich die Volksmassen im Sinne der Weisungen des 21. Plenums des ZK für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, für die Organisierung der Sparsamkeit, für hohe Qualität in der Produktion und für die Steigerung der Produktion zu gewinnen."

2. "Man muss alle Verbindungen nach Westdeutschland jetzt im Sinne der Moskauer Konferenz aktivieren. Es genügt nicht nur, die Deklaration in Westdeutschland zu verbreiten, sondern in vielen persönlichen Briefen muss man den Menschen in Westdeutschland den Ernst der Lage bewusst machen und erklären, wie man dieser Gefahr, die durch die Pariser Verträge und des Widererstehens der Wehrmacht heraufbeschworen werden, begegnen kann."
3. "Die gegenwärtige Lage erfordert die rasche Festigung der Staatsmacht der DDR. Je erfolgreicher wir die Beschlüsse der DDR verwirklichen, um so erfolgreicher kann auch der Kampf in Westdeutschland geführt werden."
4. "Es gilt besonders in den Volksmassen zu erklären, warum wir mit aller Entschiedenheit die westdeutsche Jugend, die Arbeiterklasse unterstützen und fördern müssen, damit sie mit allen Mitteln gegen den Militarismus Stellung nehmen. Die Arbeiterklasse und alle Patrioten müssen verstehen, dass die Verteidigung des Fortschritts, des neuen Lebens, das wir in der DDR erfolgreich aufbauen, eine gerechte Sache ist."
5. "Die Parteifunktionäre und Mitglieder der FDJ und den Massen der Jugend grösste politische Aufmerksamkeit zu widmen. Nur die patriotische Erziehung unserer Jugend kann sie befähigen, den neuen Aufgaben gerecht zu werden."
6. "Vor allen Parteimitgliedern steht die Aufgabe, sich selbst und die Massen zu befähigen, ohne Vernachlässigung der grossen Aufbautätigkeit die Waffen gebrauchen zu lernen. Dazu gehört auch, dass die Parteimitglieder, die besten Kräfte der Arbeiterklasse, der Intelligenz, der werktätigen Bauernschaft, sich mit den fortschrittlichsten und höchstentwickelten Erfahrungen der Kriegswissenschaft und der Verteidigung der Heimat vertraut machen. Zusätzlich muss man solche Fragen, wie die der Bedeutung

- 4 -

und des Charakters der Volksarmee, die im Referat des Genossen ULRICH auf der 2. Parteikonferenz dargelegt wurden, behandeln, Vorträge und Lektionen organisieren, im Selbststudium den Vertrag des Genossen ULRICH an der Humboldt-Universität "Der Friedensvertrag und dienationalen Streitkräfte" studieren und die Arbeiten von LENIN und STALIN zu Fragen der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften, Arbeiten des Genossen WOROSCHILOW oder den Sammelband für die Jugend "Über die Sowjetarmee" lesen und zu Rate ziehen. Jeder Parteifunktionär und jedes Parteimitglied müssen all diese Fragen grundsätzlich beherrschen, damit sie imstande sind, die Massen in diesem Sinne zu erziehen."

7."Es ist notwendig, den entschlossen sten Kampf zu führen gegen den bürokratischen Stil, den manche Funktionäre in der Parteiarbeit zeigen, weil die Lösung unserer Aufgaben in enger Beziehung zueinander erfolgen muss und man nicht die ideologisch-politischen Schlussfolgerungen, die die Moskauer Konferenz für die Parteiarbeit ergibt, trennen darf von den ökonomischen Aufgaben, die das 21. Plenum gestellt hat."

Zu den einzelnen Punkten wurden längere Ausführungen gemacht, aus denen hervorging, dass diese politische Linie sowohl in der Partei wie unter der Bevölkerung auf starken Widerspruch stösst.

5. Auswirkung der SED-Wahlniederlage in Westberlin

Die vernichtende Niederlage der SED bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Westberlin am 5. Dezember löste in der SED eine ähnliche Stimmung aus wie der Juni-Aufstand 1953. Viele Mitglieder und Funktionäre, denen schon vorher völlig klar war, dass die SED mit ihrer Propaganda in Westberlin so wenig oder noch weniger Erfolg haben würde wie unter der Bevölkerung der Sowjetzone, sahen ihre Erwartung bestätigt und sprachen vielfach offen aus, dass die SED bei einer gesamtdeutschen Wahl die gleiche Niederlage erleben würde. Die Behauptung des ZK, die westberliner Wahl hätte unter Terror stattgefunden, wurde in Parteiversammlungen von Mitgliedern mit dem Hinweis abgetan, sie hatten selbst an der Wahlagitation für die SED teilgenommen und sich überzeugt,

dass keine Behinderung stattgefunden hätte.

Am stärksten wurde die Parteiorganisation der SED in Berlin betroffen. Die Bezirksleitung hatte noch unmittelbar vor der Wahl erklärt, es werde bestimmt gelingen, eine Vertretung der SED im Abgeordnetenhaus zu bekommen. Nach der Niederlage machte die Bezirksleitung die Kreisleitungen in Westberlin sowie die Funktionäre und Mitglieder für den Misserfolg verantwortlich und forderte damit deren heftigen Widerspruch heraus.

Die SED-Bezirksleitung behauptete, ein grosser Teil der Parteimitglieder sei nicht fähig gewesen, die Politik der Pankower Regierung zu erklären und sie hätten auch die Gefährlichkeit der Pariser Verträge nicht begriffen, darum hätten sie auch die westberliner Bevölkerung nicht überzeugen können und so die Niederlage verschuldet. Darum solle eine verstärkte Schulung durchgeführt werden. Zum Beginn des Parteischuljahrs, der wegen der Wahlkampagne auf den 13. Dezember vertagt war, wurde im SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" vom 11. Dezember unter dem Titel: "Gründliche Klarheit über die ideologischen Fragen schaffen" u.a. ausgeführt:

"Das Parteilehrjahr 1954/55 hat die Aufgabe, unseren Genossen das ideologische Rüstzeug zu geben, damit sie den Werktätigen die Politik von Partei und Regierung erklären und sie von ihrer Richtigkeit überzeugen können.

Dies ist um so notwendiger, weil viele Menschen in Berlin noch nicht erkennen, wie ernst die Lage ist, die durch die Pariser Verträge entstanden ist. Wenn es im Verlauf des Wahlkampfes in Westberlin noch nicht in genügendem Masse gelang, die Gefährlichkeit der Pariser Verträge nachzuweisen, ist das darauf zurückzuführen, dass einem Teil unserer Genossen noch das Wissen für diese Überzeugungsarbeit fehlt.

Gleichzeitig muss der Entlarvung der volksfeindlichen und antinationalen Politik der amerikanischen Fraktion in der Berliner SPD-Führung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, um die Genossen in Berlin für die Herstellung der Aktions единheit der Arbeiterklasse ideologisch zu rüsten."

Den Veranstaltungen des Parteilehrjahres im Dezember blieben die meisten SED-Mitglieder in Berlin jedoch fern. Sie zeigten kein Interesse für das angebotene "ideologische Rüstzeug", dessen Untauglichkeit sie bei der westberliner Wahl gerade erst drastisch erlebt hatten.

4. Rückgang des Arbeiteranteils an der SED-Mitgliedschaft

Obwohl auf dem IV. Parteitag bereits die Parteiorganisationen aufgefordert worden waren, den Prozentsatz der Arbeitsmitglieder zu erhöhen, weil er schon damals nach den Angaben des ZK nur 39,1 % betrug, ist dieser Anteil seit April weiter zurückgegangen.

Im SED-Zentralorgan vom 21. Dezember wurde im Leitartikel unter der Überschrift "Mehr Arbeiter in die Partei" zu diesem Thema Stellung genommen und an den Parteileitungen heftige Kritik geübt.

Darin heisst es u.a.:

"Die leitenden Parteiorgane dürfen nicht länger dulden, dass sich der Anteil der Produktionsarbeiter ständig verringert, während der Anteil der Angestellten steigt."

Weiter wurde ausgeführt, die meisten Bezirks- und Kreisleitungen hätten sich im Jahre 1954 überhaupt nicht mit der Werbung von Arbeitern für die Partei beschäftigt. In diesem Zusammenhang wurde über die Bezirksleitungen Magdeburg und Halle geschrieben:

" Das Büro der Bezirksleitung Magdeburg beschäftigte sich vom 25. März bis 30. September 1954 nur ein einziges Mal mit der Analyse zur Organisationsstatistik. Dabei wurde festgestellt, dass der Anteil der Produktionsarbeiter mit 37,1 % zu gering ist. Aber keine entscheidende Massnahme wurde eingeleitet, um die soziale Zusammensetzung zu verbessern.

Das Büro der Bezirksleitung H alle beschäftigte sich im letzten Halbjahr überhaupt nicht mit dieser Aufgabe. Auch im Kreis Perleberg werden keine Anstrengungen unternommen, um die soziale Zusammensetzung zu verbessern. Obwohl dieser Kreis den grössten Teil der Industriearbeiter des Bezirks Schwerin aufweist, beträgt der Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft nur 32,4 % und der der werktätigen Bauern 12,1 %. Die soziale Zusammensetzung der Kandidaten lässt nicht auf eine Verbesserung

Sehr gering ist auch der Anteil der Landarbeiter, Kleinbauern und LPG-Mitgliedern an der Mitgliedschaft der SED. In einem Kreis, in dem fast nur Landwirtschaft vorhanden ist, betrug der Anteil dieser Gruppen im Dezember nur 5,6 %. Die Partei setzte sich dort fast nur aus den bezahlten Funktionären der Organisationen, sowie der Partei-, Staats- und Verwaltungsorgane zusammen.

Alle Versuche, im Dezember insbesondere die Parteigruppen in den Industriebetrieben und den LPG durch Werbung neuer Mitglieder zu stärken, sind misslungen.

5. Parteiaktivtagungen ohne konkrete Beschlüsse

Im Dezember sollte die Partei durch Aktivtagungen auf die Beschlüsse der 21. und 22. ZK-Tagung ausgerichtet werden. Aus der wiederholten öffentlichen scharfen Kritik des ZK an diesen Tagungen ging hervor, dass sie ihren Zweck zum grössten Teil verfehlten. Im "Neuen Deutschland" vom 30. Dezember wurde unter der bezeichnenden Überschrift : "Mit schönen Reden und allgemeinen Beschlüssen kommt man nicht vorwärts" über die im Dezember stattgefundenen Aktivtagungen u.a. geschrieben:

"Die Hauptschwäche war, dass in vielen Kreisen die Behandlung unseres Kampfes für die demokratische Einheit Deutschlands , für die kollektive Sicherheit in Europa, gegen die Pariser Kriegspakte, von der Behandlung unseres Kampfes um die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben getrennt wurde.

Wir führen den Kampf um den Frieden nicht im luftleeren Raum, sondern von einer festen Basis aus, der DDR. Unsere Produktionserfolge dienen der Stärkung und Festigung der DDR. Je stärker - politisch, moralisch und wirtschaftlich - die DDR ist, um so weniger werden es die Imperialisten wagen, sie anzutasten. Eine weitere grosse Schwäche vieler Aktivtagungen war, dass in ihrem Verlauf über die Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet zwar geredet, aber noch zuwenig konkrete Schritte unternommen wurden, um mit den Mängeln, die das 21. Plenum aufdockte, überall gründlich aufzuräumen.

Bei einer solchen Praxis bleiben die Beschlüsse der Partei ein totes Stück Papier."

In dieser Kritik behauptete das ZK, es würde auf den Tagungen "allgemein geschwätzt" weil die zuständigen Kreisleitungen über die konkrete Lage in ihrem Kreis nicht orientiert seien. Der Hauptgrund ist jedoch der Widerstand der Bevölkerung gegen die Massnahmen der SED.

In anderen Stellungnahmen, z.B. im "Neuen Deutschland" vom 10. Dezember, hatte das ZK behauptet, die Funktionäre wichen konkreten Massnahmen aus, weil sie in den Frawn der politischen Ökonomie nicht genügend geschult seien. Auch diese Erklärung entspricht nicht den Tatsachen, denn alle Thesen, die jetzt nach dem sowjetischen Lehrbuch "Politische Ökonomie" der Schulung zugrunde gelegt werden sollen, waren bereits in den letzten Jahren Gegenstand sehr ausführlicher Erklärungen und Beschlüsse des ZK.

6. Versagen der Funktionäre und Grundeinheiten

Auch im Dezember haben die Betriebsparteiorganisationen (BPO) die angeordnete Parteikontrolle über die Planerfüllung und die Massnahmen zur Erhöhung der Arbeitsnormen nicht durchgeführt.

Im SED-Zentralorgan vom 21. Dezember wurde dazu u.a. geschrieben:

"Eine Reihe Leitungen und Mitgliederversammlungen befassen sich immer noch vorwiegend mit innerparteilichen Fragen, wie z.B. dem Parteilehrjahr, der Kassierung, der Entsendung von Parteimitgliedern auf Schulen, aber sie richten nicht das Hauptaugenmerk ihrer Arbeit auf die Mobilisierung der Belegschaft zur Planerfüllung und zur strengsten Sparsamkeit. Die Partei kann mit der zaghaften Art nicht zufrieden sein, mit der viele Betriebsparteiorganisationen daran gehen, das Recht der Parteikontrolle wahrzunehmen. Bereits auf dem 20. Plenum unserer Partei wurde den Bezirks- und Kreisleitungen die Aufgabe gestellt, den Parteorganisationen in den Betrieben zuhelfen, indem sie ein oder zwei solcher Beispiele der Parteikontrolle schaffen und die Erfahrungen verallgemeinern. Davon ist bisher kaum etwas zu spüren."

Den Funktionären und Grundorganisationen in der Landwirtschaft wurden ähnliche Vorwürfe gemacht. Auf der III. LPG-Konferenz sagte ULRICH, die Parteigruppen in den LPG und MTS hätten

die Direktiven der Partei, insbesondere die befohlene Anleitung und Kontrolle der LPG- und MTS-Leitungen, nicht durchgeführt.

Weiter führte ULRICH aus:

"In manchen Teilen des Staatsapparates gibt es noch Mitarbeiter, die die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, die Bedeutung der LPG und die Änderungen, die in der Landwirtschaft durchgeführt werden, noch nicht verstanden haben und auf der Stelle treten.

In den Ministerien, den Bezirks- und Kreisräten, ist die Bedeutung der LPG noch nicht voll erkannt worden."

Vor der Bezirksleitung Magdeburg wurden vom ZK-Mitglied PISNIK in seinem Referat zu den Direktiven der 21. ZK-Tagung nach einer Schilderung schwerer Misstände in verschiedenen LPG des Bezirks folgende Ausführungen gemacht:

"Warum ist die Lage manchmal so schwierig? In erster Linie, weil die Arbeit unserer Genossen in den einzelnen Institutionen, staatlichen Organen, LPG, MTS usw. noch sehr mangelhaft ist, weil in den Parteileitungen, in den Grundorganisationen diese Fragen so gut wie keine Rolle spielen, weil unsere Mitglieder nicht der mobilisierende Faktor sind, weil wir überhaupt in der politischen Massenarbeit ernste Schwächen aufzuweisen haben."

Um die Grundorganisationen zu aktivieren, hatte die Bezirksleitung Magdeburg z.B. eine Instrukteur-Brigade in das Dorf Röwitz geschickt. Die dortige Situation schilderte PISNIK in folgender Weise:

"Die Getreideablieferung in Röwitz stand bei Eintreffen der Brigade bei 55 %. Der Parteisekretär wusste sich nicht zu helfen. Er stand ganz allein auf weiter Flur. Die übrigen Parteimitglieder waren passiv. Die Brigade bemühte sich in erster Linie, die Parteiorganisation zu mobilisieren. Dazu wurden individuelle Aussprachen mit den Mitgliedern, Leitungssitzungen und dann Mitglieder-Versammlungen durchgeführt."

Eine massive Kritik übte das ZK auch an den Funktionären im FDGB. Im "Neuen Deutschland" vom 23. Dezember wurde im Leitartikel

- 10 -

"Die Gewerkschaften nach dem 21. Plenum" ausgeführt:

"Das kann aber nicht über Schwächen in der Arbeit der einzelnen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften hinwegtäuschen. So wichtige Industriegewerkschaften wie die IG Metall, die IG Bau-Holz, IG Chemie und andere sind nicht konsequent genug gegen die Verletzung der ökonomischen Gesetze aufgetreten, z.B. des Gesetzes der Verteilung nach der Leistung. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität blieb deswegen hinter der Entwicklung der Löhne erheblich zurück."

In der gleichen Ausgabe des SED-Zentralorgans hieß es u.a. an anderer Stelle zum gleichen Thema:

"In vielen Parteiorganisationen und Gewerkschaften gab es bisher keine systematische Arbeit, um den leitenden Funktionären und den Arbeitern, der technischen Intelligenz und den Angestellten die ökonomischen Gesetze zu erklären und sie für den Kampf um die Durchführung unserer ökonomischen Politik zu mobilisieren."

Das sind nur einige Beispiele aus einer Vielzahl öffentlicher Kritiken des ZK an den Funktionären und Mitgliedern der Partei.

7. Fernbleiben der meisten Mitglieder vom Parteilehrjahr

Am laufenden Parteilehrjahr, das in der Sowjetzone am 1. November und in Berlin am 13. Dezember begann, beteiligten sich im Dezember die meisten Mitglieder nicht. Im Bezirk Rostock liessen sich nach dem Bericht der Bezirksleitung nur 57 % der Mitglieder und 50 % der Kandidaten zu den verschiedenen Lehrgängen einstufen. Aber auch davon blieb der grösste Teil den Veranstaltungen fern.

Die Abneigung gegen die Parteischulung erstreckte sich auch auf die höheren Funktionäre, denen das ZK die Teilnahme besonders nachdrücklich zur Pflicht gemacht hatte. In einer kritischen Stellungnahme des SED-Zentralorgans vom 23. Dezember unter der Überschrift "Einige Worte zum Studium unserer leitenden Kader" wurde ausgeführt"

"Diese Möglichkeiten werden von den leitenden Kadern teilweise nicht genügend genutzt. Nehmen wir z.B. den Genossen Herzig, Direktor der Neptunwerft, der sein Studium an der Abenduniversität des Marxismus-Leninismus in Rostock nur oberflächlich durchführte und an keinem Seminar teilnahm. Der Genosse Hans Herberg, 2. Direktor des Deutschen Innen- und Außenhandels (Nahrung) bemüht sich trotz ständiger Hinweise der Genossen der Berliner Abenduniversität nicht, sein Studium zu verbessern. Auch eine Reihe von leitenden Funktionären aus dem Staatsapparat im Bezirk Halle bewiesen durch ihre Unklarheiten, insbesondere über den Charakter unserer Arbeiter- und Bauernmacht, wie ungenügend sie ihr Selbststudium durchführen. Es ist dann kein Wunder, wenn sie - z.B. in Unkenntnis der ökonomischen Gesetze des Sozialismus - solche Mängel und Schwächen dulden, wie sie das 21. Plenum des ZK kritisierte. Wir können uns mit dem ungenügenden Studium einer Reihe leitender Kader nicht länger abfinden."

Auch die Jugendlichen gehen der SED-Schulung möglichst aus dem Wege. Im SED-Funktionärsorgan "Neuer Weg" vom Dezember wurde darüber geklagt, dass die Aufklärung und Schulung der Jugendlichen vernachlässigt werde, obwohl sie besonders dringend notwendig sei. Über die Schulungsarbeit der FDJ wurde erklärt, sie habe einen "engen sektiererischen Rahmen" und unter anderem dazu ausgeführt:

"Trotzdem vernachlässigt ein Teil der leitenden Parteiorgane die Anleitung und Kontrolle der Erziehungsarbeit unter der Jugend.

In der bisherigen Vorbereitung des neuen Studienjahres durch die leitenden Organe der FDGB zeigen sich daher ernste Schwächen, insbesondere bei der Auswahl und Qualifizierung der Propagandisten und der Durchführung der individuellen Aussprachen mit den Jugendlichen, um sie zur Teilnahme an der Schulungsarbeit zu gewinnen."

Die Themen der Schulungsveranstaltungen bestätigten außerdem, was von ZK auch wiederholt offen zugegeben wurde, dass die meisten Mitglieder und Funktionäre selbst in Grundfragen mit der Politik der Parteiführung nicht einverstanden sind.

- 12 -

8. Schärfere Kontrolle der Staatsfunktionäre

Am 9. Dezember befasste sich der Sowjetzonen-Ministerrat mit den "politischen und wirtschaftlichen Aufgaben des Staatsapparates" bei der Durchführung der Beschlüsse der 21. ZK-Tagung. GROTEWOHL erklärte, die ungenügende Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes und die mangelhafte Entwicklung des "Leistungsprinzips" sowie die grossen Schwierigkeiten der Produktion seien wesentlich auf ein Versagen des Staatsapparates zurückzuführen. Er forderte "straffe Disziplin, operatives Arbeiten, Kampf gegen den Bürokratismus und gegen das Ausweichen vor der Verantwortung" und erklärte, der Ministerrat werde entsprechend dem neuen, im November erlassenen "Gesetz über den Ministerrat" mit einer "operativen Arbeitsmethode die Ministerien, Staatssekretariate sowie die Räte der Bezirke besser anleiten und kontrollieren."

In diesem Gesetz war die Bildung eines Präsidiums des Ministerrates und eines Büros dieses Präsidiums vorgesehen. Dieses Büro ist das eigentliche und höchste Exekutivorgan des SED-ZK innerhalb des Staatsapparates. Es untersteht unmittelbar GROTEWOHL bzw. ULBRICHT und wird vom Sekretariat des ZK gesteuert. Als Leitor des Büros wurde im Dezember der bisherige Leiter der ZK-Abteilung "Staatliche Organe" PLENIKOWSKI eingesetzt. Damit soll dem Zurückweichen der Funktionärskader im Staatsapparat vor dem Widerstandskampf der Bevölkerung in Zukunft entgegengewirkt werden.

9. Massenstimmung gegen die SED

Im Dezember kam die Massenstimmung gegen die SED erneut in lebhafteren Widerspruch und offeneren Protesten zum Ausdruck. In den Betrieben kam zu der Erregung über die auf der 21. ZK-Tagung angekündigten Massnahmen, besonders über die geforderte Erhöhung der Arbeitsnormen und Reduzierung der Lohnfonds, der Schock über die in der Moskauer Deklaration und die Redner der SED in Aussicht gestellte allgemeine Aufrüstung. Die Belegschaften stellten die Frage, z.T. auch offen in Betriebsversammlungen, woher die Mittel für diese Aufrüstung genommen werden sollten, wo schon bisher hohe Planrückstände, enorme Ausfallzeiten wegen Materialmangels,

Versorgung der Bevölkerung sich in den letzten Monaten erneut verschlechtert hat. Dazu kam die von der Jugend offen zur Schau getragene Abneigung gegen den Militärdienst.

Auch unter der Landbevölkerung löste die Moskauer Deklaration die gleiche Schockwirkung aus. Die Empörung gegenüber der SED wurde in den Dörfern ausserdem durch die Ausführungen ULRICHTS auf der III. LPG-Konferenz verschärft. Auf den MTS und in den LPG löste die Forderung des ZK ausnahmslos im Brigadensystem nach Arbeitsnormen zu arbeiten und die Löhne sowie die Abgeltung der Arbeitseinheiten zu reduzieren den gleichen Widerspruch aus wie die ähnlichen Ankündigungen in den Industriebetrieben. Die Bauern dagegen verstanden sehr gut, dass die SED die Kollektivierung bis zur Beseitigung aller selbständigen Bauernwirtschaften fortsetzen und die Einzelbauern durch wirtschaftlichen Druck zum Eintritt in die LPG zwingen will. ULRICHTS Erklärungen, auch Grossbauern könnten in die LPG aufgenommen werden, wurde ganz richtig so verstanden, dass die SED die Arbeitskraft der Grossbauern-Familien ausnutzen will, weil die Verpfleibung der Grossbauern während der ersten Welle der Kollektivierung zum Brachliegen grosser Nutzflächen und hohen Viehverlusten geführt hatte.

Weiter wurde auch auf den Dörfern die Frage gestellt, woher bei dem katastrophalen Mangel an Betriebsmitteln und vor allem auch an Arbeitskräften in der Landwirtschaft die Mittel und die Menschen für weitere Truppen genommen werden sollten.

Während so in der Ablehnung der Pankower Politik und im unveränderten Misstrauen gegenüber der sowjetischen Deutschlandpolitik bei der Bevölkerung der Sowjetzone im Dezember nach wie vor völlige Übereinstimmung und Einmütigkeit herrschte, war ihre Stellungnahme zur Politik der Bundesregierung und zur Haltung der Westmächte weiter sehr unterschiedlich. Wie dies bereits im November festzustellen war, zeigte sich jedoch auch bei den Anhängern der westdeutschen Wiederbewaffnung eine wachsende Unzufriedenheit darüber, dass die Westmächte allen sowjetischen Konferenzangeboten aus dem Wege gehen. In den Betrieben bedienten sich die Arbeiter bei der Ablehnung einer weiteren sowjetzonalen Aufrüstung sozialdemokratischer

- 14 -

Argumente, in dem sie erklärten, sie seien gegen Streitkräfte sowohl in Westdeutschland als auch in der Sowjetzone.

Die hier skizzierte Massenstimmung wurde in offiziellen Äusserungen des SED-ZK sowie durch interne Stimmungsberichte aus allen Teilen der Sowjetzone bestätigt. Die folgenden Zitate sind eine kleine Auswahl von Auszügen aus solchen Erklärungen und Berichten:

"Die kleinbürgerlichen, individualistischen Einflüsse, die der Imperialismus in der Arbeiterklasse in Jahrzehnten gezüchtet hat, und die wir Schritt für Schritt unter unsren gesellschaftlichen Bedingungen beseitigen, äussern sich auch unter unserer Jugend.

Die Erfahrungen der bisherigen Schulungsarbeit unter der Jugend unterstreichen nachdrücklich die Notwendigkeit, die Anleitung und Kontrolle durch die Partei und die Arbeit der Genossen in der FDJ auf ideologischem Gebiet entschieden zu verbessern.

Es wurde nicht überzeugend genug gezeigt, dass die Kriegspakt-Politik des amerikanischen und des deutschen Imperialismus den Frieden in Europa gefährdet und das Haupthindernis für die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands ist.

Manche Parteigenossen stellen jetzt die unmittelbare Aufstellung nationaler Streitkräfte in den Mittelpunkt ihrer Aufklärungsarbeit und erkennen nicht, dass sie damit die Lage einseitig beleuchten.

Unsere Feinde behaupten zu ihrer Selbstberuhigung:

Wir hätten nicht die wirtschaftlichen Kräfte, um ihren Anschlägen auf die Dauer zu widerstehen."

SED-Funktionärsorgan "Neuer Weg", (Dezember 1954)

"Die Anhänger des Militarismus versuchen, naiven Menschen einzureden, dass die Bildung nationaler Streitkräfte in der DDR das gleiche wäre, wie die Errichtung des Militarismus in Westdeutschland.

Unser wirtschaftlicher Aufbau vollzieht sich im schärfsten Klassenkampf, den die in unserer DDR entmachteten Monopolkapitalisten, Junker und Militaristen von Westdeutschland und insbesondere von Westberlin aus schüren."

- 15 -

"Ich stösse immer wieder, nicht nur bei der technischen Intelligenz, sondern gerade bei Arbeitern auf Bemerkungen darüber, dass doch im Grunde der Leistungslohn bei uns dasselbe sei wie der Akkordlohn im Kapitalismus.

In der Schiffselektrik Rostock sind die Kollegen der Meinung, wenn sie die Normen erhöhen, vermindert sich der Lohn.

Es gibt rückständige Stimmungen, z.B. dass es zu unseren Errungenschaften gehöre, langsamer zu arbeiten und doch mehr zu verdienen.

Faktisch wird das Schieben mit den Lohnscheinen, dass im Kapitalismus üblich ist, bei uns fortgesetzt."

ZK-Mitglied MEWIS vor dem SED-Parteiaktiv des Bezirks Rostock.

"Unter der Arbeiterschaft des Betriebes wird eine heftige Diskussion über die durch die Moskauer Beschlüsse entstandene Lage geführt. Die Arbeiter wenden sich ganz offen gegen die Möglichkeit, zu den nationalen Streitkräften eingezogen zu werden. Allgemein wurde geäusserzt: Wenn wir den Einberufungsbefehl bekommen, zerreissen wir ihn einfach. Das hat doch die SED den westdeutschen Arbeitern empfohlen. Vielfach wird die Ansicht geäusserzt, alle Besatzungsmächte sollten Deutschland verlassen und die Deutschen mit der Aufrüstung in Ruhe lassen.

Im Betrieb herrscht grosse Beunruhigung über die bevorstehende Heraufsetzung der Arbeitsnormen."

Bericht aus einem grossen Werk in Magdeburg.

"Die allgemeine Aufrüstung der Sowjetzone, die Erweiterung der KVP, zu 'Nationalen Streitkräften' sowie die Wehrpflicht, werden ganz offen in der Diskussion von den Arbeitern, insbesondere auch von den jungen Jahrgängen, abgelehnt. Die Wirkung der Moskauer Beschlüsse auf die Arbeiterschaft in Ostberlin war erschütternd. Man sieht im Augenblick keine Chance für eine Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Allgemein wird die Ansicht vertreten, dass die Kommunisten bei gesamtdeutschen freien Wahlen eine ebenso vernichtende Niederlage erleben würden wie bei der Wahl in Westberlin. Über die angekündigte Erhöhung der Arbeitsnormen und die Verschlechterung

- 16 -

verschiedener Sozialleistungen, herrscht in den Ostberliner Betrieben heftige Empörung. Man erwartet auch erneute Absperrmaßnahmen gegen Westberlin."

Bericht aus Ostberlin

" Die Studenten der Medizinischen Fakultät der Ostberliner Universität protestierten am 15. Dezember in einer Versammlung der Fakultät gegen den Redner der SED, der behauptete, Westdeutschland sei bereits weitgehend aufgerüstet. Die Studenten machten laute Zwischenrufe und einige von ihnen meldeten sich zum Wort und erklärten, sie seien schon mehrmals in der Bundesrepublik zu Besuch gewesen, hätten aber keinen Soldaten gesehen, im Gegenteil dazu begegne man in der Sowjetzone den Soldaten der KVP auf Schritt und Tritt. Die Studenten verliessen daraufhin geschlossen den Versammlungsraum und ließen den bestürzten Referenten vom Staatssekretariat für Hochschulbildung und die SED-Funktionäre allein zurück."

Bericht aus Ostberlin

" Kurz nach der Veröffentlichung der Moskauer Deklaration fanden im Werk Kurzversammlungen statt, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden sich zu äussern. Die meisten Arbeiter, die sich zum Wort meldeten, lehnten jede Aufrüstung in der Sowjetzone und in Westdeutschland ab. Fast alle Arbeiterredner erklärten, durch die Aufrüstung würde der Lebensstandard noch erheblich schlechter werden. Ein Konstrukteur sagte, man könne von den Einwohnern der Sowjetzone nicht verlangen auf ihre westdeutschen Brüder zu schießen, er sei aber auch bereit sofort drei Westdeutschen, die sich dem Einberufungsbefehl der Bonner Regierung entziehen, Unterkunft in seiner Wohnung zu geben. In diesen Kurzversammlungen beschwerten sich die Arbeiter über die Kürzung der Weihnachtszuwendungen und protestierten gegen angekündigte Normalerhöhungen."

Bericht aus einem Werk in der Nähe von Berlin

"Die Moskauer Deklaration rief Bestürzung hervor und stiess allgemein auf Ablehnung. Die in diesen Tagen erfolgte Sperrung der Lederzuteilung für die zivile Produktion wurde von der Bevölkerung mit der Auffassung über

- 17 -

die Niederlage der SED in Westberlin herrschte allgemein Genugtuung.

Die Bevölkerung ist empört darüber, dass verschiedene Lebensmittel wie Butter, Fischkonserven, Bohnenkaffee, fast garnicht und Backzutaten wie Rosinen und Mandeln, im Gegensatz zum Dezember vergangenen Jahres überhaupt nicht zu haben sind."

Bericht aus dem Gebiet Gössnitz/Thür.

"Im Werk brachten Arbeiter am schwarzen Brett nach der Wahlniederlage der SED in Westberlin eine Schlagzeile aus einer SED-Zeitung aus der Zeit vor der Wahl: "Die Westberliner wählen richtig" an. Längere Zeit kamen Arbeiter in grösserer Zahl vor diesem Anschlag zusammen und machten höhnische Bemerkungen über die SED.

Die Moskauer Beschlüsse riefen Unruhe und Empörung hervor. Man erklärte in der Sowjetzone seien militärische Streitkräfte durch die KVP schon längst geschaffen und sprach sich allgemein gegen Streitkräfte in der Sowjetzone und in Westdeutschland aus. Es mehren sich die Fälle, dass junge Belegschaftsmitglieder, die im Falle der Einführung der Wehrpflicht sofort eingezogen würden, sich an alte SPD-Genossen mit der Bitte um Rat wenden, ob sie sich nicht besser nach dem Westen absetzen sollen. Die Dessauer Arbeiter warten auf eine Anweisung aus dem Westen, wie sie sich bei der Einführung der Wehrpflicht verhalten sollen. Gegenüber der SED-Propaganda für nationale Streitkräfte wird erklärt: Die DDR ist nicht unser Staat und die SED will nur die Vorrechte ihrer Funktionäre verteidigen. Der Wahlerfolg der SPD in Westberlin hat zur Folge, dass die Arbeiter mehr Hoffnungen auf die SPD setzen. Der Standpunkt der SPD gegenüber den Pariser Verträgen, der hier bisher selbst von alten SPD-Genossen nicht verstanden worden ist, findet jetzt mehr Verständnis. Die Forderung nach Ausnutzung jeder Verhandlungsmöglichkeit wird auch von Anhängern der westdeutschen Wiederbewaffnung gebilligt."

Bericht aus einem Dessauer Grossbetrieb

" Die Moskauer Deklaration stiess hier allgemein auf heftigen Widerspruch. Allgemein sagt man eine Aufrüstung der Bundes

republik sei das einzige Mittel, die Sowjets verhandlungsweich zu machen. Es wird erklärt, die Bolschewisten wüssten durch den zweiten Weltkrieg, daß die Seite, auf der die USA stehn, die stärkere sei. Als Anbeter der Gewalt fürchte sich der Bolschewismus vor nichts mehr als vor einer Macht, von der er überzeugt sei, daß sie bei Gewaltanwendung den Bolschewismus besiegen würde. Auf Grund nicht genügender Aufklärung wird die Gegnerschaft der SPD gegen die Pariser Verträge nicht verstanden.

Das gegenwärtige Zitieren von Ollenhauer-Aussprüchen und SPD-Pressedienst in der kommunistischen Presse schade dem Ansehen der SPD in der Zone stark, da man die gleichen Auffassungen wie bei der SED annimmt. Der Haß gegen die SED ist so groß, daß beim Feststellen von Übereinstimmungen zwischen SED und SPD die SPD zwangsläufig an Ansehen verlieren muß. Im Kreis Aschersleben und Güsten sind Flugblätter der SPD durch Ballonaktionen bisher nicht bekannt geworden. RIAS ist wegen Störsendern kaum noch zu hören. NWDR hat die Sendung "Hier spricht Berlin" zum Bedauern der Bevölkerung eingestellt. Der Sender Freies Berlin ist nicht zu hören."

B ericht aus dem Kreis Aschersleben

"Die Erklärung Adenauers im Hessischen Wahlkampf, wenn die SPD an die Regierung komme, bestehne die Gefahr, daß Deutschland ein Satellit Moskaus werde, hat in weiten Kreisen der Leipziger Bevölkerung Empörung ausgelöst. Viele Einwohner zeigen bezüglich der Deutschlandpolitik starken Optimismus. Sie glauben, daß Moskau bald einschwenken werde und freie Wahlen akzeptieren müsse. In diesem Zusammenhang legt man auch dem Problem der Wiederbewaffnung Westdeutschlands eine große Bedeutung bei. Zurzeit ist die Nachrichtenübermittlung über die westlichen Rundfunksender sehr schlecht. Die Störsender behindern den Empfang immer mehr, die Folge davon ist, daß die Bevölkerung nicht mehr unterrichtet ist, wie der Westen zu den aktuellen Problemen steht.

Die Leipziger Bevölkerung ist empört über neue Verschlechterungen in der Versorgung. In den Betrieben herrscht starke Mißstimmung wegen der drohenden Erhöhung der Arbeitsnormen. Von der allgemeinen Aufrüstung, die von der SED angekündigt wurde,

erwartet die Bevölkerung weitere Verschlechterungen."

B ericht aus Leipzig

Aus verschiedenen Teilen der Sowjetzone liegen weiter Berichte über offene Protestaktionen von Betriebsbelegschaften gegen die Normenerhöhungen und die Moskauer Deklaration vor. In einigen Ostberliner Betrieben kam es wegen Kürzung von betrieblichen Sozialleistungen zu arbeite-langsam-Streiks. Im Elektroapparatewerk Treptow wurde offen gegen einen Redner des FDGB-Bundesvorstandes protestiert, der den Arbeitern schlechte Arbeitsmoral vorgeworfen hatte. In einer Betriebsabteilung ruhte deshalb mehrere Stunden die Arbeit. Die SED-Kampfgruppen waren in Alarmbereitschaft versetzt. Im Eisenacher Motorenwerk stimmten Tausend Arbeiter in einer Belegschaftsversammlung das Deutschlandlied an, als sie aufgefordert wurden, einer Entschließung gegen die Pariser Verträge zuzustimmen. Als Anfang Dezember auf der Rostocker Neptunwerft von der BPO und von TAN-Sachbearbeitern mit Zeitstudien und Normerhöhungen begonnen wurde, wurden am 7. Dezember in den verschiedenen Werkabteilungen Flugblätter gefunden mit der Aufforderung, keine Selbstverpflichtungen einzugehen und Normerhöhungen durch Solidarität zu verhindern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die ablehnende Haltung der Bevölkerung der Sowjetzone gegenüber dem SED-Regime im Dezember in ihrer Grundsätzlichkeit unverändert blieb und an Heftigkeit noch zunahm. Dabei verdient die Tatsache besondere Beachtung, daß auch die Jugend in gleicher Einmütigkeit ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck brachte und sogar als Folge der Moskauer Deklaration und der verschärften SED-Wirtschaftspolitik von einer deutlich spürbaren Zunahme des Widerstandes der Jugend gesprochen werden kann.

10. Kampagnen gegen die SPD

Auch im Dezember richtete die SED ihre Propaganda und Agitation vor allem gegen die Sozialdemokratie. Zwar bezeichnete sie den "westdeutschen Militarismus" als den "Hauptfeind" konzentrierte jedoch unter dieser Parole ihre propagandistischen Bemühungen hauptsächlich auf die Zersetzung der SPD. Dabei bediente sich das SED-Regime weiter der Taktik, eine Übereinstimmung mit der SPD in der Ablehnung der Pariser Verträge und in der Stellung zu den sowjetischen Vorschlägen vorzutäuschen und den sozialdemokratischen Kampf gegen die SED

a) Vortäuschung einer Übereinstimmung mit der SPD

Im Dezember wurden in der Sowjetzonenpresse fast täglich sozialdemokratische Äußerungen gegen die Pariser Verträge zitiert und so aufgemacht, als käme in ihnen eine Übereinstimmung mit den Parolen der SED zum Ausdruck.

Am 14. Dezember zitierte die SED-Presse einige Sätze aus der Entschließung des Parteivorstandes der SPD vom 12. Dezember. Daran knüpfte das SED-Zentralorgan die folgenden Ausführungen:

"Diese in der Erklärung Ollenhauers und in der Resolution geäußerten Hinweise und Mahnungen in erster Stunde stimmen über ein mit dem Inhalt der "Deklaration der Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa" und der Erklärung der Regierungsdelegation der DDR auf dieser Konferenz."

Im Bericht über die Bundestagsdebatte zur ersten Lesung der Pariser Verträge zitierte die Presse des Pankower Regimes hauptsächlich die Ausführungen von OLLENHÄUER und ERLER. Weiter erwähnte sie die Ausführungen von OLLENHÄUER und HEINE in Amsterdam während der Tagung des Rates der Sozialistischen Internationale und das Interview Ollenhauers mit der SPD-Betriebsgruppenzeitung "Arbeit und Freiheit". Zitiert wurden auch einige Sätze aus einem Artikel des Bundestagsabgeordneten WENZEL im SPD-Pressedienst. Ende Dezember berichtete die Sowjetzonenpresse über die Erklärung des Bundesvorstandes des Sozialistischen Studentenbundes und zitierte daraus den Teilsatz: "...dass gerade im Interesse der Demokratie die Anwendung des parlamentarischen Boykotts und des politischen Streiks gegen die jetzt geplante Wiederbewaffnung unvermeidlich erscheint."

Außerdem brachte die SED-Presse wieder eine Reihe von Beschlüssen und Erklärungen aus Veranstaltungen örtlicher Organisationen der SED und des DGB und aus lokalen Zeitungen. Erwähnt wurden: Eine Unterschriftensammlung gegen die Pariser Verträge durch SPD-Mitglieder in den Kasseler Verkehrsbetrieben auf Vorschlag des Bundestagsabgeordneten FREIDHOF. Die Aufforderung eines Diskussionsredners auf einer Delegierten-Konferenz des Kreises Rees-Wesel zur

Bezirk Aachen, gegen den KPD-Prozeß. Der Beschuß einer DGB-Delegiertenkonferenz in Solingen, einen Protestmarsch nach Bonn zu organisieren. Eine Entschließung von 200 Betriebsfunktionären aus Herne, mit der Aufforderung an den Herner Bundestagsabgeordneten der CDU, die Pariser Verträge abzulehnen, heranzutreten. Längere Ausführungen aus der "Hessischen Zeitung" über die Pariser Verträge.

b) Aufforderungen zu Verhandlungen

Im SED-Zentralorgan vom 25. 12. wurden erneut Verhandlungen zwischen der SPD und der SED vorgeschlagen mit dem Ziel, in Westdeutschland Verhandlungen mit der Pankower Regierung durchzusetzen. Dazu wurde ausgeführt:

"Niemand begrüßt und unterstützt die Erklärungen und Beschlüsse der SPD und der westdeutschen Gewerkschaften gegen die Remilitarisierungsverträge stärker als wir, die geeinten Sozialisten der DDR. Wir begrüßen auch den Ruf der SPD an die sozialdemokratischen Parteien des Auslandes, für sofortige Viererverhandlungen zur friedlichen Regelung der deutschen Frage einzutreten. Das alles ist für den Kampf gegen die Pariser Verträge von großer Bedeutung. Aber wir können nicht verhehlen, daß diese Worte und Rufe noch keineswegs genügen, die Gefahr abzuwenden. Den Feinden der deutschen Einheit muss man die Taten aller verhandlungswilligen Kräfte Deutschlands entgegenstellen, und das heißt Verhandlungen mit der DDR.

Unsere sozialdemokratischen Genossen in Westdeutschland mögen sich an die mehrfachen Angebote unserer Parteiführung, des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und an die des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Aussprache und zur gemeinsamen Aktion erinnern. Die Gefahr, die der deutsche Militarismus für unser ganzes Volk darstellt, ist ernst genug, um Differenzen zweiter Ordnung im Interesse der gemeinsamen Abwehr zurückzustellen."

Im SED-Zentralorgan vom 29. Dezember erschien zu diesem Thema ein langerer Artikel unter dem Titel "Die große Verantwortung der sozialdemokratischen Parteien/Sie haben die Möglichkeit, die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern." In diesem Artikel wurde unter Hinweis auf die Stärke der Sozialdemokratie in den Parlamenten von England, Frankreich, Belgien, Holland und den Skandinavischen Ländern sowie in Westdeutschland erklärt, die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas verfügten über einen so entscheidenden Masseneinfluss, daß sie in der Lage wären, die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern. Dieses Ziel könnte um so sicherer erreicht werden, wenn die Sozialdemokraten in diesen Ländern sich mit den Kommunisten zu einer Aktionseinheit gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands verbünden würden. Abschließend heißt es in diesem Artikel wörtlich:

"Die kommunistischen Parteien schlagen den sozialdemokratischen Parteien und die fortschrittlichen Gewerkschaften allen Gewerkschaften beharrlich vor, gemeinsam gegen die Wiederauf-rüstung Westdeutschlands aufzutreten."

Die Forderung nach einer Aktionseinheit wurde auch erneut im Dezemberheft der ZK-Zeitschrift "Einheit" erhoben, in der sich eine Reihe von Artikeln mit der SPD beschäftigte.

c) Scharfe Angriffe gegen den Parteivorstand der SPD

In der Dezember-Ausgabe der theoretischen Zeitschrift des SED-ZK "Einheit" wurde der Parteivorstand der SPD mit folgenden Sätzen einer "Zwiespältigkeit" seiner Politik bezichtigt:

"Unter dem Druck der Mitgliedschaft haben auch Ollenhauer und andere Vertreter des Parteivorstandes der SPD wiederholt Erklärungen abgegeben, sich für Verhandlungen über kollektive Sicherheit und eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen.

Aus der gemeinsamen Erkenntnis ergibt sich die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns zur Verhinderung der entscheidenden Gefahr der Remilitarisierung Westdeutschlands. Diese Folgerung hat jedoch der Parteivorstand der SPD bisher nicht gezogen.

Manche Erklärungen des Parteivorstandes lassen sogar ein versöhnlerisches Verhalten gegenüber dem deutschen Militarismus erkennen. Hierin und in der Tatsache, daß der SPD-Parteivorstand es zu richtigen Erklärungen an den entsprechenden praktischen Schritten fehlen läßt, liegt die Zwiespältigkeit seiner Politik."

In der gleichen ZK-Zeitschrift erschien eine aggressive Stellungnahme gegen die SPD-Zeitschrift "Die neue Gesellschaft". In diesem Artikel hieß es u. a.:

"In der Zeitschrift "Die neue Gesellschaft" schicken die rechten Führer einige Universitäts-Professoren und Doktoren vor, die gegen den Marxismus auftreten und den Marxismus für veraltet erklären. Ihr Ziel ist es, die Arbeiterklasse in den sich ständig verschärfenden Klassenkämpfen zu verwirren, sie wahrlos zu machen und in eine Front mit der Reaktion zu bringen.

Der Inhalt der bisher erschienenen Hefte läßt keinen Zweifel darüber, daß die amerikanische Fraktion eine klare Orientierung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Wiederaufrüstung in Westdeutschland, um die Wiedervereinigung Deutschlands und die Sicherung des Friedens verhindern will. Die Zusammensetzung der als Herausgeber zeichnenden SPD-Mitglieder und des Redaktionsbeirates läßt erkennen, daß die amerikanische Fraktion in dieser Zeitschrift einen großen Einfluß besitzt, der zweifellos nicht gerechtfertigt ist. Darin, sowie in der Tatsache, daß auch bürgerliche Politiker in der Zeitschrift zu Wort kommen, äußert sich wieder einmal die Unterstützung der amerikanischen Fraktion durch den Parteivorstand."

Dieser Artikel im theoretischen Organ des SED-ZK enthielt erneut die seit geraumer Zeit vom SED-ZK vorgebrachten Behauptungen über das angebliche Vorhandensein von 3 Gruppen in der SPD, einer starken Arbeiter-Richtung, die auf revolutionären Kampf dränge, einer amerikanischen Fraktion, die gegen den Marxismus sei und eine Gruppe um Ollenhauer, die zum Schein auf die Wünsche der ersten Gruppe eingehen, jedoch die amerikanische Fraktion in der Praxis begünstige.

Weiter wurde in diesem Zusammenhang wieder einmal die grundsätzliche Gegnerschaft der Kommunisten gegenüber der Sozialdemokratie betont.

U. a. wurde dazu ausgeführt:

"Wenn gerade in der gegenwärtigen Situation der Kampf gegen den Marxismus erneut verschärft und intensiviert wird, so hat das sehr reale Ursachen. Der Marxismus hat mit der großen Sozialistischen Oktoberrevolution zum ersten Male seine staatliche Verkörperung gefunden. Entsprechend der marxistischen Lehre zerschlugen die Arbeiter und Bauern Russlands den alten bürgerlichen Staatsapparat, errichteten einen neuen, den sozialistischen Staat, die Diktatur des Proletariats und schufen die sozialistische Gesellschaft. Die Erfahrungen der Oktoberrevolution und des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion entlarvten die rechten Sozialdemokraten, die behaupteten, daß man im Rahmen des bürgerlichen Staates zum Sozialismus gelangen, daß man friedlich in ihn "hineinwachsen" könne. Gerade die Oktoberrevolution bewies, daß die Menschheit nur über die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus gelangen kann. Der Sieg der Oktoberrevolution bedeutete zugleich den Sieg des Marxismus über den Revisionismus, den Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus."

In diesen Zusammenhang sind auch der im Dezember erschienene¹². Band der Werke Stalins, die veröffentlichten Kapitel aus dem sowjetischen Lehrbuch "Politische Ökonomie" und die Materialien für die Veranstaltungen des Parteilehrjahres zu beobachten, die in ihrem Inhalt hauptsächlich gegen den demokratischen Sozialismus gerichtet sind und vom SED-ZK auch ausdrücklich als ideologische Waffen gegen die Sozialdemokratie bezeichnet wurden.

d) Sozialdemokratische Flugblattaktionen in der Sowjetzone

Im Dezember wurde aus verschiedenen Teilen des sowjetischen Besitzungsgebietes wieder über die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter berichtet. Aus dem Kreis Gera wurde gemeldet, daß in den ersten Dezember-Tagen große Mengen von SPD-Flugblättern gefunden wurden. Dem Berichterstatter wurden solche Flugblätter von 10 verschiedenen Personen zum Lesen angeboten, ein Zeichen dafür,

daß eine eifrige Weitergabe erfolgte. Als mehrere Kommandos der Vo-
po die Felder und Wälder absuchten, waren die meisten Flugblätter
schon in die Hände der Bevölkerung gelangt. In einigen Orten in der
Nähe von Ostberlin gingen Anfang Dezember ebenfalls größere Mengen
Flugblätter nieder. Auch diese SPD-Flugblätter wurden zum größten
Teil von der Bevölkerung aufgenommen, bevor die Einsammlungsaktion
der Polizei begann.

Im allgemeinen geht aus den Berichten über die Flugblattfunde in
der Sowjetzone hervor, daß die Bevölkerung solche Aktionen be-
grüßt.

11. Wahlniederlage und neue Aktionen der SED in Westberlin

In den ersten Tagen des Dezember steigerte die SED in Berlin ihre
Wahlpropaganda. Dabei wandte sie sich hauptsächlich gegen die SPD
und entfaltete eine wüste Hetze gegen die leitenden Funktionäre,
die sie als Mitglieder der sogenannten amerikanischen Fraktion be-
zeichnete.

a) Hetzkampagne gegen die SPD

In längeren Artikeln wurde insbesondere Willi BRANDT angegriffen
und als Agent der USA bezeichnet. So z. B. im Zentralorgan der SED
vom 1. Dezember unter dem Titel "Kein Sozialdemokrat wählt die Stim-
me Amerikas" und in der Ausgabe vom 2. Dezember unter der Überschrift
"Willi BRANDT will Krieg/ Gebt den amerikanischen Sprachrohren in
der SPD am Sonntag die Quittung." Am 3. Dezember brachte das SED-
Zentralorgan erneut einen scharfen Artikel gegen die westberliner
SPD-Führung unter der Überschrift "Warum die SPD-Arbeiter die SED
wählen sollen". Darin hieß es u. a.:

"Wer Adenauer schlagen will, kann nicht für die Berliner SPD-
Führung stimmen, die indirekt Adenauers Politik in Westberlin
betreibt.

Stimmt ihr für die SPD dann heißt das: Diese Führer werden die
Wahl als Bestätigung ihres falschen Kurses auffassen und noch
mehr auf eure Meinung pfeifen, weiter Adenauer Zutreiberdienste
leisten."

Am 1. Dezember richtete die SED-Bezirksleitung Berlin an den Lan-
desvorstand der Berliner SPD einen offenen Brief mit der Aufforderung,

eine Sitzung des Abgeordnetenhauses herbeizuführen und sich dort für eine gemeinsame Erklärung mit der ostberliner SED-Stadtverwaltung gegen die Pariser Verträge zu wenden. Dieser offene Brief enthielt u. a. folgenden Satz:

"Solltet Ihr unseren Vorschlag auf sofortige Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des westberliner Abgeordnetenhauses ablehnen, dann bedeutet das, daß sich der Berliner SPD-Vorstand unter dem Druck der amerikanischen Fraktion in der Führung voll auf die Linie der Adenauer-Politik begibt."

Weiter verbreitete die SED Anfang Dezember einen offenen Brief an den Präsidenten des Westberliner Abgeordnetenhauses und forderte darin ebenfalls die Annahme einer Erklärung gegen die Pariser Verträge und eine Solidaritätserklärung mit dem ostberliner Scheinparlament durch das Abgeordnetenhaus. Dazu enthielt der offene Brief die Aufforderung, der Senat solle Verhandlungen mit der SED-Stadtverwaltung über die "Normalisierung des Lebens in ganz Berlin", insbesondere über den durchgehenden Straßenverkehr, verbünden mit einer Herabsetzung der westberliner Straßenbahn- und Omnibusfahpreise aufnehmen.

b) Die vernichtende Niederlage der SED

Obwohl die SED Westberlin mit Wahlmaterial und Wahlhelfern völlig überschwemmt hatte, erlitt sie bei der Wahl zum Westberliner Abgeordnetenhaus eine vernichtende Niederlage. Sie erhielt nur 2,7 Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 91,4 Prozent. Das folgende Gesamtergebnis der bisherigen Stimmenverteilung in Westberlin seit 1946 zeigt den Umfang dieser Niederlage besonders deutlich:

Stimmenzahlen in Westberlin

	1955 (+)	1950 (+)	1946 (++)
SPD	684 646	654 211	603 105
CDU	466 595	361 050	282 612
FDP	196 845	337 589	122 501
DP	75 159	--	--
SED	41 225	--	171 441

(Zu umseitiger Aufstellung:

(+ Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus; an der Wahl 1950 war die SED nicht beteiligt

(++ Stimmenzahlen aller westberliner Stimmbezirke bei der Wahl zum damaligen gesamtberliner Stadtparlament

Da die SED die erforderlichen 5 Prozent aller abgegebenen Stimmen nicht erreichte, erhielt sie kein Mandat im Abgeordnetenhaus. Während sie insgesamt nur 2,7 Prozent aller Stimmen erhielt, schwankte ihr Anteil in den einzelnen Bezirken zwischen etwa 0,7 und 4,1 Prozent. Damit blieb die SED auch in sämtlichen Bezirken unter den erforderlichen 5 Prozent und erhielt deshalb auch kein Mandat in den Bezirksversammlungen.

War die SED schon 1946 eine schwache Partei, so wurde sie diesmal zu einer politischen Sekte. Während sie damals im Bezirk Wedding, wo sie vor 1933 stärker war als die SPD, schon mit nur 35 732 Stimmen eine Niederlage erhalten hatte, konnte sie am 5. Dezember 1954 in allen 12 westberliner Bezirken zusammen nur noch 41 225 Stimmen erreichen.

Offensichtlich hatte das ZK der SED die Stimmung der Arbeiterschaft in Westberlin falsch eingeschätzt, als es sich für eine Wahlbeteiligung entschied. Die SED hatte es für sicher gehalten, dass sie die 5-Prozent-Schranke glatt überspringen könnte. Noch in der Ausgabe des "Neuen Deutschland" zum Wahltag hatte der SED-Bezirkssekretär von Berlin, Alfred NEUMANN, erklärt:

"Ich bin fest davon überzeugt, dass die SED die Sympathien der Werktätigen hat. Die Arbeiter werden die Liste 5 wählen, weil es die einzige Möglichkeit ist, eine Änderung der Lage in Westberlin zu erreichen.

Wir werden ins Abgeordnetenhaus kommen und dort mit verstärkten Kräften den Kampf gegen die Pariser Verträge Adenauers, für die Verständigung der Deutschen, für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse führen."

Die vernichtende Niederlage der SED und der gleichzeitige Erfolg der SPD gegen die sich die SED-Wahlpropaganda konzentriert hatte, hatten auf die linientreuen Mitglieder und Funktionäre eine Schock-

wirkung, während die meisten, schon vorher skeptisch gewesenen SED-Mitglieder ihre Meinung bestätigt sahen, dass die Politik des ZK in Westberlin mindestens ebenso unpopulär ist wie in der Sowjetzone. Völlig lähmend wirkte die Wahlniederlage auf die Grundorganisationen der SED in Westberlin.

Um den Eindruck dieser völligen Niederlage abzuschwächen, brachte das ZK vor allem zwei Argumente vor. Das erste bestand in der Behauptung, die SED habe nach jahrelanger Unterdrückung und infolge von Terrormassnahmen gegen ihre Wahlagitation nicht die Möglichkeit gehabt ihr Wahlprogramm der westberliner Bevölkerung in voller Freiheit darzulegen. Zweitens behauptete das ZK, die SED habe insofern einen Erfolg erzielt, weil es gelungen sei, die Parteien der Adenauer-Koalition in die Minderheit zu drängen. Im "Neuen Deutschland" vom 7. Dezember wurde im Leitartikel zum westberliner Wahlergebnis u.a. ausgeführt:

"Bis zur letzten Stunde standen die westberliner Wahlen im Zeichen zahlloser Terrormassnahmen seitens der westberliner Machthaber gegen die SED und ihre Wahlhelfer.

Die Partei nahm an den Wahlen in Westberlin nach jahrelanger Unterdrückung teil.

Die Adenauer-Koalition aus CDU und FDP ist geschlagen und zu einer Minderheit geworden.

Diese Niederlage Adenauers ist ein Ergebnis der unermüdlichen Arbeit tausender Wahlhelfer unserer Partei.

Der Verlust der bisherigen Mehrheit seitens der Adenauer-Parteien ist um so bemerkenswerter und bedeutungsvoller als die amerikanische Fraktion in der SPD der Behandlung der brennenden nationalen und ausserpolitischen Fragen auswich.

Erst nachdem die Sympathien vieler Berliner Werktätigen eindeutig auf Seiten der SED lagen, weil sie die Verhinderung der Ratifizierung der Pariser Kriegspakte in den Vordergrund stellten, erst da kam Ollenhauer nach Berlin und erklärte, ebenfalls gegen diese verderbenbringenden Pakte zu sein.

Das Ergebnis der Wahlen ist eine Fehlentscheidung, weil die Massen nicht die Partei gewählt haben die einzige und allein

Mit der von uns vorhergesagten Koalition der SPD-Führung mit der Adenauer-CDU wird Westberlin in noch stärkere Abhängigkeit von Bonn und unter noch grösserem Einfluss seiner Kriegspolitik geraten."

Am folgenden Tag befasste sich das SED-Zentralorgan in einer weiteren Stellungnahme zum Wahlergebnis vor allem mit der SPD und führte u.a. aus:

"Dieses Wahlergebnis lehrt aber auch, dass die Westberliner nicht begriffen haben, wer ihre wirklich konsequente Interessenvertreterin ist.

Trotzdem spiegelt das Wahlergebnis aber eindeutig wider, dass die Mehrheit der westberliner Bürger mit ihrer Stimme für die SPD gegen die Preisgabe Westberlins als Frontstadt, gegen die Pariser Kriegspakte und die damit verbundene Gestellung der westberliner NAT O-Division gestimmt hat.

Obwohl die Wähler gegen den Kriegskurs entschieden hatten, ist die Politik der Koalition darauf gerichtet, die Massen einzusparen für die weitere Durchsetzung einer reaktionären arbeiterfeindlichen Politik."

Innerhalb der SED behauptete das ZK, die Wahlniederlage sei in erster Linie auf ein politisches Versagen der Funktionäre und Mitglieder der Partei zurückzuführen, die es nicht verstanden hätten, den Westberlinern die Politik der Sowjetzonenregierung richtig zu erläutern und verständlich zu machen. Die meisten Wahlhelfer, so erklärte das ZK, hätten nicht die notwendige Überzeugungskraft gehabt weil sie selbst noch in Grundfragen unklar und von der Richtigkeit der Politik der Partei nicht genügend überzeugt gewesen wären. In dieser Weise beschuldigte das ZK vor allem die Mitglieder und Funktionäre die schon vorher pessimistisch gewesen waren und nach der Wahlniederlage weiter defaitistische Äusserungen machten.

o) Fortsetzung der SED-Aktionen in Westberlin

Nach der Wahlniederlage setzte die SED im Dezember ihre Hetze gegen die westberliner SPD mit einer noch schärferen Sprache als zuvor fort. Am 10. Dezember veröffentlichte die SED erneut einen

- 30 -

offenen Brief an den Landesverband Berlin der SPD. Darin wurde der Versuch gemacht, einen Gegensatz zwischen Ollenhauer und der westberliner SPD-Führung zu konstruieren. Nach der Wiedergabe einiger Sätze aus der Rede Ollenhauers am 3. Dezember in Westberlin wurde im offenen Brief ausgeführt:

"Wir wenden uns besonders an die Freunde Erich Ollenhauers in Berlin. Mögen sie aus den obigen Feststellungen die notwendigen Konsequenzen ziehen und den Weg zur Verständigung im Kampf gegen die Pariser Verträge beschreiten.

Sozialdemokratische Genossen, geht ihr den Adenauerschen Weg der Politik der Stärke, wie es die Führer der amerikanischen Fraktion in der SPD, Brandt, Hertz, Dr. Suhr u.a. verlangen, dann ist das der falsche und gefährliche Weg.

Geht aber die Berliner SPD-Führung aufgrund des starken Druckes der amerikanischen Fraktion den Weg der Koalition mit der Adenauer-CDU und evtl. der FDP, dann wird der Wille der fast 700 000 Wähler der SPD, die gegen Adenauer stimmten, verletzt."

Abschliessend wurden die SPD-Mitglieder aufgefordert, eine Koalition mit der CDU zu verhindern und gegen die Pariser Verträge Stellung zu nehmen. Die SED-Presse beschäftigte sich intensiv mit den Koalitions-Verhandlungen in Westberlin und versuchte an Diskussionen über diese Frage, die innerhalb der SPD stattfanden, anzu-knüpfen, in der Absicht, parteiinterne Aussprachen zu offenen Gegensätzen auszuweiten.

Gleichzeitig war das ZK und die SED-Bezirksleitung B orlin nach der Wahlniederlage bemüht, das Schwergewicht auf die Einschaltung ihrer Funktionäre in Lohnbewegungen und andere soziale Tagesfragen mit der westberliner Arbeiterschaft einzuschalten und daraus "ausserparlamentarische Massenaktionen" zu machen. Im SED-Zentralorgan vom 7. Dezember wurde dazu geschrieben:

"Dies um so mehr, als alle materiellen Lasten, die sich aus der Aufrüstung ergeben, in nächster Zeit auch für Westberlin auf die Tagesordnung treten. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise und der Mieten wird von der Bevölkerung nicht widerspruchslos hingenommen werden. Die Forderung nach der Erhöhung der Löhne und Gehälter wird in den Betrieben verstärkt auf-

flammen. Die Partei ist während des Wahlkampfes in Westberlin

in die Offensive gegangen. Diese Offensive wird jetzt auf breitesten Basis fortgesetzt werden. Dessen können die west-berliner Frontstadt-Parteien gewiss sein."

Bis Ende Dezember war es der SED-Bezirksleitung noch nicht einmal gelungen, die Funktionäre und Grundeinheiten in Westberlin zur Teilnahme an der Parteiarbeit zu veranlassen.

12. Kommunistische Infiltration in Westdeutschland

Bei allen kommunistischen Versuchen, in Westdeutschland und Westberlin eine Basis für Aktionen zu schaffen, stand auch im Dezember die Kampagne für die sogenannte "Aktionseinheit" gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge im Vordergrund.

a) Kampagne für "Aktionseinheit"

Das wichtigste Ereignis im Rahmen der Kampagne für die "Aktionseinheit" war im Berichtsmonat der Parteitag der KPD in Hamburg, über den im Abschnitt 6 berichtet wird. Er diente der Ausrichtung der westdeutschen Kommunisten, auf die Aktionseinheits-Taktik, vor allem auf das Herantreten an Sozialdemokraten und eine Aktivierung der Fraktionstätigkeit im DGB.

In der Sowjetzone war das ZK bemüht, die Aufnahme von Kontakten von Organisation zu Organisation und Betrieb zu Betrieb sowie die Korrespondenztätigkeit zu steigern. Dabei sollte unbedingt die Ablehnung der Pariser Verträge an erster Stelle stehen; davon ausgehend sollte an soziale Fragen angeknüpft und die DDR als Vorbild propagiert werden.

In der ZK-Zeitschrift "Einheit" vom Dezember stand die Aktionseinheitstaktik im Mittelpunkt. In verschiedenen Artikeln wurde dazu u.a. ausgeführt:

"Hauptaufgabe:

Der Kampf gegen den wiedererstehenden deutschen Militarismus muß auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens, von allen Seiten geführt und in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt werden.

Die Hauptaufgabe aller patriotischen Kräfte ist heute, die Verwirklichung der Pariser Vereinbarungen und damit das Wiedererstehen des deutschen Militarismus, zu verhindern. Die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage ist deshalb dringender denn je.

Verhandlungen:

Die nächsten Schritte hierzu sind: Verhandlungen zwischen Vertretern beider Teile Deutschlands sowie die Durchführung der von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Viermächtekonferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage und der baldigen Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.

Auf was es jetzt ankommt ist, daß die von der Arbeiterklasse gefaßten Beschlüsse mit gemeinsamer Kraft verwirklicht werden. Das gilt sowohl in Westdeutschland für den Beschuß des SPD-Parteitages, die Beschlüsse der KPD und die der westdeutschen Gewerkschaften gegen die Remilitarisierung als auch in der DDR für die Beschlüsse unserer Partei und des FDGB.

Es ist höchste Zeit für Verhandlungen zwischen Vertretern der Deutschen aus dem Osten und dem Westen unseres Vaterlandes und vor allem für Verhandlungen zwischen Arbeitern und ihren Organisationen.

Die KPD und die SED sind bereit, mit der SPD zusammen zu arbeiten, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den wiedererstehenden deutschen Militarismus zu schaffen.

Außerparlamentarische Massenaktionen:

An dem gemeinsamen und entschlossenen Kampf der Arbeiterklasse würden alle Pläne der Imperialisten und Militaristen ^{gegen} ~~an~~ unser Volk scheitern, das lehrt die deutsche Geschichte beim Kapp-Putsch und beim Streik gegen die Cuno-Regierung.

Obwohl der Kampfwille der Arbeiterklasse in Westdeutschland durch die Politik der SPD-Führung, durch deren versöhnliches Verhalten gegenüber dem deutschen Militarismus noch gehemmt wird, ist die Arbeiterklasse in Westdeutschland heute bereit, den Kampf gegen die Aufrüstungspolitik und die damit

verbundenen sozialen Lasten aufzunehmen. Die in den letzten Monaten stattgefundenen Massenkämpfe zur Durchsetzung der sozialen Forderungen der Werktätigen, die Protestdemonstrationen und die angenommenen Beschlüsse gegen die Remilitarisierung sind Zeugnis dafür.

Rolle der DDR:

Die SED und mit ihr die Bevölkerung der DDR werden es an nichts fehlen lassen, um die lebensnotwendige Zusammenarbeit mit den westdeutschen Arbeitern zu erreichen. Sie muß von Betrieb zu Betrieb, von Ort zu Ort, von Organisation zu Organisation erfolgen. Es kommt darauf an, daß die Mitglieder westdeutscher Arbeiterdelegationen, die die Betriebe der DDR besuchen, die hier sehen, was die einzige Arbeiterklasse zu schaffen imstande ist, nach der Rückkehr in ihren Betrieb, in ihren Ort, in ihre Organisation, zu Vorkämpfern ddr Einheit der Arbeiterklasse, zu Organisatoren des gemeinsamen Kampfes gegen die Remilitarisierung werden.

Die DDR ist heute die unerschütterliche Basis im Kampf des deutschen Volkes um seine Wiedervereinigung. Indem die Arbeiterklasse in der DDR im Bündnis mit den werktätigen Bauern und in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Intelligenz neue Aufbauerfolge erzielt, gibt das Beispiel des friedlichen Aufstiegs, der in ganz Deutschland Möglichkeit werden kann, wenn die Arbeiterklasse in ganz Deutschland jetzt gemeinsam dafür kämpft."

Die hier entwickelte taktische Linie wurde sowohl in den Grundorganisationen der SED, in den Schulungsveranstaltungen wie in den Mitgliederversammlungen, und auch unter der Mitgliedschaft der KPD propagiert.

Dazu kamen konkrete Anweisungen für die Entsendung und den Empfang von Delegationen, die Aufnahme brieflicher Verbindungen, die Bildung von Komitees, das Einschalten bei Lohnbewegungen und anderen gewerkschaftlichen Aktionen in Westdeutschland, die Sammlung von Geld für solche Aktionen und die Entsendung von Agitatoren.

b) Infiltrationsversuche des FDGB

Mitte Dezember ließ der Bundesvorstand des FDGB in Massenauflagen in der Sowjetzone und in Westdeutschland einen Aufruf verbreiten, in dem an die westdeutschen Gewerkschafter folgende Aufforderung gerichtet wurde:

"Schreitet zur Tat! Führt Versammlungen in jeder Abteilung, in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaftsorganisation durch, in denen ihr, entsprechend den Beschlüssen eurer Gewerkschaftskongresse, gegen die Remilitarisierung die Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel festlegt. Jeder Bundestagsabgeordnete muß aufgefordert werden, die Ratifizierung der Pariser Verträge abzulehnen. Die Beschlüsse von Delegiertenkonferenzen, Vorständen und Betriebsräten, die Wiederbewaffnung des deutschen Militarismus mit Massenstreiks zu verhindern, zeigen den Weg, um erfolgreich die alte Arbeiterlosung zu verwirklichen: 'Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!'"

Ende Dezember richtete der Bundesvorstand des FDGB einen offenen Brief an den Bundesvorstand des DGB mit der Aufforderung zu gemeinsamen Verhandlungen über gemeinsame Aktionen. In diesem offenen Brief hieß es abschließend:

"Da wir es als unsere heilige Pflicht und höchste Ehre betrachten, gemeinsam mit allen deutschen Arbeitern für den Frieden einzutreten und die demokratische Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu erkämpfen, sind wir stets zur Verständigung zwischen den beiden großen Gewerkschaftsbünden, den Organisationen der deutschen Arbeiterklasse bereit. Uns ist bekannt, daß verantwortliche Kollegen im Bundesausschuß des DGB ähnliche Gedanken äußerten. Laßt uns in dieser ernsten Stunde endlich alles Trennende beseite stellen, um gemeinsam für den Frieden und für die Einheit unseres Vaterlandes zu wirken!"

Auch der Zentralvorstand der FDGB-IG Bergbau richtete einen offenen Brief an den Hauptvorstand der IG-Bergbau des DGB und verlangte Beratungen über gemeinsame Aktionen gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge.

Nach Behauptungen des FDGB begab sich am 3. 12. aus der Sowjetzone eine Bergarbeiter-Delegation zur II. Internationalen Bergarbeiterkonferenz des Weltgewerkschaftsbundes nach Prag, der angeblich 9 Bergarbeiter aus Westdeutschland und 3 Bergarbeiter aus dem Saargebiet angehörten.

Ende Dezember berichtete die SED-Presse, daß eine Delegation der FDGB-IG Nahrung-Genuß-Gaststätten aus Wittenberg in Worms mit der dortigen IG Nahrung-Genuß-Gaststätten des DGB die Herausgabe eines gemeinsamen Flugblattes gegen die Pariser Verträge vereinbart hatte und daß dieses Flugblatt im Dezember in Worms verbreitet wurde. Weiter soll sich der Ortsvorstand der IG des DGB in Worms sowie mehrere Betriebsräte verpflichtet haben, eine Delegation Anfang 1955 zum Gegenbesuch nach Wittenberg zu entsenden.

a) Offener Brief des Sowjetzonen-Ministers für Arbeit an den westdeutschen Arbeitsminister

Mitte Dezember richtete der SED-Funktionär MACHER, der Sowjetzonen-Minister für Arbeit, einen offenen Brief an den Arbeitsminister der Bundesregierung mit dem Vorschlag, einen öffentlichen Meinungsaustausch über eine einheitliche Arbeitsgesetzgebung für ganz Deutschland herbeizuführen. Darin zählte Macher alle Schein-Rechte der mitteldeutschen Arbeiter auf, die in Wirklichkeit nur auf dem Papier stehen und empfahl die Aufnahme dieser Bestimmungen in die westdeutsche Arbeitsgesetzgebung. Der Zynismus dieses Schreibens gipfelte in der Bemerkung, das Sowjetzonen-Ministerium für Arbeit sei dafür seinerseits bereit, Bestimmungen aus der westdeutschen Arbeitsgesetzgebung zu übernehmen, falls es dort Bestimmungen geben sollte, die den Arbeitern und Angestellten materielle und kulturelle Vorteile bieten könnten und in den sowjetzonalen Arbeitsgesetzen noch nicht enthalten seien.

d) Aufrufe des Nationalrates der Nationalen Front

Zur propagandistischen Auswertung der Moskauer Deklaration erließ der Nationalrat der Nationalen Front am 6. Dezember einen Aufruf, der sowohl in der Sowjetzone wie auch in Westdeutschland verbreitet wurde. In diesem Aufruf wurden erneut Verhandlungen zwischen west-

deutschen Körperschaften und den Organen des SED-Staates gefordert.

Einen zweiten Aufruf richtete der Nationalrat der Nationalen Front am 14. Dezember an die Abgeordneten des Bundestages und ließ diesen Aufruf gleichzeitig als Flugblatt verbreiten. Im Mittelpunkt stand die Forderung, bei der Ratifizierungsdebatte im Bundestag gegen die Pariser Verträge zu stimmen.

Außerdem organisierte die Nationale Front die Verbreitung eines Aufrufs gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge, der von 60 westdeutschen Personen unterzeichnet war und mit folgenden Forderungen schloß:

- "1. Sofortige Kooperation zwischen den beiden Teilstaaten Deutschlands auf allen Gebieten des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens.
2. Die sofortige Aufnahme von Verhandlungen der Besatzungsmächte über die Wiedererrichtung eines unabhängigen und durch multilaterale Verträge gesicherten demokratischen deutschen Rechtsstaates.
3. Die sofortige Beteiligung an allen Maßnahmen, die geeignet sind, den unheilvollen Einfluß von Angst und Gewalt in der Politik zu vermindern."

Die Unterzeichner des Aufrufes haben mehr oder weniger Kontakt mit Funktionären der SED, vor allem mit den sogenannten Funktionären der Nationalen Front und des Kulturbundes und waren zum größten Teil Gäste auf Tagungen der SED, was in ihrer Umgebung kaum bekannt sein dürfte.

Auch der "Bund der Deutschen" wurde in die Kampagne eingespannt. Er richtete ebenfalls einen Aufruf an die Abgeordneten des Bundestages und ließ diesen Aufruf gleichzeitig als Flugschrift verbreiten.

An 12. Dezember fand in Spremberg, Sowjetzone, eine Konferenz der sogenannten "Deutschen Friedensbewegung" statt. Unter den 500 Teilnehmern befand sich eine große Anzahl von Personen aus Westdeutschland. Die SED hatte als Aushängeschild den Betriebs-"Friedensrat" des VE-Preßstoffwerkes Spremberg vorgeschnoben und durch ihn ein

"Initiativprogramm" vorlegen lassen, in dem der Austausch von Delegationen, erweiterter Propaganda-Briefverkehr und finanzielle Unterstützung für die westdeutschen "Friedensfreunde" vorgesehen war. Die Funktionäre der westdeutschen Friedensbewegung sollen in westdeutschen Betrieben ebenfalls Betriebs-Friedensräte bilden und Kampfprogramme aufstellen, in denen die Verbreitung von Flugblättern, offenen Briefen usw. sowie die Entsendung von Delegationen in die Sowjetzone vorgesehen werden soll.

e) Einladungen an westdeutsche Kommunalpolitiker

Im Dezember war die SED bemüht, ihre Kontakte zu westdeutschen Kommunalpolitikern zu vermehren. U. a. hatte sie zu diesem Zweck den Oberbürgermeister von Leipzig, Erich UHLICH, in verschiedene westdeutsche Städte entsandt, um Verbindungen mit Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aufzunehmen.

Am 3. Dezember tagte in Ostberlin der "Arbeitsausschuß zur Förderung der gesamtdeutschen Verständigung auf kommunalem Gebiet", der vor einigen Monaten auf einer sogenannten gesamtdeutschen Konferenz von Kommunalpolitikern eingesetzt worden war. An dieser Tagung sollen eine Reihe westdeutscher Kommunalvertreter teilgenommen haben. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Oberbürgermeisters von Jena über die kommunale Finanzwirtschaft in der Sowjetzone und ein Referat eines "Stadtverordneten aus Hessen", dessen Name in der Öffentlichkeit verschwiegen wurde, über die finanzielle Lage der Kommunalverwaltungen in Westdeutschland.

Nach Berichten der SED-Presse haben 51 Bürgermeister und Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte aus Westdeutschland, darunter angeblich Mitglieder der SPD, des BHE, der FDP und der CDU/CSU sowie Parteilose eine einwöchige "Studienreise" durch die Sowjetzone unternommen. Zum Abschluß fand in Ostberlin eine gemeinsame Tagung mit kommunistischen Kommunal-Funktionären der Sowjetzone statt. Die Kosten der großzügig finanzierten Reise wurden aus dem SED-Staatshaushalt bezahlt.

f) Gesamtdeutsches Wirtschaftsgespräch

Anfang Dezember fand in Ostberlin ein gesamtdeutsches Wirtschaftsgespräch statt, zu der das staatliche Handelsorgan "Deutscher Innen- und Außenhandel, Sektor Maschinen" eingeladen hatte. Aus Westdeutschland sollen mehr als 50 Händler und Fabrikanten an der Tagung teilgenommen haben.

g) Vorstoß der DEFA nach Westdeutschland

Am 8. Dezember fanden nach Vorbesprechungen in Hamburg weitere Verhandlungen in Ostberlin über eine Gemeinschaftsproduktion von Filmen und den Austausch von Filmen zwischen der kommunistischen Film-Monopolgesellschaft DEFA und dem westdeutschen Verband deutscher Filmproduzenten e.V. statt. Abschließend wurde folgende Erklärung veröffentlicht:

"Über alle wesentlichen Voraussetzungen von ost- und westdeutschen Co-Produktionen wurde Einigkeit erzielt. Die Verhandlungspartner hoffen, daß die erarbeiteten Vorschläge die Zustimmung der zuständigen Behörden finden, damit im Jahre 1955 die ersten Gemeinschaftsfilme hergestellt werden können."

Vom Verband Deutscher Filmproduzenten haben an dieser Vereinbarung teilgenommen:

"Herr ABICH, Göttingen, Herr Rechtsanwalt JURISCH, Berlin,
Herr P. A. MAINZ, Hamburg, Herr RAUSCHENBACH, München, ferner
Herr Rechtsanwalt Dr. WILDERMUTH als Geschäftsführer der Interna-
tionalen Film-Handels-G.m.b.H., Berlin.

Zu diesem Thema erschien in der SED-Wochenzeitung "Die Wirtschaft" vom 2. Dezember ein Artikel von Anton ACKERMANN, Leiter der Hauptverwaltung Film im Sowjetzonenministerium für Kultur, unter dem Titel "Westdeutscher Film in der Zange der Kriegswirtschaft." Darin wurde erklärt:

"Das Ministerium für Kultur der DDR wünscht und fordert die Freiheit der Verbreitung humanistischer deutscher Filme ungehindert in ganz Deutschland. Bekanntlich sind zu derselben Zeit, wo k ein einziger DEFA-Film in Westberlin und Westdeutschland zur Aufführung kam, Dutzende von westdeutschen und westberliner Filmen in der DDR aufgeführt worden. Freilich kann der Filmaustausch nicht länger einseitig bleiben. Im Interesse des westdeutschen Films müssen die Maßnahmen zum Boykott der DEFA-Filme schleunigst aufgehoben werden. Die Förderung der ost- und westdeutschen Co-Produktion, einschließlich der gemeinsamen Synchronisation wertvoller ausländischer Filme, sind weitere Forderungen der Programmklärung des Ministeriums für Kultur der DDR.

Es gibt also einen Weg zur Beseitigung des Notstandes für den westdeutschen Film. Er besteht darin, den guten humanistischen Film zu fördern, dem dann auch die Verleihgebiete des sozialistischen Weltmarktes offenstehen werden. Eine vielgestaltige Zusammenarbeit im gesamtdeutschen Maßstab kann wesentlich dazu beitragen, den westdeutschen Film zu stärken und zu neuen künstlerischen Bestleistungen zu führen."

Die DEFA ist für diese Aktion reichlich mit Geldmitteln ausgestattet und ihr Ziel ist die Invasion von Filmen mit mehr oder weniger offener kommunistischer Tendenz in Westdeutschland.

h) Propaganda mit dem "Schiller-Komitee 1955"

Am 23. Dezember wurde in Ostberlin aus einem in den Vormonaten gebildeten "Vorbereitenden Ausschuß für die Schiller-Ehrung 1955" das "Schiller-Komitee 1955" konstituiert. Der Sowjetzonenminister für Kultur, ZK-Mitglied J. R. BECHER, wurde als "Präsident" eingesetzt. Dem Komitee gehören weiter Mitglieder des ZK und andere kommunistische Kultur-Funktionäre, wie ABUSCH, BRECHT, GIRNUS, der Sowjetzonenminister für Volksbildung, Fritz LANGE, ZK-Sekretär WANDEL, Anna SEGHERS, an.

Vom Schiller-Komitee wurde ein Rahmenprogramm für die Veranstaltungen bekanntgegeben, die vom 9. bis 15. Mai 1955 in Weimar und Jena

stattfinden sollen. U. a. ist vorgesehen: Am 9. Mai ein Festakt, am 10. Mai eine Festveranstaltung unter dem Motto: "Die Welt ehrt Schiller", am 12. Mai ein gesamtdeutsches Studententreffen in Jena und eine Fest-Veranstaltung der Friedrich-Schiller-Universität; am 14. Mai eine Gedenkrede von Thomas MANN, am 15. Mai ein Volksfest, das die Traditionen der Schiller-Feiern von 1859 und 1905 fortführen soll.

Zu diesen Veranstaltungen sollen als Mitwirkende und Gäste in großzügiger Weise westdeutsche Kulturschaffende eingeladen werden.

i) Kommunistische Kultur-Infiltration

Im Dezember veranstaltete der kommunistische Kulturbund in Westberlin eine Fortsetzung des "Deutschen Gesprächs", das Ende November begonnen hatte. Viele Westberliner Kulturschaffende waren dazu in das westberliner Hotel Sachsenhof eingeladen worden. Die Einladungen hatte der Westberliner Dr. WALLNER verschickt. Hauptsprecher der SED waren J. R. BECHER, Bertolt BRECHT und Willi BREDEL. BECHER forderte die westberliner Gäste auf, sich zur Fortsetzung der Diskussionen über gesamtdeutsche Kulturfragen in Kommissionen mit Kulturschaffenden der Zone zusammenzusetzen und über Themen wie "Staat und Kultur; das neue Bild des Menschen; freie Wahlen; Begriff der Moderne" zu debattieren. Auf kritische Äußerungen Westberliner Journalisten antwortete Becher ausweichend, in dem er sagte, man könne aus Fehlern lernen und man würde sich schon verstehen lernen, wenn die Diskussionen fortgesetzt würden.

Ebenfalls Anfang Dezember fand im Ostberliner Neuen Stadthaus eine "Gesamtberliner Tagung" von Kulturschaffenden statt, zu der die Ostberliner SED-Stadtverwaltung eingeladen hatte. Dort sollen eine größere Zahl von Westberliner Kulturschaffenden teilgenommen haben. Als Vertreter des SED-Oberbürgermeisters EBERT erklärte der Kulturfunktionär Herbert FECHNER, der SED-Magistrat sei bereit, mit dem Westberliner Senat über alle kulturellen Fragen der Stadt zu verhandeln. Weiter forderte er: Schaffung eines gesamtberliner Schiller-Preises und Verleihung an Literatur-Schaffende, Veranstaltung einer alljährlichen Berliner Theaterfestwoche, Durchführung einer

- 41 -

internationalen Kunstausstellung, Wiederaufbau der Philharmonie, Aufbau der Städtischen Oper in Charlottenburg, Wiederaufstellung des Schiller-Denkmales, dessen Einzelteile sich in beiden Teilen der Stadt befinden. Bei Ablehnung dieser Vorschläge durch den west-berliner Senat soll dieses Programm so weit wie möglich in Ostberlin verwirklicht werden.

In Leipzig fand am 10. Dezember anlässlich des Erscheinens der 8000. Nummer der Reclam-Universalbibliothek mit der Erzählung "Karl und Anna" eine offizielle Feierstunde im Rathaus statt. Der eingeladene westdeutsche Autor Leonhard FRANK nahm an dieser Feier teil.

In Ostberlin wurde Anfang Dezember die I. Deutsche Tanzkonferenz veranstaltet, zu der viele Teilnehmer aus Westdeutschland eingeladen waren. Das Sowjet-Ministerium für Kultur gab verschiedene Vorschläge für die Ausbildung des tänzerischen Nachwuchses bekannt. Die Leipziger Ballettmeisterin Lilo GRUBER referierte im Sinne der SED über "Die gegenwärtige Situation der Tanzkunst in Deutschland und ihre nächsten Aufgaben". Am zweiten Tag fanden Beratungen von Fachkommissionen statt, während am 3. und 4. Konferenztag tänzerische Vorführungen mit Diskussionen wechselten. Die westdeutschen Teilnehmer wurden aufgefordert, mit den sowjetzonalen Stellen ständigen Kontakt zu halten und das "gesamtdeutsche künstlerische Gespräch" fortzusetzen.

Ebenfalls Anfang Dezember tagte in Ostberlin eine gesamtdeutsche Konferenz für Gewebe-Therapie, an der Fachärzte aus Westdeutschland und Westberlin sowie ein Professor aus der Udssr und ein Professor aus dem kommunistischen China teilnahmen. Im Mittelpunkt stand ein Referat über Theorie und Praxis der Gewebetherapie nach dem russischen Augenarzt FILATOW. Der sowjetische Professor hielt einen Vortrag gegen die idealistische Weltanschauung sowie gegen die Virchowsche Zellular-Pathologie und die Frischzellen-Therapie des Schweizer Arztes NIEHANS. Weiter referierte Prof. Dr. RIETSSHEL aus Herford über "Technik, Nutzen und Gefahren der Zellular-Therapie nach Niehans".

k) Kurzwellessendungen der GST

werden laufend auf dem 40 m Band nach Mitternacht Propagandasprüche an Kurzwellen-Amateure in Westdeutschland gesendet. Die GST unterhält mehr als 150 sogenannte Luftstationen mit Schichtbesetzung, die mit beachtlicher Lautstärke funken. Der Text der Funksprüche wird von SED-Funktionären festgelegt. Wenn westdeutsche Amateure wie üblich den sowjetzonalen "Amateursendern" die QSL-Karte mit ihren Anschriften und den technischen Angaben über Empfangsstärke usw. übersenden, werden diese Angaben an den SSD und eine zentrale Stelle der GST sowie den Nachrichten-Abteilungen der KVP zugeleitet. Die Anschriften Jugendlicher werden auch an die FDJ weiter gegeben.

1) Propaganda mit britischen und norwegischen Gewerkschaftsdelegationen

Nach Angaben der SED-Presse weilte eine norwegische Gewerkschafts-Delegation 14 Tage lang in der Sowjetzone und erklärte Anfang Dezember auf einem Abschiedsempfang beim FDGB-Bundesvorstand, der Lebensstandard sei in der Sowjetzone etwas höher als in Norwegen. Als einer der Teilnehmer wurde der Eisenbahner Leif GULBRANDSEN genannt.

Weiter berichtete die SED-Presse, dass eine offizielle Delegation der britischen Gewerkschaft der Elektro-Arbeiter einen 14-tägigen Besuch in der Sowjetzone gemacht habe. Leiter der Delegation war Frank FOULKES, Generalpräsident der Elektrogewerkschaft. Auch diese Delegation soll die Zustände in der Sowjetzone gelobt haben.

Anfang Dezember veröffentlichte die Sowjetzonenpresse einen längeren Artikel aus der englischen Zeitschrift "Labour Monthly" den der britische Wirtschafts-Wissenschaftler Michael Barrett Brown als Teilnehmer einer Labour-Delegation, die die Sowjetzone besuchte, geschrieben hatte. Der Artikel war eine einzige Lobeshymne auf das SED-Regime.

13. Moskauer Konferenz und ihre Auswertung

Über die Moskauer Konferenz vom 29. November bis 2. Dezember, an der die Sowjetzonenregierung, sowie die kommunistischen Regierungen europäischer sowjetischer Satellitenstaaten und die Sowjetregierung teilnahmen, wurde z.T. bereits im November Monatsbericht (Seite 52 bis 54) berichtet. Dort wurden auch die Kernsätze aus der

sogenannten "Deklaration" wiedergegeben, die bei der Auswertung durch die Kommunisten in Deutschland im Mittelpunkt stand.

Neben der Deklaration bezeichnete das ZK der SED die Reden, die MOLOTOW und GROTEWOHL auf der Moskauer Konferenz hielten, als richtungsweisend für die propagandistische Auswertung der Konferenz zur Steigerung der Kampagne gegen die Pariser Verträge.

a) Die Rede MOLOTOWs

Die wichtigsten Kernsätze aus der sehr langen Rede MOLOTOWs lauteten:

"Sicherheit und Wiedervereinigung unlöslich verbunden:

Die Gewährleistung der Sicherheit in Europa und eine richtige Lösung der Deutschlandfrage sind unlöslich miteinander verbunden.

Die gegenwärtigen Pläne der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritanniens und Frankreichs sind auf die Remilitarisierung Westdeutschlands und auf seine Einbeziehung sowohl in bestehende als auch in neu entstehende imperialistische militärische Gruppierungen gerichtet. Die Gefahr, die diese Pläne für den Frieden in Europa in sich bergen, liegt auf der Hand.

Um dieser Gefahr zu entgehen und wirklich zur Lösung der Deutschlandfrage und zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa beizutragen, schlägt die Sowjetunion vor, diese Pläne aufzugeben und unter Zugrundelegung folgender Leisätze zu einem Übereinkommen zu gelangen:

1. Unter keinen Umständen die Wiedergeburt des deutschen Militarismus, der den ersten und den zweiten Weltkrieg entfesselt hat, zuzulassen und endlich dazu überzugehen, eine beharrliche und geduldige Lösung der deutschen Frage auf Grund einer Übereinkunft vor allem der vier Mächte, die für die Lösung dieser Frage und damit für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa eine besondere Verantwortung tragen, in Angriff zu nehmen.

2. Ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen, an dem alle an der Erhaltung und Festigung des Friedens interessierten europäischen Staaten, unabhängig von ihrer Staats-

"Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa" als auch die Vorschläge der anderen Länder, die zu dieser Frage eingehen werden, mit aller Aufmerksamkeit zu prüfen.

In diesen beiden Vorschlägen der Sowjetregierung, die eng miteinander verbunden sind, gibt es nichts, das gegen die Interessen irgendeines europäischen oder nichteuropäischen Staates gerichtet wäre.

Westdeutsche Wiederaufrüstung verhindert 'Vereinigung Westdeutschlands und der DDR':

Vor unseren Augen verwandelt sich Westdeutschland in einen aggressiven militaristischen Staat, der erneut droht, ein Hauptkriegsverbrecher in Europa zu werden. Die Leute, die an der Spitze des Bonner Staates stehen, verhüten nicht ihre aggressiven Pläne, die gegen andere europäische Völker gerichtet sind.

Wenn es früher Hitler war, der von der 'Schaffung einer neuen Ordnung in Osteuropa' sprach, so ist es nach dem Miasko der Hitlerherrschaft Adenauer, der davon spricht.

Die Verwandlung Westdeutschlands in einen militaristischen Staat macht seine Vereinigung mit der friedliebenden DDR zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland unmöglich.

Einigung über gesamtdeutsche freie Wahlen ist möglich:

Die Sowjetunion, die alle Pläne zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus und alle Versuche ablehnt, diesen oder jenen Teil Deutschlands im Interesse irgendeiner militärischen Gruppierung zu verwenden, besteht darauf, dass Frankreich, Großbritannien und die USA gemeinsam mit der UdSSR an die Lösung der deutschen Frage herangehen. Dazu müssen nicht geringe Schwierigkeiten überwunden werden, doch ist in erster Linie erforderlich, ein Abkommen zwischen den vier Mächten über die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu erzielen. Dies erfordert seinerseits die Erzielung einer Übereinkunft zur Frage der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen, auf deren Grundlage eine gesamtdeutsche demokratische Regierung gebildet werden

müsste. Ein solches Abkommen ist durchaus möglich, wenn an Stelle

der Pläne zur Remilitarisierung des einen oder des anderen Teiles Deutschlands sich alle vier Mächte zum Ziel setzen, zu einem Übereinkommen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat zu gelangen."

Sowjetregierung will jeden Vorschlag für kollektive Sicherheit prüfen:

"Schaffung eines Systems der kollektiven europäischen Sicherheit - das ist der Weg, der zur Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa führt.

Bereits auf der Berliner Viermächtekonferenz zu Beginn dieses Jahres, schlug die Sowjetunion vor, den von ihr eingebrachten Entwurf der Hauptprinzipien eines "Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa" zu erörtern.

Die Sowjetregierung erklärte bei Vorlegung des erwähnten Vertragsentwurfes ihre Bereitschaft, auch andere mögliche Vorschläge zu erörtern, die zur Erzielung eines Abkommens zwischen allen interessierten Staaten beitragen könnten. Es muss jedoch festgestellt werden, dass trotz der wiederholten Vorschläge der Sowjetunion an die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, zur Erörterung einer für die Sache des Friedens derart wichtigen Frage zu schreiten, die erwähnten Regierungen ausweichen."

Militärische Gegenmassnahmen nach Ratifizierung:

"Da die Ratifizierung und Durchführung dieser Pariser Abkommen bereits für die nächste Zeit vorbereitet wird, können sich die friedliebenden europäischen Völker nicht auf die Massnahmen beschränken, die sie bis jetzt für die Gewährleistung ihrer Verteidigung durchgeführt haben.

Um ihre Sicherheit gründlich zu gewährleisten, müssen die friedliebenden Staaten Europas ihre Kräfte zusammenschliessen und sie für den Fall der Ratifizierung und Verwirklichung der Pariser Abkommen bedeutend festigen. Dazu ist es notwendig, auf die erforderliche Art und Weise die Durchführung von Maßnahmen zur Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit vorzubereiten, die der gegenwärtigen Lage entsprechen. Das erfordert

von den Staaten, die Teilnehmer an den ~~sozialistischen~~ Konferenz

sind, die Durchführung gemeinsamer Massnahmen auf dem Gebiet der Organisation der Streitkräfte und ihres Kommandos sowie anderer Massnahmen."

b) Die Erklärungen GROTEWOHLS

In einer langen Rede machte GROTEWOHL auf der Konferenz unter anderem folgende Ausführungen:

SED-Staat ist Verwirklichung des Potsdamer Abkommens

"In einem grossen Teil Deutschlands ist bereits eine wirkungsvolle Entwicklung zur friedlichen Lösung der deutschen Frage geschaffen worden. Die Bevölkerung des östlichen Teils Deutschlands hat den Plan der amerikanischen und westdeutschen Militaristen, ganz Deutschland unter das Joch des Militarismus zu zwingen, durch die Gründung der DDR ein für allemal vertrieben. In der DDR wurden im Sinne des Potsdamer Abkommens der vier Mächte des Wurzeln des Militarismus und des Revanchismus ausgerottet.

Hinter der DDR-Regierung steht die Mehrheit des deutschen Volkes.

Die Verwirklichung der demokratischen Grundrechte des deutschen Volkes in der DDR, die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, des Rechtes auf Bildung, des Rechtes auf Erholung, die Verwirklichung der Grundrechte der Jugend und der Rechte der Frau haben auch die Zustimmung breitesten Kreises der Werktätigen in Westdeutschland gefunden. In den letzten Monaten sind 75 785 Bewohner Westdeutschlands in die DDR übersiedelt. Die Tatsache, dass vor allem immer mehr Jugendliche aus Westdeutschland in die DDR kommen, um dort am friedlichen Aufbauwerk teilzunehmen, zeigt davon, dass die DDR zur Basis des gerechten Kampfes der Jugend in ganz Deutschland geworden ist. Die Vorschläge und Forderungen der Volkskammer und der Regierung der DDR für die Sicherung des Friedens haben die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands gefunden.

Wiedervereinigung ohne Verhandlungen mit der DDR unmöglich

Ohne die gemeinsame Beratung und Verständigung der Vertreter der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik ist die Wiedervereinigung nicht möglich.

Die Volkskammer und die Regierung der DDR haben gemeinsame Be-

der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden demokratischen Staat vorgesehen, insbesondere über die Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher, freier und demokratischer Wahlen.

Verhandlungen ohne Vorbedingungen

Die Regierung der DDR stellt für diese Verhandlungen mit Westdeutschland keinerlei Vorbedingungen. Sie ist bereit, bei der Vorbereitung der Wiederherstellung einer einigen, demokratischen deutschen Republik die Weimarer Verfassung in Betracht zu ziehen und die positiven Erfahrungen der Weimarer Republik oder auch diejenigen Erfahrungen nutzbar zu machen, die bei dem staatlichen Aufbau im Osten und im Westen Deutschlands in den Nachkriegsjahren gesammelt wurden. Die Entscheidung über die Gestaltung des einigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands kann nach Meinung der Regierung der DDR nur vom deutschen Volk als Ganzem erfolgen. Um diese freie Willensäusserung herbeizuführen, sind Verhandlungen zwischen Vertretern beider Teile Deutschlands notwendig. Wenn von bestimmten Kreisen Westdeutschlands behauptet wird, dass die Verschiedenheit der politischen und wirtschaftlichen Ordnungen in beiden Teilen Deutschlands eine Wiedervereinigung nicht möglich mache, so ist das ein Irrtum. Die Regierung der DDR vertritt die Ansicht, dass es sehr wohl möglich ist, schon heute einen breiten Erfahrungsaustausch zwischen den staatlichen Organen sowie den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen über bestimmte Fragen des Wirtschaftslebens, die Vorbereitung einer einheitlichen Währung, Fragen des Arbeits- und Sozialrechtes, der Pflege und Entwicklung der deutschen Kultur herbeizuführen.

Nach Ratifizierung militärische Gegenmassnahmen

Wenn in Westdeutschland der Militarismus wiederhergestellt und eine reguläre Armee geschaffen wird, dann sieht sich die DDR gezwungen, in Beantwortung dieser Massnahmen nationale Streitkräfte zu schaffen, die imstande sind, die friedlichen Errungenschaften der Werkätigen der DDR zu schützen. Die Delegation der Regierung der DDR teilt die Auffassungen der Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen

Ratifizierung und Durchführung der Pariser Verträge gemeinsame Massnahmen zum Schutze der friedlichen Arbeit ihrer Völker, der Unantastbarkeit ihres Staatsgebietes, zur Abwehr jedweder Aggression und zur Sicherung des Friedens in Europa treffen. Wir sind auch mit dem Vorschlag des Ministerpräsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Genossen SIROKY, einverstanden, dass im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge die besonders bedrohten drei Länder - die Tschechoslowakische Republik, die Volksrepublik Polen und die DDR - gemeinsame Massnahmen vereinbaren."

c) Auswertung der Moskauer Konferenz

Nach der Behandlung der Moskauer Konferenz auf der 22. ZK-Tagung der SED fand am 8. Dezember eine "Volkskammersitzung" statt, in der die formale Zustimmung dieses Scheinparlaments zur Erklärung GROTEWOHLS in Moskau, zur Deklaration der Moskauer Konferenz erteilt wurde.

Danach setzte eine Versammlungskampagne in der gesamten Sowjetzone ein, die von Kurzversammlungen in Betriebsabteilungen bis zu grossen kommandierten Massenaufmärschen alle Versammlungsarten umfasste.

Die Moskauer Deklaration sowie die Reden MOLOTOWS und GROTEWOHLS wurden im Dezember in Versammlungen, Schulung, Presse und Rundfunk ausgiebig zitiert.

In vorgelegten Entschliessungen wurde in allen Versammlungen die Zustimmung gefordert. In vielen Grossbetrieben waren in den entsprechenden Versammlungen nur ein kleiner Teil der Belegschaften anwesend. Die Versammlungsteilnehmer bewahrten trotz Aufforderung zu Meinungsäusserungen entweder eisiges Stillschweigen oder widersprachen heftig.

Im Rahmen dieser Kampagne erfolgte auch am 23. Dezember die Veröffentlichung eines Interviews mit dem "Generalfeldmarschall a.D." PAULUS.

14. Volkskammer-Schreiben an die Parlamente in Frankreich und Italien

An 21. Dezember veröffentlichte die Sowjetzonenpresse ein Schreiben des Präsidiums der "Volkskammer" an den Präsidenten der Nationalversammlung in Frankreich und ein weiteres Schreiben an den Präsidenten der Abgeordnetenkammer in Italien. In diesen Schreiben wurde erklärt, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands sei auch eine Bedrohung für Frankreich und Italien. Weiter erfolgte ein Hinweis auf die Moskauer Konferenz und die dort angedrohten militärischen Gegenmassnahmen im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge. Beide Parlamente wurden aufgefordert, diese Verträge abzulehnen.

Neben diesen Schreiben veröffentlichte die Sowjetzonenpresse auch im vollen Wortlaut die Noten der Sowjetregierung an die Regierungen von Frankreich und England, in denen die Annulierung der Beistandspakte für den Fall einer Ratifizierung der Pariser Verträge angekündigt wurde.

15. Note der Sowjetregierung vom 9. Dezember

Am 11. Dezember veröffentlichte die Presse des SED-Staates die Note der Sowjetregierung vom 9. Dezember an die Regierungen der USA, Frankreichs und Englands in vollem Wortlaut.

Nach einleitenden Ausführungen, in denen behauptet wurde, die Wiederbewaffnung Westdeutschlands diene aggressiven Absichten und gefährde den Frieden, wurde weiter erklärt:

Weitere Bereitschaft für Verhandlungen

"Die Sowjetregierung ist damit einverstanden, dass es für den Erfolg einer Konferenz über aktuelle europäische Fragen, darunter auch die Deutschlandfrage, notwendig ist, zur Schaffung entsprechender günstiger Voraussetzungen für die Erreichung eines Übereinkommens zwischen den interessierten Staaten beizutragen. Die vom 29. November bis 2. Dezember in Moskau durchgeführte Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa zeigt, dass bei der Sowjetunion und den anderen Teilnehmerstaaten dieser Konferenz, das Bestreben vorhanden ist, ein solches Abkommen im Interesse der Festigung des Friedens in

- 50 -

Europa herbeizuführen.

Nach Ratifizierung keine Verhandlungen mehr

Die Versuche, die Sache so darzustellen, als ob die Ratifizierung der Pariser Abkommen die Regelung der Deutschlandfrage durch Verhandlungen zwischen den interessierten Mächten nicht behindern werde, widersprechen nicht nur der wirklichen Lage, sondern sind lediglich geeignet, die öffentliche Meinung irrezuführen. Das sind Winkelzüge, die jetzt in Frankreich und anderen Ländern unternommen werden, um die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern.

In Wirklichkeit macht die Ratifizierung der Pariser Abkommen, die die Umwandlung Westdeutschlands in einen militaristischen Staat und seine Einbeziehung in militärische Gruppierungen vorsehen, die gegen andere europäische Staaten gerichtet sind, Verhandlungen zwischen den vier Mächten über die Vereinigung Deutschlands gegenstandslos und schliesst die Möglichkeit der Erreichung eines Abkommens in dieser Frage aus.

Militärische Massnahmen nach Ratifizierung

Als Antwort auf die Durchführung der Remilitarisierung Westdeutschlands und die erneute Verschärfung der Aggressivität der Politik Frankreichs und der mit ihm verbundenen Staaten des Nordatlantikblocks werden die Sowjetunion und die anderen friedliebenden Länder alle notwendigen Massnahmen zur Verstärkung ihrer Bewaffnung und zur Gewährleistung ihrer Sicherheit treffen."

Dieser Sowjetnote war der Wortlaut der Moskauer Deklaration beigefügt.

16. Veranstaltungen und Erklärungen zum Stalin-Gedenktag

Ganz kurzfristig ordnete das SED-ZK für den 21. Dezember in allen Betrieben der Sowjetzone kurze Gedenk-Veranstaltungen zu Stalins Geburtstag an.

In der Sowjetzonenpresse wurde an diesem Tage die Verleihung der internationalen Stalin-Friedenspreise 1954 bekannt gegeben.

Unter den Ausgezeichneten befand sich aus der Sowjetzone der kommunistische Dichter Bertolt BRECHT.

Im Zentralorgan der SED erschien eine ausführliche Besprechung über den 12. B and der Werke Stalins, der zu diesem Gedenktag herausgebracht worden war. In der Besprechung wurde darauf hingewiesen, dass dieser Band sich mit den Problemen der Übergangsperiode zum Sozialismus in der Sowjetunion beschäftige und deshalb auch für die Sowjetzone gegenwärtig aktuelle Bedeutung habe.

In der sowjetamtlichen "Täglichen Rundschau" erschien zu diesem 75. Geburtstag Stalins ein Gedenkartikel unter der Überschrift "J.W. Stalin - ein hervorragender Theoretiker des Marxismus". Der Artikel enthielt wieder die früher üblichen Beifügungen, wie "der grosse Stalin" und "der grosse Fortsetzer der Sache Lenins". Neben dem Hinweis, dass Stalin fast 30 Jahrelang an der Spitze der KPdSU gestanden habe, enthielt der Artikel eine Aufzählung und Würdigung sämtlicher Schriften Stalins unter besonderer Hervorhebung der letzten theoretischen Arbeit Stalins "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR". In diesem Zusammenhang wurde ausgeführt, Stalin habe konsequent die Lehren des Marxismus-Leninismus weiter entwickelt und die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Entwicklung seit dem Tode Lenins formuliert. Abschliessend wurde ausgeführt, Stalin habe die "Theoretiker des sozialdemokratischen Opportunismus" widerlegt und im Gegensatz zu deren Auffassung die internationale Bedeutung des Leninismus hervorgehoben und erklärt:

"Unversöhnlich und scharf geisselte Stalin alle Verfälscher der marxistischen Theorie.

Stalin bezeichnete den Leninismus als eine Verallgemeinerung der Erfahrung der revolutionären Bewegung aller Länder. Er stellte die Frage, ob die Grundlagen der Theorie und Taktik des Leninismus nicht für die proletarischen Parteien aller Länder anwendbar und bindend seien, und ob Lenin nicht recht gehabt hätte, als er sagte, dass sich der Bolschewismus als taktisches Vorbild für alle eigne.

Die markantesten Beispiele für die internationale Bedeutung und den Siegeszug des Leninismus sind die chinesische Revolution, die in der Proklamierung der Volksrepublik China gipfelte, und der Sieg der sozialdemokratischen Ordnung in mehreren Ländern Mittel- und Südeuropas. Unter dem Banner des Marxismus-Leninismus bauen die Werkätigen Chinas und

der volksdemokratischen Länder Europas, die Erfahrungen der Sowjetunion schöpferisch anwendend, erfolgreich den Sozialismus auf."

17. Anwendung der sowjetischen "politischen Ökonomie" auf die Sowjetzone

Im Dezember wurden in der SED-Presse eine Reihe weiterer Kapitel aus dem neuen sowjetischen Lehrbuch "Politische Ökonomie" veröffentlicht. In einem Leitartikel des SED-Zentralorgans vom 14.12. unter der Überschrift "Die Bedeutung des Lehrbuches Politische Ökonomie" wurde erklärt:

"In der gegenwärtigen entscheidenden Etappe unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung kommt uns das neue Lehrbuch der politischen Ökonomie wie ein wahres Freundschaftsgeschenk der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sowjetwissenschaft. Abermals helfen uns die Wissenschaftler der UdSSR bei der Lösung unserer Aufgaben.

Worin besteht im besonderen die Bedeutung des neuen ökonomischen Lehrbuches für die deutsche Arbeiterklasse, für das deutsche Volk?

Wir müssen es lernen, die Grundsätze der Theorie von der Übergangsperiode unter sorgfältiger Beachtung aller speziellen nationalen Bedingungen unseres sozialistischen Aufbaus anzuwenden. Es ist notwendig, hierbei unsere Erfahrungen zu berücksichtigen, die wir beim Studium des 'Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)' gesammelt haben. Tun wir dies, so werden wir die grossen sowjetischen Erfahrungen vermitteln, ohne Gefahr zu laufen, bei ihrer Anwendung in Schematismus zu verfallen."

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die am 16. Dezember im SED-Zentralorgan veröffentlichte Konsultation zum Parteilehrjahr "Die NÖP und ihre Bedeutung für die DDR". Darin wurde erklärt, die Neue Ökonomische Politik (NÖP) in Russland von 1921 bis 1936 sei die klassische Politik der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dazu hieß es dann weiter:

"Die Neue Ökonomische Politik ist von grosser internationaler Bedeutung. Denn mit der Neuen Ökonomischen Politik gab der

Sowjetstaat das Beispiel für die Lösung der entscheidenden ökonomischen Probleme in der Übergangsperiode. In allen Ländern der Volksdemokratie und auch in der DDR werden die Grundprinzipien der NÖP angewandt."

In der Konsultation wurde weiter auf den im Lehrbuch Politische Ökonomie enthaltenen Hinweis eingegangen, dass keine mechanische Übertragung der Massnahmen in der sowjetischen Übergangsperiode erfolgen können, sondern in anderen Ländern bei der sinngemäßen Anwendung die Besonderheiten berücksichtigt werden müssten.

Dazu wurde ausgeführt:

" Bei all diesen Parallelen zur NÖP in der Sowjetunion darf man jedoch nicht verschiedene Besonderheiten übersehen, die in den unterschiedlichen Bedingungen, unter denen wir den Aufbau des Sozialismus in der DDR vollziehen, ihre Ursache haben. Während die Sowjetunion allein auf sich gestellt, von kapitalistischen Staaten umkreist, den Sozialismus aufbauen musste, können wir uns bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR auf die brüderliche Hilfe der Sowjetunion und der übrigen Staaten des demokratischen Weltmarktes stützen. Die Übergangsperiode in der DDR, das Tempo der Entwicklung, ist weiterhin dadurch gekennzeichnet, dass sie sich unter den Bedingungen des Kampfes um die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens vollzieht. Im Nationalen Kampf steht die führende Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen Werk-tätigen in Stadt und Land. Unsere Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf alle nationalgesinnten bürgerlichen Kräfte. So ist es auch zu erklären, dass wir zur Entwicklung der Friedenswirtschaft in der DDR kapitalistische Betriebe und grossbäuerliche Wirtschaften sowie den privaten Grosshandel nicht nur zulassen, sondern durch Kreditgewährung, Warenbereitstellung und ähnliche Massnahmen in ihrer Tätigkeit unterstützen."

Weiter wurde in der Konsultation erklärt, dass der "Neue Kurs" in der Sowjetzone nicht im Widerspruch zur NÖP stehe und auch nicht einen Übergang zur NÖP dargestellt habe, sondern eine bestimmte Entwicklung im Rahmen der NÖP sei. In der Konsultation

"Mit diesen Hinweisen auf wichtige Lehren aus der NÖP und auf Unterschiede in der historischen Situation in der UdSSR und in der DDR sind bereits die Fragen mancher Genossen beantwortet, die im neuen Kurs einen Übergang zur NÖP sehen. Das ist prinzipiell falsch und irreführend. Während die Sowjetunion 1921 aus der Periode des Bürgerkrieges und der Interventionskriege zum friedlichen Aufbau des Sozialismus überging, haben wir schon lange vor Verkündung des neuen Kurses Grundprinzipien der NÖP bei uns angewandt. In der Sowjetunion war die erste Aufgabe der NÖP der Übergang zur schnellen Wiederherstellung der Volkswirtschaft. Bei Einführung des neuen Kurses in der DDR waren wir bereits im dritten Jahr des Fünfjahrplanes, nachdem vorher der Zweijahrsplan zur Wiederherstellung unserer Volkswirtschaft erfolgreich übererfüllt worden war.

Der neue Kurs brachte unter Berücksichtigung der bisher erreichten Erfolge beim wirtschaftlichen Aufbau in den Staaten des Weltfriedenslagers den Übergang von der forcierten Entwicklung der Schwerindustrie zu einer Steigerung der Produktion von Konsumgütern mit dem Ziel, den Lebensstandard der Bevölkerung schneller zu heben. Der neue Kurs bedeutet also die Anwendung der Prinzipien der Wirtschaftspolitik in der Übergangsperiode entsprechend den neuen, durch das gewaltige Erstarken der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus in der Welt gekennzeichneten Bedingungen, und damit eine gewaltige Verstärkung des Kampfes um die Verwirklichung des schon lange vorher festgelegten Generallinie unserer Partei."

Sowohl in dieser Konsultation, als auch in dem erwähnten Leitartikel und auch in der theoretischen Zeitschrift "Einheit", wurde auf diese Weise betont, dass der sowjetische Weg grundsätzlich und im wesentlichen in den einzelnen Etappen der Entwicklung auch für die Sowjetzone volle Gültigkeit habe.

18. Der Parteitag der KPD

Vom 28. bis 30. Dezember fand in Hamburg in der Festhalle des Ausstellungsgeländes ein Parteitag der KPD mit 850 Teilnehmern statt. Den "Rechenschaftsbericht" des Parteivorstandes der KPD

erstattete Willi MOHN. Seine Rede enthielt die gleichen Formulierungen wie alle Erklärungen des SED-ZK zu den gegenwärtigen Problemen in Deutschland.

Der Höhepunkt des Parteitages war eine Rede des SED-ZK-Mitgliedes MATERN, der das Hauptgewicht darauf legte, die KPD-Funktionäre zur Anwendung der Aktionseinheits-Taktik zu veranlassen und ihnen mit der angeblichen "Stärke" und Unterstützung der DDR Mut zu machen.

MATERN sagte u.a.:

"In der Stellung zu den Pariser Verträgen, zur Remilitarisierung Westdeutschlands, zur Viererkonferenz, zum System der kollaktiven Sicherheit und zur friedlichen Lösung der deutschen Frage gibt es grosse Möglichkeiten, für gemeinsame Aktionen mit Mitgliedern, Funktionären und Organisationen der SPD und des DGB. Die Kommunisten müssen viel Geduld aufbringen und dürfen keine Anstrengungen scheuen, die sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftskollegen von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes für die kleinen täglichen Fragen um die Lebensinteressen der Arbeiterklasse unseres Volkes zu überzeugen. Wir versprechen, unsere Kräfte in der DDR nicht zu schonen, um unsere Arbeiter- und Bauern-Macht auszubauen und zu stärken. Auf uns kann sich die deutsche Arbeiterklasse fest verlassen!

Wir verteidigen den Frieden, wir sind aber keine Pazifisten. Niemand soll sich einbilden, dass er die Errungenschaften der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR wieder rückgängig machen kann. Auf jede reaktionäre Massnahme in Westdeutschland werden wir mit einem fortschrittlichen Schlag antworten."

Weiter verwies MATERN auf die Telegramme, die von den Leitungen der kommunistischen Parteien des Sowjetblocks eingegangen waren, und ersuchte die Parteitagsteilnehmer, sich vor Augen zu halten "welche ungeheure Stärke wir verkörpern".

Besonders herausgestellt wurden die Begrüssungsschreiben des ZK der KPdSU und des SED-ZK. Eine Ansprache REIMANNS wurde über Tonband übertragen.

Am 30. Dezember wurden als Beschluss des Parteitages die "Thesen der KPD" veröffentlicht. Sie unterscheiden sich vom "Programm der Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" wesentlich durch

äusserst vorsichtige und zurückhaltende Formulierungen, ohne sinngemäß davon abzuweichen. Offensichtlich sollte in diesem neuen Programm alles vermieden werden, was vom Bundesgerichtshof als verfassungswidrig nachgewiesen werden könnte. Die früheren offenen Formulierungen, wie "Sturz der Adenauer-Regierung durch ausserparlamentarische Aktionen" sind in den "Thesen" nicht enthalten.

Während die ersten vier Abschnitte der Thesen eine Aneinanderreihung aller für die Propaganda in Westdeutschland bestimmten SED-Parolen enthalten, die um die Stichworte "Pariser Verträge, Adenauer-Regierung, Aktionseinheit, DDR als Basis" gruppiert sind, beschäftigte sich der letzte Abschnitt mit der Lage in der KPD und ihren Aufgaben.

In diesem Abschnitt sind z.B. die folgenden mehr oder weniger verschleierten Eingeständnisse des inneren Bankrotts der KPD enthalten:

"Sektierertum"

Die Hauptursache für das Zurückbleiben der Partei ist das niedrige Niveau ihrer ideologisch-politischen Arbeit, woraus sich die Gefahr des Zurückweichens in grundsätzlichen Fragen und des Sektierertum ergeben. Beide Gefahren haben ihren Ursprung in der Unterschätzung und der mangelhaften Kenntnis der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus.

Die Partei beachtet nur ungenügend die Lehre Lenins in "Was tun?", dass der Kampf in drei Formen, nämlich ökonomisch, politisch und theoretisch geführt werden muss. Während die Partei lernt, den ökonomischen Kampf besser zu führen, während sie Fortschritte im politischen Kampf macht, bleibt sie in der Führung des ideologischen Kampfes stark zurück.

Das Unverständnis in der nationalen Frage bei zahlreichen Kommunisten, ihr sektiererisches Verhalten in den Fragen der Bündnispolitik gegenüber den werktätigen Bauern ergibt sich aus der mangelnden Klarlegung der nationalen Frage als Klassenfrage und der mangelnden Klarlegung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im nationalen Kampf.

Die ideologisch-politischen Schwächen zeigen sich weiter in sektiererischen und opportunistischen Schwankungen, wobei die Hauptgefahr das Sektierertum ist, das besonders in der Unterschätzung der Gewerkschaftsarbeit, im Verhältnis zu den So-

zialdemokraten und in der Vernachlässigung der Massenarbeit zum Ausdruck kommt."

Säuberungsaktionen

"Die Kommunistische Partei Deutschlands kämpft entschlossen für die ideologische -politische und organisatorische Einheit und Reinheit ihrer Reihen und erzieht ihre Mitglieder zum unversöhnlichen, allseitigen Kampf gegen alle Parteifeinde und gegen jeden Versuch, die feindliche bürgerliche Ideologie in die Reihen der Partei zu tragen.

Die in der Partei noch vorherrschende Schwäche, vor falschen und sogar feindlichen Aufassungen zurückzuweichen, um niemanden wehe zu tun, Kritik nicht prinzipiell zu üben, ihre Anwendung auf einzelne Fälle und Personen zu beschränken, statt damit die ganze Partei zu erziehen, und die Arbeit insgesamt zu verbessern, muss rasch überwunden werden."

Gegenseitige Überwachung

"Die Partei kämpft inmitten der kapitalistischen Umwelt. Leitungen und Mitglieder der Partei unterschätzen immer noch, wie sehr Westdeutschland der Tummelplatz zahlloser in- und ausländischer imperialistischer Geheimdienste ist. Die beste Form, um feindliche Elemente schnell zu entlarven und auszuschalten, ist die Einhaltung der Gesetze des demokratischen Zentralismus, die Beurteilung jedes Genossen nicht nach seinen Erklärungen, sondern nach seiner Arbeit. Die Verheimlichung von Kontaktversuchen von Agenten und von Beziehungen zu ausgeschlossenen Parteifeinden vor der Partei, der sorglose und fahrlässige Umgang mit Parteidokumenten und die moralische Haltlosigkeit erleichtern dem Gegner sein Vorhaben und arbeiten dem Feind in die Hände."

Schulung ohne Erfolg

"Obwohl in der marxistisch-leninistischen Erziehung der Mitglieder der Partei gewisse Fortschritte erzielt wurden, die darin bestehen, dass ein Teil der Mitgliedschaft systematisch im Parteilehrjahr studieren und der Inhalt der Propagandaarbeit dem Leben der Partei und dem Kampf der Arbeiterklasse nähergerückt ist, bleibt die Propagandaarbeit nach wie vor weit hinter den Aufgaben der Partei zurück. Die Hauptmängel der Propagandaarbeit röhren

daher, dass der Parteivorstand und alle Parteileitungen ungenügend um die Hebung des niedrigen politisch-ideologischen Niveaus kämpfen."

Aktionseinheits-Parolen nicht befolgt

"Es gibt indessen noch viele Parteiorganisationen und Parteimitglieder, die die grossen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Arbeitern und für die Herstellung der Aktionseinheit ausser acht lassen und die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern ablehnen oder ihr sogar feindlich gegenüberstehen.

Ein solches Verhalten widerspricht der Verantwortung der Kommunisten als Vortrupp der Arbeiterklasse und ihrer Pflicht, die Arbeiter in gemeinsamen Kämpfen zusammenzuführen und dem Block der Militaristen den unüberwindlichen Block der Arbeiter entgegenzustellen."

Beachtung verdient die folgende Anweisung in den "Thesen der KPD" an alle kommunistischen Parteimitglieder, in alle Organisationen einzudringen:

"Die Kommunisten müssen in allen Bevölkerungskreisen, in allen Massenorganisationen tätig sein. Das gilt nicht nur für fortschrittliche und demokratische, sondern auch für reaktionäre Vereinigungen, in denen Arbeiter und Werktätige organisiert sind.

Die Parteileitungen müssen alle Mitglieder anleiten und dazu erziehen, überall dort zu arbeiten, wo die Massen sind."

Es ist also damit zu rechnen, dass KPD-Mitglieder auch zum Eintritt in die SPD kommandiert werden.

19. Die Tätigkeit der FDJ

In der FDJ der Sowjetzone war die Lage im Dezember durch ein weiteres Anhalten der Passivität der Mitglieder und dem Mangel an Funktionären gekennzeichnet. Die Ankündigung einer allgemeinen Aufrüstung in der Sowjetzone im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge hat sich auf die Tätigkeit der FDJ lähmend ausgewirkt, weil die Jugendlichen gegen den Militärdienst eingestellt sind und sich für die Propagierung "Nationaler Streitkräfte" nicht zur Verfügung stellen.

Alle Bemühungen des SED-ZK und des FDJ-Zentralrates, die FDJ zu aktivieren, endeten mit einem glatten Misserfolg.

a) Die 9. Tagung des Zentralrats der FDJ

Mitte Dezember fand in Ostberlin die 9. Tagung des Zentralrats der FDJ statt. Sie diente vor der Ausrichtung der FDJ auf die Propaganda im Sinne der Moskauer Deklaration. In einem Aufruf forderte der ZR die Jugend auf, sich zur Moskauer Deklaration zu bekennen und sich am Kampf zur Verhinderung der Ratifizierung der Pariser Verträge zu beteiligen. Dabei wurde auf die Beschlüsse des 3. DGB-Kongresses und der DGB-Jugendkonferenz verwiesen. Alle westdeutschen Jugendorganisationen wurden aufgefordert, angesichts "des Versagens" des Bundesjugendringes selbständige Aktionen gegen die Remilitarisierung durchzuführen und mit der FDJ Kontakt aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang antwortete der FDJ-Vorsitzende HONECKER auf die vom Bundesjugendring bereits im Mai vergangenen Jahres gestellten vier Bedingungen für das Stattfinden gemeinsamer Besprechungen. Er erklärte im einzelnen:

1. In der Sowjetzone gäbe es keinen einzigen Jugendlichen, der aus politischen Gründen inhaftiert worden wäre, es sei denn, es handele sich um Agenten.
2. Die FDJ sei keine Staatsjugend: 'In ihr sind auf freiwilliger Grundlage Jugendliche vereint, die unseres arbeiter- und Bauernstaat bejahren'.
3. Eine Zulassung anderer Jugendverbände in der Sowjetzone sei bisher nicht erfolgt, weil niemand einen entsprechenden Antrag gestellt habe. Von der FDJ könne man schliesslich nicht verlangen, dass sie solche Anträge stelle.
4. Die FDJ könne eine Verbreitung westdeutscher Jugendzeitschriften in der Sowjetzone nicht genehmigen, da sie keine Staatsjugend sei.

Im übrigen könne man sich ja über diese Probleme an einem Tisch unterhalten.

HONECKER teilte in diesem Zusammenhang mit, dass inzwischen eine Reihe inoffizieller Besprechungen mit den Führern westdeutscher Jugendorganisationen stattgefunden hätten.

im Frühjahr 1955 ein "Kongress der deutschen Jugend gegen die Remilitarisierung" veranstaltet werden soll.

Auf der 9. Tagung des ZR betonte der Vorsitzende HONECKER, es müsse noch sehr viel getan werden, um die Jugend zum Patriotismus zu erziehen und für den Militärdienst zu begeistern. Weiter führte er aus, die Aufstellung nationaler Streitkräfte erfordere eine Anpassung der organisatorischen Struktur an die neuen Aufgaben. Anstelle des "Parlaments der Jugend", wie die zentrale FDJ-Konferenz bisher genannt wurde, sollen in Zukunft "Zentrale Delegierten-Konferenzen" stattfinden. Im Zuge einer Neuwahl aller Leitungen in der FDJ soll auch der organisatorische Umbau erfolgen und mit einer zentralen Delegierten-Konferenz im Mai 1955 abgeschlossen werden. Für die Mitglieder-Versammlungen zur Neuwahl der Leitungen wurde das Thema festgelegt: "Die Aufgabe der FDJ im Kampf gegen den Militarismus - für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation". In die Leitungen sollen Jugendliche gewählt werden, die sich voll und ganz für die "Verteidigung der DDR" einsetzen.

b) Änderung der FDJ-Verfassung im Zusammenhang mit der Aufrüstung

Auf der 9. Tagung des FDJ-Zentralrats wurde eine Sonderkommission ernannt, die die Einzelheiten der beabsichtigten Änderungen der FDJ-Verfassung ausarbeiten soll. Der Sonderkommission gehört u.a. der KVP-General Heinz KESSLER an. Die Änderungen haben den Zweck, die FDJ stärker zur Förderung der Militarisierung der Sowjetzone heranzuziehen.

Nach internen Informationen sind folgende Änderungen beabsichtigt:

1. Der Dienst in der KVP, der laut Verfassung bisher nur "Ehrendienst" ist, soll jedem FDJ-Mitglied nebst der Aneignung militärfachlicher Kenntnisse zur unausweichlichen Pflicht gemacht werden.
2. Weiter wird die Einführung einer sogen. "Jugenddienstpflicht" erwogen, mit deren Hilfe jeder Jugendliche - ohne dass ein besonderes Wehrgesetz erlassen wird - zum Dienst in der KVP herangezogen werden kann.
3. Der organisatorische Aufbau der FDJ soll vollständig geändert

und einer militärischer Gliederung angepasst werden. Für die 14 - 16-Jährigen, und aller Wahrscheinlichkeit nach auch für die Mädchen, werden besondere Verbände geschaffen. Alles übrige soll sich wie folgt gliedern:

Gruppe (12-15 Mann)

Grundeinheit (120 - 150 Mann)

Kreis (etwa 12.000 Mann)

Stadtleitung (nur bei Bedarf ca. 6 Kreise)

Gebiet (6 - 8 Kreise)

Bezirk (bis zu 6 Gebieten)

Bei der Aufgliederung ist die strenge zahlenmässige Begrenzung und die Einführung des Begriffes "Gebiet", der offensichtlich der Organisationsstruktur des Komsomol (Rayon) entlehnt ist.

o) Das neue Studienjahr begann mit einem Misserfolg

Am 1. Dezember begann das neue Studienjahr der FDJ. Veranstaltungen wurden jedoch nur in ganz wenigen Ortsgruppen durchgeführt und waren ausserdem sehr schlecht besucht.

Das SED-ZK übte heftige Kritik an den Leitungen der FDJ wegen der angeblich schlechten Vorbereitungen und machte gleichzeitig den Parteileitungen den Vorwurf, sie hätten die FDJ bei der Vorbereitung des Studienjahres nicht genügend unterstützt. In der Funktionärszeitschrift "Neuer Weg" wurde in einer öffentlichen Kritik des SED-ZK u.a. folgendes ausgeführt:

"Ähnliche Schwächen gibt es fast in allen Bezirken, weil die Sorglosigkeit der FDJ-Leitungen auf dem Gebiet der ideologischen Arbeit ein ernstes Hindernis für die Verbesserung des Studiums der Jugend ist.

Die Erfahrungen der bisherigen Schulungsarbeit unter der Jugend unterstreichen nachdrücklich die Notwendigkeit, die Anleitung und Kontrolle durch die Partei und die Arbeit der Genossen in der FDJ auf ideologischem Gebiet entschieden zu verbessern.

Im vorigen Schuljahr der FDJ zeigte es sich, dass die Qualität der Propagandaarbeit der FDJ niedrig, die Zirkel,

Vorträge usw. oftmals uninteressant, trocken und eintönig waren und nicht von den brennenden Fragen der Jugend ausgingen. So wurde der Masse der Jugend nicht tiefgründig genug der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation erläutert. Es wurde nicht überzeugend genug gezeigt, dass die Kriegspaktpolitik des amerikanischen und des deutschen Imperialismus den Frieden in Europa gefährdet und das Haupthindernis für die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands ist.

Manche Leitungen der FDJ haben die Erläuterung der ökonomischen Politik von Partei und Regierung stark vernachlässigt und die Bereitschaft der Jugend, die Deutsche Demokratische Republik gegen alle Feinde des Friedens und des Aufbaus zu verteidigen, nur unzureichend gefördert. Die leitenden Organe der FDJ haben sich nur sehr sporadisch mit dem ideologischen Inhalt und der organisatorischen Durchführung der Schulungsarbeit beschäftigt und das Studium der Angehörigen des Aktivs der FDJ nur mangelhaft angeleitet und kontrolliert. Eine der wichtigsten Lehren der bisherigen Schulungsarbeit des Jugendverbandes besteht darin, die Propagandaarbeit mit der täglichen Kleinarbeit zu verbinden und den engen sektiererischen Rahmen der Schulungsarbeit zu sprengen."

Damit wurde bestätigt, dass es sich bei dem Misserfolg in der Schulungsarbeit der FDJ nicht in erster Linie um organisatorische Unterlassungen sondern um die ablehnende Haltung der Jugend gegenüber der Politik des SED-Regimes handelt.

d) Mangel an Funktionären

In einer Sitzung des Sekretariats des ZR im Dezember wurde darüber geklagt, daß es im Jahre 1954 nicht gelungen war, arbeitsfähige Aktive der FDJ zu schaffen. Diese Aufgabe war der FDJ für das Jahr 1954 gestellt worden. Es wurden Beispiele angeführt, nach denen selbst von den Aktivs kaum ein Drittel der Funktionäre bereit war, Verbandsaufträge zu den verschiedenen Kampagnen zu übernehmen.

In vielen Leitungen der FDJ sind eine Reihe von Funktionären wegen Mangels an aktiven Mitgliedern nicht besetzt. Die FDJ-Kreisleitung Döbeln bemüht sich seit Monaten vergeblich, zwei neue Instrukteure aufzutreiben. Ein Versuch, Mitglieder durch Verbandsaufträge zur Übernahme von Funktionen zu zwingen, hatte keinen Erfolg. Viele hauptamtliche Funktionäre sind außerdem ständig bemüht, ihre Funktionen loszuwerden, sie geben als Vorwand an, sie wollten sich besser qualifizieren, um der DDR noch besser dienen zu können, werden aber von ihren Funktionen nicht entbunden, wenn sie nicht kriminelle Straftaten begehen oder offen gegen das SED-Regime Stellung nehmen.

Am 17. und 18. Dezember fand im Haus der Jugend in Ostberlin eine zentrale Organisationskonferenz der FDJ statt. Es nahmen alle 2. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen teil, also diejenigen, die für die Abteilung Organisation verantwortlich sind. Im Mittelpunkt der zweitägigen Beratung stand die Vorbereitung der Wahlen in der FDJ. Zentralratssekretär Werner FELFE drängte in seinem Referat auf eine stärkere Heranziehung "fortschrittlicher junger Betriebs- und Landarbeiter" in die Funktionen des Verbandes.

e) Tagung des kommunistischen "Deutschen Jugendringes"

Am 11. und 12. Dezember tagte in Ostberlin die III. Hauptversammlung des "Deutschen Jugendringes", an der etwa 100 Funktionäre von angeblich 20 Jugendorganisationen aus Mittel- und Westdeutschland teilnahmen. Es wurde beschlossen, durch das Präsidium des "Deutschen Jugendringes" einen "Gesamtdeutschen Jugendkongress gegen die Remilitarisierung" einberufen zu lassen und mit den Vorbereiten sofort zu beginnen.

Die Einladung jedoch soll an alle deutschen Jugendorganisationen geschickt werden. Es heißt:

"Dieser gesamtdeutsche Jugendkongress soll alle Bewegungen in der deutschen Jugend gegen die Remilitarisierung und gegen die Pariser und Londoner Kriegsverträge zusammenfassen..."

Als Vertreter des Zentralrates der FDJ verwies der Sekretär KEUSCH noch einmal auf die Bereitschaft der FDJ-Führung, ohne Vorbedingungen mit westdeutschen Jugendorganisationen zu Gesprächen zu kommen.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde über das Ostertreffen gesprochen, das die FDJ in Zusammenarbeit mit dem DJR zu Ostern 1955 im Rhein- und Elbtal durchführen will. H ONECKER meinte in der Diskussion, dieses Ostertreffen solle zeigen, daß die Jugend beider Teile Deutschlands zusammengehört.

Als neue Mitglieder in den DJR wurden folgende Organisationen aufgenommen:

1. Der Deutsche Sportausschuß (Sowjetzone und Westdeutschland)
2. Die Deutsche Pfadfinderschaft, Frankfurt/Main
3. Die Arbeitsgemeinschaft junger Deutscher für Einheit und Freiheit, Nürnberg
4. Die Deutsche Freie Pfadfinderschaft, Nürnberg

f) Gesamtdeutsche Jungmetallarbeiterkonferenz in Berlin

Am 18. und 19. Dezember 1954 fand in Ostberlin eine "Erste Gesamtdeutsche Jungmetallarbeiterkonferenz" statt. Nach Pressemeldungen haben ca. 400 Personen teilgenommen, darunter auch einige Jugendliche aus der Bundesrepublik.

Das Hauptreferat wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Metall im FDGB, HEINTZE, gehalten. Er begrüßte die Beschlüsse des 3. DGB-Kongresses und der DGB-Jugendkonferenz und bezeichnete die "Erste Gesamtdeutsche Jungmetallarbeiterkonferenz" in Ostberlin als den ersten Schritt zur Verwirklichung der DGB-Beschlüsse.

g) Vorbereitungen für Weltfestspiele in Warschau

Am 18. Dezember beendete das vorbereitende Komitee der 5. Weltjugendfestspiele seine zweitägige Beratung. Es wurde beschlossen, die 5. Weltfestspiele für die Zeit vom 31. Juli bis zum 14. August 1955 in Warschau durchzuführen. Für die sportlichen Veranstaltungen wurde ein umfangreiches Programm aufgestellt. In 23 Sportarten sollen Kämpfe nach olympischen Bedingungen ausgetragen werden.

II. Wirtschaft

Im Dezember ist in der Sowjetzone sowohl in der Produktion wie in der Versorgung gegenüber den Vormonaten eine weitere Verschlechterung eingetreten. Das war nicht durch den fühlbarer gewordenen Mangel an Kohle und Strom bedingt, sondern durch eine Verschärfung des Materialmangels und einen Rückgang des Aufkommens an Konsumgütern. Aus allen Orten der Sowjetzone wurden Verschlechterungen in der Versorgung mit Lebensmitteln, Textilien, Schuhen und anderen Konsumgütern berichtet. Eine Folge war die Einstellung des Verkaufs in Ostberlin an Westberliner. Im Dezember wurde offiziell bestätigt, daß weder das Soll für die planmäßige Konsumgütererzeugung, noch die für 1954 propagierte zusätzliche Konsumgüter-Produktion verwirklicht wurden.

In der Landwirtschaft war das bedeutendste Ereignis die III. LPG-Konferenz, auf der das SED-Regime die Fortsetzung der Kollektivierung und die Einbeziehung der Großbauern in die LPG ankündigte. Es stellte sich heraus, daß fast alle LPG hoch verschuldet sind und die meisten Direktiven des Regimes, wie Arbeit in Brigaden nach Arbeitsnormen und Entlohnung nach Arbeitseinheiten nicht eingehalten werden. Die Entwicklung in den LPG war so katastrophal, daß selbst viele SED-Funktionäre erklärten, es sei unmöglich, die LPG als überlegen oder vorbildlich hinzustellen.

1. Der Jahresplan 1954 wurde nicht erfüllt

Die wesentlichen Positionen des Wirtschaftsplans 1954 wurden nicht erfüllt. Alle Bemühungen in den letzten Monaten, Wettbewerbe zur Begleichung von Planschulden durchzuführen und Rückstände aufzuholen, scheiterten durch den Widerstand der Belegschaften gegen höhere Normen und wegen Mangels an Material. Der Maschinenbau, der zu einem hohen Prozentsatz für den Export arbeitete, konnte das Exportprogramm kaum zur Hälfte erfüllen. Viele Erzeugnisse wurden wegen Materialfehlern und anderen Qualitätsbeanstandungen nicht abgenommen oder zurückgeschickt. Dadurch fehlten auch zum großen Teil die Mittel, um vorgesehene Einfuhren zu finanzieren.

Im Kohlenbergbau und in der Energieerzeugung konnte die geplante Steigerung nicht erreicht werden. Die Versorgung der Industrie und der Bevölkerung mit Kohlen ist zum Teil schlechter als in den Vorjahren. Durch den Zwang, Rohbraunkohle in der Industrie und bei der Eisenbahn zu verwenden, sind hohe Betriebsunkosten und zunehmende Ausfälle der Heizungsanlagen zu verzeichnen. In den großen Städten wurden an die Bevölkerung nur ganz geringe Mengen Braunkohlen-Briketts zugeteilt und selbst in der Anlieferung der stark wasserhaltigen Rohbraunkohle gab es große Schwierigkeiten.

In der Versorgung mit Bereifung für Autos und Fahrräder trat ebenfalls eine Verschlechterung ein. Fast die gesamte Produktion an Autoreifen wurde für die Erfüllung der Exportverpflichtungen gegenüber der UdSSR verwendet und für den Bedarf in der Sowjetzone blieb fast nichts übrig. Die Versorgung mit Fahrradbereifungen ging zurück, weil in der Produktion ein Mangel an Formaldehyd eintrat. Auf sowjetische Anweisung wurde das anfallende Formaldehyd für eine Sonderproduktion von Schaumgummi in den Bunawerken beschlagnahmt.

Große Schwierigkeiten zeigten sich auch in der Elektroindustrie. Die Versorgung der Bevölkerung mit Glühlampen und elektrischen Haushaltgeräten ging zurück, die Produktion bereits angekündigter moderner Küchengeräte wurde entweder nicht aufgenommen oder mußte abgebrochen werden. In den RFT-Betrieben waren die Stillstandszeiten besonders hoch, weil Materialzulieferungen ausblieben und insbesondere Spezialdrähte und Schrauben fehlten.

In der Metallurgie machte sich ein Mangel an Erzen bemerkbar. Das SED-Regime organisierte deshalb neue Schrottaktionen, vor allem Sammelaktionen durch verschiedene Organisationen. Die Lage hatte sich bis Ende Dezember so zugespitzt, daß die Kapazitätsausnutzung in den Eisen- und Stahlwerken beträchtlich abgesunken war.

Für die Bevölkerung besonders stark sichtbar und deprimierend waren die Verschlechterungen in der Bauwirtschaft insbesondere

im Wohnungsbau. Das Plansoll wurde noch nicht zur Hälfte erfüllt und auf vielen Baustellen war die Arbeit wegen Mangels an Zement und Steinen, Holz und anderen Materialien eingestellt worden.

Die Produktion von Zellwolle ging in den letzten Monaten und auch im Dezember erheblich zurück. Die zur Produktion benötigten Importe von Schwefelkies aus Italien und Norwegen blieben zum großen Teil aus, weil das SED-Regime die vereinbarten Gegenlieferungen nicht verwirklichen konnte.

In der Textilindustrie traten überhaupt große Schwierigkeiten auf. Für das 1. Quartal 1955 wurden im Dezember den Betrieben Kontingente an Garn zugesagt, die nur 25 % der angeforderten Mengen betragen. Auch in den Spinnereien waren Produktionsrückgänge zu verzeichnen, weil geplante Einfuhren von Baumwollflocken ausblieben. In den Spinnereien und Webereien traten auch durch den Mangel an Kohlen längere Stillstandszeiten ein.

2. Verschlechterungen in der Versorgung

Nach übereinstimmenden Berichten aus allen großen Städten der Sowjetzone war im Dezember die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Textilien, Schuhen und verschiedenen anderen Konsumgütern bedeutend schlechter als vor einem Jahr. Besonders knapp waren bei den Lebensmitteln Butter, Eier, Hülsenfrüchte, Schweinefleisch, Südfrüchte und Rosinen. Bohnenkaffee war ebenfalls kaum zu bekommen. In vielen Städten waren die Schuhe ausverkauft. Im Gegensatz zum Dezember vergangenen Jahres gab es diesmal kaum Bettwäsche, Inletts und verhältnismässig brauchbare Oberhendenstoffe. Für verschiedene Textilien waren auch die Haushaltzzuschläge höher als im vergangenen Jahr. Sie betrugen bei grobem Flanell und bei Stoff für Arbeitskleidung 152 % vom Fertigungspreis, bei Oberhendenstoff 180 %, bei Posamenten 182 % und lagen damit im Durchschnitt um 20 % höher als im Jahre 1953. Bei diesen Textilien und auch bei verschiedenen anderen Konsumgütern waren im November und Dezember die Verkaufspreise heraufgesetzt worden.

Über die Versorgungslage wurde aus verschiedenen Orten der Sowjetzone u. a. berichtet:

"In Leipzig war die Versorgung selbst vor Weihnachten schlechter als im Vorjahr. Schuhwaren gab es fast überhaupt nicht. Als bei der Privatfirma Klötzer & Rosche Mitte Dezember eine Sendung ankam, stürzten sich die Kunden in so großer Zahl auf das Geschäft, daß die Polizei wegen des Andranges eingesetzt werden mußte. In den HO-Läden gab es keine Schuhe. Auch viele begehrte Textilien waren sehr knapp oder überhaupt nicht angeboten. Mangel herrschte auch an Geschenkartikeln aus Porzellan, die in vielen Schaufenstern die Aufschrift trugen 'Verkauft'. Eier gab es nur auf Fleischmarken, die Butter war sehr knapp. Die billigeren Obstsorten fehlten fast völlig, Apfelsinen kosteten pro Pfund 2,50 DM. Schweinefleisch gab es nicht, Rosinen, Mandeln und andere Zutaten zu Weihnachtsbäckereien waren nicht aufzutreiben. Auch Speck war nicht zu haben, die HO-Läden hatten auch keinen Bohnenkaffee. Nur in einigen Betrieben wurden geringe Mengen Bohnenkaffee zum Preis von 40,-- DM pro Pfund angeboten. Die Fleischversorgung bestand fast nur aus Hammelfleisch und Geflügel, vor allem Gänse. Die Preise für Gänse betrugen 5,50 bis 6,00 DM pro Pfund.

Pro Haushalt wurden für den ganzen Winter 7 bis 8 Ztr. Braunkohlen-Briketts zugeteilt. Während es vor Monaten in der HO noch Braunkohlenbriketts für 6,-- bis 7,-- DM pro Zentner gab, sind auch dort keine Kohlen mehr zu haben. Zur Verfügung steht fast nur ungesiebte Rohbraunkohle, die nur brennt, wenn Holz beigegeben wird. Brennholz aber ist in ganz Leipzig nicht aufzutreiben."

In einem anderen Bericht heißt es:

"In Finsterwalde sind keine Kartoffeln als Wintervorrat zu erhalten. Eier sind seit Oktober eine Seltenheit geworden und die ebenfalls sehr knappe Butter ist qualitativ sehr schlecht. Frischfleisch gibt es nicht, nur Gefrierfleisch. Die HO-Preissenkung betraf nur minderwertige Erzeugnisse. Waren besserer Qualität sind im Preis gestiegen, u. a. auch Seife und verschiedene Textilien."

Berichte dieser Art lieggn aus vielen anderen Orten vor. Auf dem Lande war die Versorgung mit Textilien noch schlechter. Das wurde sogar von der SED-Presse zugegeben. Im SED-Zentralorgan vom 19. Dezember wurde erwähnt, daß nach den Warenbereitstellungs-Plänen für die Kreise Potsdam-Stadt und Potsdam-Land bei fast gleichen Einwohnerzahlen ein Mißverhältnis von 1 : 6 bis 1 : 8 bestand. Der Landkreis bekam also nur ein Achtel bis ein Sechstel der Menge, die der Stadt Potsdam zugeteilt wurde. Das bedeutete aber keineswegs, daß die Mengen in der Stadt ausgereicht hätten. In Potsdam bestanden die gleichen Mängel wie in anderen Städten. Das Beispiel zeigt lediglich, um wieviel schlechter die Landkreise versorgt wurden. Ein Teil der Mangelwaren wurden in der erwähnten Ausgabe des SED-Zentralorgans aufgezählt: Es hieß dort:

"Viele Verkaufsstellenleiterinnen des Landkreises Potsdam und auch leitende Funktionäre des Großhandelskontors für Haushaltwaren, Niederlassung Teltow, klagten über Lücken in der Warenbereitstellung. Fahrraderatzteile, besonders Fahrradleuchten, sind für die Landbevölkerung notwendige Artikel, aber so gut wie nicht vorhanden. Elektrowaren aller Art, Porzellan, ja selbst Glaswaren, Werkzeuge, Schrauben und viele andere Artikel würden verkauft, wenn die Produktion die Bedürfnisse der Bevölkerung Schritt hielte. Auch in Textilien reicht das Angebot nicht aus. In Grossglionicke klagte die Kollegin Kerst, dass sie nicht genügend warme Unterwäsche anbieten könne. Sogar das Angebot an kunstseidenen Strümpfen genügt nicht. Unverständlich ist es, dass z.B. zu einer Zeit, in der die Bauern schlachten, nicht genügend Grütze vorhanden ist, wie Kollegin Tauschke berichtete. Und wenn sich dazu noch die Verkäuferinnen dieser Gegend vor kurzem ausgerechnet wegen Mangels an gutem Weizenmehl beklagen mussten, so zeugt das zweifellos von einer schlechten Disposition und Warenbereitstellung der Handelsorgane des Landkreises Potsdam."

In Ostberlin hatte die SED-Verwaltung bereits am 27. November die Abgabe von Waren an Westberliner verboten. Im Dezember behauptete sie erneut, die Versorgung in Ostberlin sei durch "Spekulanter und Schieber" sowie "durch die Einkäufe von vielen Westberlinern gefährdet und erliess folgende Anordnung:

"1. Die Bestimmungen der Verordnung zur Verhinderung der Spekulation mit Lebensmitteln und Industriewaren vom 27. 12. 1952 über das Vorzeigen und die Kontrolle des Personalausweises und über die Abgabe von Waren nur für den eigenen Bedarf werden von den Verkaufskräften des staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Handels nicht immer genügend beachtet. Die Verkäufer werden daher nochmals verpflichtet, streng und konsequent darauf zu achten, dass die Abgabe von Lebensmitteln und Industriewaren nur in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen erfolgt.

Die Verkaufskräfte des staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Handels sind berechtigt und verpflichtet, die Bedienung solcher Kunden zu verweigern, die ihren Personalausweis nicht unaufgefordert vorweisen.

2. In den HO-Gaststätten des demokratischen Sektors und solchen Gaststätten, die HO-Waren im Agenturvertrag verkaufen, erfolgt die Abgabe von Speisen, Getränken und sonstigen Waren nur gegen Vorzeigen des gültigen Personalausweises.

Bürger, deren Wohnsitz sich im Währungsgebiet der Bank Deutscher Länder (Westmark) befindet, sind verpflichtet, ihre Rechnungen im Verhältnis 1 : 1 in dieser Währung zu bezahlen.

3. Nach § 1 der Verordnung vom 27.12.1952 dürfen Lebensmittel und Industriewaren nur für den eigenen Bedarf gekauft werden. Jeder Einkauf für nicht einkaufsberechtigte dritte Personen ist daher nach § 6 der Verordnung strafbar.

4. Diese Verordnung tritt am 20. Dezember 1954 in Kraft."

Im Zusammenhang damit wurden scharfe Kontrollmassnahmen eingeführt, die in der Bevölkerung grosse Entrüstung auslösten.

3. Geringere Weihnachtszuwendungen

Im Dezember sah sich das SED-Regime auch diesmal gezwungen, trotz seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Weihnachtszuwendungen an Arbeiter und Angestellte, solche allgemeinen Zuwendungen wieder grundsätzlich zuzulassen. Der Kreis der Empfänger wurde jedoch erheblich eingeschränkt und gleichzeitig erfolgte eine Herabsetzung der verschiedenen Beträge.

Nach einer Anweisung des sowjetischen Ministerrates vom 2.12. wurden

an Arbeiter und Angestellte der VE-Wirtschaft und der staatlichen Verwaltungen mit einem monatlichen Brutto-Einkommen bis zu 500,- DM Weihnachtszuwendungen in folgender Höhe gezahlt: Verheiratete 35,- DM, Ledige 25,-- DM, Lehrlinge 10,-- DM.

1952 hatte die Weihnachtszuwendung für Verheiratete noch 50,-- DM betragen und eine Auszahlung war an alle Angestellten und Arbeiter ohne Begrenzung durch ein bestimmtes Monatseinkommen gezahlt worden. Im Jahre 1953 wurden Weihnachtszuwendungen bis zu einem Monatseinkommen bis 600,-- DM und zwar in der Höhe von 50,-- DM für Verheiratete gezahlt.

Die diesmal erfolgten Einschränkungen trugen dazu bei, die in den Betrieben schon aus vielen anderen Gründen vorhandenen Misstimmungen im Dezember noch zu erhöhen.

4. Verschärfte Disziplinarordnung gegen hohe Ausfallzeiten

Das ZK der SED hat für die VE-Betriebe eine Disziplinarordnung ausarbeiten lassen, Darin ist vorgesehen, dass die Betriebsleiter u.a. folgende Strafen verhängen können, wenn die "Arbeitsdisziplin verletzt" wird: Rüge, strenger Verweis, vorübergehende Versetzung auf einen Arbeitsplatz mit geringerem Lohn, Ausschluss aus der Prämienverteilung, Ausschluss von höher bezahlten Arbeiten, materielle Haftbarmachung bei Ausschuss usw., fristlose Entlassung. Entscheidend dabei ist, was unter "Verletzung der Arbeitsdisziplin" verstanden wird. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht, dass diese Disziplinarordnung dazu dienen soll, die Ausfallzeiten in den Betrieben herabzudrücken.

Nach einer internen Statistik waren im ersten Halbjahr 1954 in den VE-Betrieben der Industrie 130 Millionen Ausfallstunden zu verzeichnen. Nun wurde von der SED-Führung behauptet, dieser Ausfall und der hohe Ausschuss seien vor allem auf mangelnde Arbeitsdisziplin, Fahrlässigkeit und unbegründete Krankmeldungen zurückzuführen.

In Wirklichkeit haben hauptsächlich Mangel an Material und Betriebsmitteln, hohe Reparaturanfälligkeit der Maschinen bei grossem Mangel an Ersatzteilen, schlechte Qualität des Materials und Stockungen in den Zulieferungen und Stromabschaltungen den Ausfall verursacht.

Wenn die Krankmeldungen auch nicht die Ursache der hohen Zahl von Ausfallstunden sind, so trifft es doch zu, dass sie 1954 erheblich gestiegen sind und weit über dem normalen Stand liegen. Ebenso haben die Unfälle bedeutend zugenommen.

Über den hohen Krankenstand und die zunehmenden Unfälle wurde im Dezember auch auf einer FDGB-Aktivtagung in Ostberlin gesprochen. In Ostberlin lag nach offiziellen Angaben der Krankenstand in den VE-Betrieben meist über 10 %, bei VEB Hochbau Friedrichshain im November 1954 bei 21 %. Die ostberliner Sozialversicherungskasse hatte nach den Mitteilungen auf dieser Tagung im September das Jahressoll für die Ausgaben bereits um 30 % überzogen. Weiter wurde über eine starke Zunahme der Unfälle in den ostberliner Betrieben berichtet. Ähnlich sind die Verhältnisse in der Zone.

Obwohl die neue Disziplinarordnung noch nicht in Kraft ist, wurden vielfach schon rigorose Methoden zur Verminderung der Krankmeldungen angewandt. In den Bleierzgruben bei Freiberg, wo der Krankenstand über 12 % lag, wurden Silikose-Kranke der Stufen I und II weiter unter Tage zur Arbeit geschickt und Silikosekranke der Stufe III über Tage eingesetzt. Bei Unfällen wurden Leichtverletzte nicht krank geschrieben, sondern bei Durchschnittslohn mit leichteren Arbeiten beschäftigt.

Ein Jahr nach dem Erlass der Verordnung "Über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Rechte der Gewerkschaften", in der durchgreifende Massnahmen gegen Betriebsunfälle versprochen worden waren, musste im Dezember festgestellt werden, dass keine Verbesserung eingetreten ist. DAS SED/ZK behauptete, die FDGB-Funktionäre und Arbeiter hätten nicht genügend "Initiative" entfaltet und gab ihnen die Schuld. Gleichzeitig erfolgte eine Kritik an den Betriebsleitern, weil sie die eingeplanten Mittel für soziale Zwecke und den Arbeitsschutz nur z.T. in Anspruch nahmen. Die Betriebsleiter ihrerseits begründeten ihr Verhalten mit dem Hinweis auf den Mangel an Material und Arbeitskräfte und die grossen Schwierigkeiten bei der Erfüllung der verrangigen Ziele des Produktionsplanes.

In einer öffentlichen Sitzung des Sowjetzonen-Ministeriums für

- 73 -

Schwerindustrie, die gemeinsam mit Aktivisten und FDGB-Funktionsären Mitte Dezember im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld stattfand, erklärte SELB MANN, die Betriebe der Schwerindustrie hätten 20 % der Investitionsmittel für "soziale, kulturelle und gesundheitliche Einrichtungen" nicht abgerufen und von den Mitteln für Arbeitsschutz nur 62 % ausgenutzt. Dazu machte SELEMANN das Teilgeständnis, die Ursache für die Teilbeanspruchung der finanziellen Mittel liege "auch teilweise im Mangel an Arbeitskräften und Material".

5. Vorbereitungen für den Wirtschaftsplan 1955

An 20. Dezember beschäftigte sich der Sowjetzonenministerrat mit dem Wirtschaftsplan 1955. Nach den Vorlagen des SED-ZK referierte ZK-Mitglied LEUSCHNER, und erklärte, die Hauptaufgabe im Jahre 1955 sei die Erhöhung der Arbeitsnormen und die Einsparung von Material und Betriebsmitteln. Leuschner betonte, dass bei den vorgesehenen Produktionserhöhungen von einem beträchtlich höheren Stand der Arbeitsnormen ausgegangen worden sei. Planzahlen wurden noch nicht veröffentlicht. Aus internen Berichten geht hervor, dass im Jahre 1955 die Schwerindustrie und der Maschinenbau wieder stärker auf Kosten der anderen Produktionszweige bevorzugt werden sollen.

6. Betriebskollektivverträge mit konkreten Einzelverpflichtungen

Im Ostberliner Glühlampenwerk hat die SED im Dezember von einer Delegiertenversammlung, die sich hauptsächlich aus Funktionären zusammensetzte, einen "Musterbetriebskollektiv-Vertrag" annehmen lassen, der im Jahre 1955 für alle VE-Betriebe als Vorbild dienen sollte. Im Werk haben insgesamt zur Vorbereitung 123 Versammlungen stattgefunden. Ein Hauptmerkmal des "Musterbetriebskollektiv-Vertrages" sind die vielen konkreten Verpflichtungen mit genauen Terminen. Den Entwurf hatte das ZK der SED unter dem Gesichtspunkt ausgearbeitet, den BKV für die Durchsetzung der Beschlüsse der 21. ZK-Tagung zu benutzen.

7. Das Energieprogramm wurde nicht erfüllt

Im Jahre 1954 sollte in der Energieerzeugung ein Kapazitätszuwachs von 741 MW erreicht werden. Die verantwortlichen Funktionäre der

75 % erfüllt. Darauf antwortete das SED-ZK, selbst diese Angabe sei irreführend, weil die neuen Kapazitäten noch nicht an das Stromnetz angeschlossen wurden. Während sich die Leitungen der Kraftwerke, und der Zulieferbetriebe auf Materialmangel beriefen, warf ihnen das SED-ZK in einer wiederholten öffentlichen Kritik vor, sie hätten den Rückstand selbst verschuldet. U.a. erschien in der SED-Wochenzeitung "Die Wirtschaft" vom 16.12.1954 eine Stellungnahme des ZK, die folgende bezeichnende Ausführungen enthielt:

"Die verantwortlichen Stellen in den Betrieben und Verwaltungen dagegen reagierten nur sehr schwerfällig, ja es gab nicht wenig Wirtschaftsfunktionäre, von denen die gefährliche Auffassung der 'unüberwindlichen Schwierigkeiten' vertreten wurde.

In einer solchen Einstellung drückte sich eine offensichtliche Unterschätzung der politischen Bedeutung des Energieprogramms aus. Hier liegt auch eine der Hauptursachen im Zurückbleiben, weil die erforderliche Kampfstimmung und der eiserne Wille zum Siegen oftmals fehlten. Die übergeordneten Leitungen einschließlich der Massenorganisationen haben es zu wenig verstanden, die Initiative der Arbeiter, Meister und Ingenieure in den Betrieben zu fördern. Es gab auch keine ausreichende Hilfe für die Betriebe und Montagestellen, um die Schwierigkeiten auf dieser Ebene schnell zu lösen.

Allein die Tatsache, dass 7 Objekte mit einer Leistung von über 100 MW nicht in Probelauf genommen werden können, weil einige Spezialteile fehlen, offenbart die mangelhafte Zusammenarbeit und Koordinierung aller Stellen, die massgeblich für das Energieprogramm verantwortlich tätig sind.

Aber niemand kann Verständnis dafür haben, wenn im Kraftwerk Peenemünde eine Maschine seit dem 1.3.54 sich im Probelauf befindet und infolge Nachlässigkeit bei der Legung der Fundamente für die Maschinen und Kessel sowie wegen nachlässiger Arbeiten bei der Montage der Kessel, die Übergabe an den Investitionsträger immer noch nicht erfolgte. Seit 30.3.54 befindet sich im TRO ein Aggregat im Probelauf. Die Fertigstellung des Vorhabens und die Übergabe wurden bisher durch Fehl- und erneute Falschbestellung durch den VEB Bergmann-Borsig verzögert.

Aber auch die leitenden Organe der Gewerkschaften tragen ein gerüttelt Mass Schuld. Waren die Arbeiterkontrollen entsprechend

ihren Aufgaben entwickelt worden, hätte vieles vermieden werden können.

Die derzeitige Lage lässt bereits erkennen, dass ein erheblicher Überhang ins neue Planjahr eingehen wird."

Diese Lage veranlasste die Sowjetzonenregierung, die Betriebe erneut aufzufordern, die Bestimmungen zur Drosselung des Stromverbrauchs streng zu beachten, die Produktion möglichst in die Nachtstunden zu verlegen und Strom einzusparen.

8. Neue Massnahmen in der Bauwirtschaft

Am 16. Dezember 1954 fand eine Tagung des Sowjetzonenministerrates mit Funktionären aus der Bauwirtschaft statt, in der in der Form eines Regierungsbeschlusses eine Reihe von Massnahmen zur Herstellung der Rentabilität in der Bauindustrie festgelegt wurden. Im Vordergrund stand dabei die Erhöhung der Arbeitsnormen. Der Minister für Aufbau berichtete über hohe Verluste und den hohen Stand der Kosten in der VE Bauindustrie. Weiter behauptete er, die Lohnfonds würden überschritten, weil die Arbeitsnormen zu niedrig und die Belegschaftszahlen zu hoch seien. Danach forderte ULRICH die Durchführung der Beschlüsse der 21. ZK-Tagung in der Bauwirtschaft. In Ergänzung zum Regierungsbeschluss soll ein Plan für die Mobilisierung der Belegschaften und der Funktionärskader zur Durchführung der festgelegten Massnahmen aufgestellt werden. Massnahmen zur Behebung des Mangels an Baumaterial wurden nicht bekannt gegeben.

Nach den offiziellen Zahlen wurden im Jahre 1954 in der gesamten Sowjetzone weniger als 20 000 neue Wohnungen geschaffen. Im Plan war die Errichtung von rund 60 000 neuen Wohnungen vorgesehen.

In Ostberlin betrug die Zahl der neuen Wohnungen etwa 1000. In Berichten aus vielen Städten der Sowjetzone geht hervor, dass im Jahre 1954 das Plansoll für den Wohnungsbau sehr geringfügig war und ein Teil der geplanten Bauten überhaupt nicht begonnen oder nicht beendet wurden. Auch für 1955 wurden sehr niedrige Zahlen gemeldet. In der Stadt Weimar sollen z.B. 1955 nur 24 Wohnungen gebaut werden. In der Stadt Brandenburg betrug das Plansoll für 1954 nur 16 Wohnungen, deren Bau aber nicht beendet und als Planüberhang in das neue Jahr übernommen wurde.

Ein besonderes Fiasko erlebte die SED mit ihrem Plan zur Errichtung von 9 000 Genossenschaftswohnungen und Eigenheimen. Für den grössten Teil der Projekte wurden die Ausschachtungsarbeiten von den Genossenschaftsmitgliedern und den Anwärtern auf die Eigenheime ausgeführt, aber dann geschah nichts mehr. Die Ausschachtungsarbeiten waren in der Freizeit und ohne Bezahlung ausgeführt worden. In einigen Fällen stellten Genossenschaftsmitglieder ihre Mitarbeit ein, als sie erfuhren, dass zunächst die SED-Funktionäre eingewiesen werden sollen. Das Plansoll für den Bau von Eigenheimen und Genossenschaftswohnungen wurde kaum zu einem Drittel erfüllt.

9. Die III. LPG-Konferenz

Vom 11. bis 13. Dezember fand in Leipzig die 3. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG's statt. Diese Konferenz, auf der wieder ULRICHSTADT das Hauptreferat hielt, leitete einen neuen Abschnitt in der Kollektivierung der Landwirtschaft im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland ein.

a) Entwicklung und Lage in den LPG

Über die Zahl der LPG machte ULRICHSTADT auf der III. LPG-Konferenz folgende Angaben:

	<u>Ende 1953</u>	<u>Ende 1954</u>
Zahl der LPG	4 751	5 108
Zahl der Mitglieder	133 775	157 567
Fläche in Hektar	714 198	920 768

Der Anteil der LPG Typ III (Total-Kollektivierung) stieg in dieser Zeit von 39,8 % auf 59,1 %.

Die Zunahme der LPG war hauptsächlich auf Wiedererrichtung verschiedener LPG, die sich nach dem Juniaufstand aufgelöst hatten, und auf die Umwandlung eines Teils der sogen. örtlichen Landwirtschaftsbetriebe in LPG zurückzuführen. Die ÖL wurden nur provisorisch geschaffen, um die 1952/53 von Grossbauern enteigneten Ländereien, soweit sie wegen Mangels an Arbeitskräften nicht unmittelbar in LPG übernommen werden konnten, vorübergehend zu verwalteten. Selbstverständlich verfügten auch die ÖL weder über genügend Betriebsmittel noch über ausreichende Arbeitskräfte und liessen einen grossen Teil der Ländereien brach liegen.

Von den 5 692 Bauobjekten, die im Plan 1954 für den Ausbau der LPG vorgesehen waren, wurden angeblich 3 735 fertig gestellt, davon sollen 2 132 Neubauten gewesen sein.

Die LPG sind fast ohne Ausnahme hoch verschuldet und arbeiteten nicht im Brigadensystem nach Arbeitsnormen und führten auch nicht die Entlohnung nach den Direktiven der SED durch. ULRICHT übte deshalb an den Zuständen in den LPG heftige Kritik. Er führte dazu u.a. aus:

"Hohe Verschuldung der LPG:

Es ist ausgeschlossen, dass den Genossenschaftsbauern einiger LPG mit staatlichen Zuschüssen ein hohes Einkommen gesichert werden kann, während die Genossenschaftliche Wirtschaft zurückgeblieben und unterentwickelt ist.

Deshalb schlagen wir vor, dass die Vorstände der LPG und die Räte der Kreise bei der Aufstellung der Produktionspläne für das Jahr 1955 dafür sorgen, dass die Bewertung der Arbeitseinheiten streng nach der Entwicklung der Produktion der LPG und nach den voraussichtlichen Produktionsergebnissen festgelegt wird. Dabei müssen sie darauf achten, daß auch die LPG eine strenge Plan- und Finanzdisziplin bei der Einhaltung ihrer Zahlungsverpflichtungen an ihren Staat einhalten müssen."

Über die bisherigen Praktiken in den LPG sagte Ulbricht weiter:

Bewertung der Arbeitseinheiten:

"Bei der Ausarbeitung des Planes wird in einer Reihe von LPG von den gewünschten hohen Arbeitseinheiten ausgegangen und danach die Produktion festgelegt. In diesen Fällen werden Produktionsergebnisse eingeplant, für die keinerlei Voraussetzungen vorhanden sind."

Abführungen an den LPG-Fond:

"In einigen LPG wurde die Tendenz festgestellt, bei der Aufstellung des Planes weniger Mittel zur Abführung an die genossenschaftlichen Fonds einzuplanen, als im Statut der LPG festgelegt wurde. Dabei wird besonders die Abführung der Mittel an den anteilbaren Fond vernachlässigt.

Obwohl auf der II. Konferenz gefordert wurde, die Unterschätzung

der Buchführung zu beseitigen, bestehen nach wie vor in der Rechnungsführung der LPG ernste Mängel. Vor allem die Materialbuchhaltung wird in vielen LPG ernstlich vernachlässigt, so daß über die Erfüllung des Produktionsplanes und die genossenschaftlichen Vorräte keine Übersicht mehr besteht. In den meisten LPG sind sich die Vorstände über die Bedeutung der Kontrollfunktion der Buchhaltung nicht im klaren."

In diesem Zusammenhang forderte Ulbricht wie für die VE-Betriebe in der Industrie auch für die LPG, daß die Buchhalter verbindliche Entscheidungen für die Einhaltung des Finanzplanes treffen sollen. Die Abführungen an den unteilbaren Fond sollen künftig 8 - 20 % der Geldeinkünfte der LPG betragen. Über die Arbeitsorganisation in den LPG sagte Ulbricht u. a.:

Brigaden und Arbeitsnormen:

"In den meisten LPG gibt es heute noch ernste Verstöße gegen diese allein richtige Form der Arbeitsorganisation. Diese Verstöße bilden gegenwärtig das Haupthindernis bei der Verbesserung der Arbeit in den LPG. So gibt es eine Reihe LPG, in denen bis heute noch keine Produktionsbrigaden gebildet wurden. In der LPG Gelenau, Kreis Zschopau, z. B. wird bisher noch keine Brigadearbeit geleistet.

Jeder Genossenschaftsbauer arbeitet noch individuell mit seinen Familienangehörigen auf den Flächen, die er in die LPG eingebracht hat.

In der Mehrzahl der LPG wurden die Genossenschaftsmitglieder zwar in Brigaden eingeteilt, aber diese Brigaden arbeiten nicht in Jahresproduktionsauflagen, so daß sie nicht die volle Verantwortung für eine fest zugewiesene Bodenfläche oder einen fest zugeteilten Teil des genossenschaftlichen Viehbestandes tragen. Derartige Erscheinungen bedeuten ernste Verstöße gegen das Statut der LPG, die überwunden werden müssen.

In der Viehwirtschaft ist bisher nur in wenigen LPG eine richtige Brigadewirtschaft entwickelt worden. Vielfach ist es so, daß die Betreuung eines Viehstalles einem Genossenschaftsmitglied mit seiner Familie übertragen wird, ohne daß die Haltung, Fütterung und Pflege einer bestimmten Gruppe von Tieren nach den Beschlüssen der I. und II. Konferenz voll verantwortlich von einem

Mitglied der Viehzuchtbrigade durchgeführt werden. In der genossenschaftlichen Rindviehhaltung führt das dazu, daß für 18 bis 20 und teilweise mehr Kühe nur eine Arbeitskraft zur Verfügung steht, während die Empfehlungen der II. Konferenz die Zuweisung von 12 Kühen vorsehen."

Damit bestätigte Ulbricht, daß in den LPG bisher nicht im Brigadesystem nach Arbeitsnormen gearbeitet wurde und die LPG-Mitglieder die volle Wirkung dieser sowjetischen Arbeitsorganisation noch nicht kennen gelernt haben. Das trifft auch für die Arbeitsnormen und das Leistungsprinzip zu. Dazu sagte Ulbricht:

Leistungsprinzip

"Es gibt jedoch noch viele Genossenschaften, in denen die Arbeitsnormen und die Bewertung der Arbeit nach Arbeitseinheiten nicht richtig angewandt werden. In einer Reihe LPG wird überhaupt nicht nach Arbeitsnormen gearbeitet. Viele Brigadeführer der LPG verhalten sich gegenüber der Anwendung der Arbeitsnormen und der richtigen Bewertung der Arbeitseinheiten ablehnend, weil ihnen die Berechnung der geleisteten Arbeit Schwierigkeiten bereitet.

Um die Verteilung nach der Leistung zu vervollkommen und die Genossenschaftsmitglieder unmittelbar an der Steigerung der Produktion und Übererfüllung der Planziele zu interessieren, so daß sie ihre gesamte Arbeit auf die erreichten höheren Produktionsergebnisse ausrichten, ist es erforderlich, neben der Anwendung von Arbeitsnormen und Arbeitseinheiten ein Prämienystem für überplanmäßige Produktionsergebnisse in den LPG einzuführen.

Der größte Teil der LPG wendet jedoch das Prämienystem bisher nicht an.

Ein entscheidendes Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in den LPG ist der sozialistische Wettbewerb von Mann zu Mann und zwischen den einzelnen Brigaden der LPG."

Aus weiteren Ausführungen Ulbrichts ging hervor, daß in vielen LPG die sogenannte "individuelle Hauswirtschaft" nur auf dem Papier steht, weil dazwischen alle materialen Voraussetzungen fehlen. Ulbricht sagte z. B.:

"Heute herrscht noch ein solcher Zustand, daß erst 50 % aller den LPG vom Typ III angehörenden Familien individuelle Viehhaltung besitzen. Es gibt sogar frühere Landarbeiter, die jetzt Mitglieder der LPG geworden sind und noch Lebensmittelkarten beziehen."

Eine der Ursachen für die Mißstände in den LPG ist das Fehlen der notwendigen Wirtschaftsgebäude für eine landwirtschaftliche Großproduktion. Wie Ulbricht bestätigte, wurde das an sich schon völlig unzulängliche Bauprogramm für 1954 kaum zur Hälfte durchgeführt.

Rückstände im Bauprogramm:

"Bei der großen Bedeutung der Baumaßnahmen in den LPG ist die bisherige Arbeit auf diesem Gebiet unbefriedigend. In den LPG werden in diesem Jahr 5 600 Bauten für die Produktion errichtet. Nach den Angaben des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft waren bis Ende September davon erst 2 700 fertiggestellt, 2 500 befinden sich im Bau und mit dem Rest war bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal begonnen worden. Die Verzögerungen haben verschiedene Ursachen. Die Hauptursachen sind, daß die meisten LPG ihre Bauten nicht mit eigenen Baubrigaden ausführen, daß fast ausschließlich mit Material aus dem staatlichen Materialfond gebaut wird, ohne die örtlichen Reserven zu nutzen."

Für die Zukunft verwies Ulbricht die LPG in dieser Hinsicht auf die "Naturbauweise mit örtlich gewonnenen Baumaterialien und eigenen Baubrigaden", also auf die Selbsthilfe.

In diesem Zusammenhang verdiensten auch die Ausführungen Beachtung, die vor der SED-Bezirksleitung Magdeburg vom ZK-Mitglied PISNIK über die Situation in den LPG gemacht wurden:

"In der LPG Langenweddigen wird nicht nach dem Statut gearbeitet. Die Arbeitsorganisation ist äußerst mangelhaft, der Produktionsplan ist nicht auf die Brigaden aufgeschlüsselt und die Arbeit wird nicht nach Leistung und sorgfältig erarbeiteten Normen bezahlt, sondern die Brigadiere tragen ohne Beachtung der Leistung nach Gutdünken Arbeitseinheiten ein."

So ist es nicht verwunderlich, wenn die im Finanzplan festgelegten Ausgaben für die Arbeitseinheiten weit überschritten werden und im Jahre 1954 dadurch Überhang an Krediten etwa DM 540 000 betragen wird.

Aus all den genannten Gründen sind viele Genossenschaften in Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Produktions- und Finanzpläne geraten. Eine Folge ist, daß viele Genossenschaften nicht werthend auf die noch außenstehenden wirken.

Dafür nur zwei Beispiele: In Dingelstedt ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Einzelbauern, wie mir die Genossen sagten, günstiger als in der LPG. Durch was sollen diese Menschen denn überzeugt werden, daß sie in die LPG eintreten?

Oder nehmen wir die örtlichen Landwirtschaftsbetriebe, die wir doch in die LPG überführen wollen. Die Landarbeiter des ÖL Klein-Rodensleben sind bisher noch nicht für die LPG zu gewinnen gewesen, weil sie die schlechte Arbeit der LPG in ihrem Ort vor Augen haben, die kein Anziehungspunkt für sie ist."

Damit wurde bestätigt, daß 2 1/2 Jahre nach Beginn der Kollektivierung in den LPG schwere Mißstände herrschen und die Lage der LPG-Mitglieder ungünstiger ist als die der Einzelbauern, obwohl die letzteren höhere Ablieferungsnormen haben und in der Versorgung im Vergleich zu LPG erheblich vernachlässigt werden.

b) Maßnahmen zur weiteren Kollektivierung

Die auf der III. LPG-Konferenz angekündigten Maßnahmen sind z. T. auf die Festigung der bestehenden LPG und z. T. auf die Fortsetzung der Kollektivierung gerichtet. In einer Entschließung der III. LPG-Konferenz wurde über den künftigen Kurs in den LPG u. a. ausgeführt:

"Es muß energisch um die Hebung der Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral gekämpft werden. Allen Genossenschaftsmitgliedern muß klargemacht werden, daß nur das verteilt werden kann, was produziert worden ist.

Die Hauptaufgaben auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation sind: Die Bildung ständiger Feldbaubrigaden für die Dauer einer Fruchtfolge, stabiler Viehzuchtbrigaden, die Ausarbeitung und Anwendung des Prämiensystems als Mittel zur Leistungssteigerung."

Weiter wurde gefordert: Einführung von Arbeitsnormen, die "über den durchschnittlichen Leistungen liegen", Durchführung von Wettbewerben von Mann zu Mann und Brigade zu Brigade, Bildung von Baubrigaden.

Auf der III. LPG-Konferenz wurden weitere Maßnahmen zur Fortsetzung der Kollektivierung bekanntgegeben. Zu den Vorbereitungen der LPG für die Aufnahme weiterer Bauernhöfe und überhaupt aller Bauernwirtschaften des betreffenden Dorfes sollen u. a. von den LPG "Perspektivpläne" für die weitere Entwicklung aufgestellt werden, in denen davon ausgegangen werden soll, daß einmal die LPG alle Ländereien des Ortes umfassen wird.

SED-Gruppen in den LPG

In diesem Zusammenhang ist auch die Anweisung an die SED-Gruppen in den LPG zu erwähnen, die Ulbricht in folgender Weise formulierte:

"Um die Rolle der Parteiorganisationen in den LPG zu erhöhen, werden sie durch das Statut der Partei verpflichtet, die Tätigkeit der Leitung der Genossenschaft zu kontrollieren und bei Durchführung der Produktionspläne eine Anleitung und Kontrolle auszuüben.

Vor allem entfaltet die Grundorganisation die Initiative, damit den Genossenschaftsmitgliedern die Erfahrungen der Neuerbewegung, der Meister der Landwirtschaft, die Erfahrungen der Kollektivwirtschaften in der Sowjetunion vermittelt werden."

MTS als Hauptmittel der Kollektivierung:

Eine weitere Maßnahme ist der vorgesehene Ausbau der MTS. Auch in den MTS sollen wie in den Industriebetrieben alle Maßnahmen durchgeführt werden, die auf der 21. ZK-Tagung bekanntgegeben wurden, also Sparsamkeitsregime, Erhöhung der Arbeitsnormen, Senkung der Lohnausgaben. Ulbricht bezeichnete die MTS als "das Hauptmittel zur Entwicklung der Landwirtschaft."

Arbeitsgemeinschaften der Bauern als Vorstufe:

Bei den Einzelbauern sollen die MTS auf die Bildung von ständigen Bestell-Ernte-Drusch-Rode- und anderen Arbeitsgemeinschaften hinwirken, um sie so an "kollektives Wirtschaften zu gewöhnen". Der politische Funktionärsstab und die fachlichen Kräfte der MTS sollen zu diesem Zweck erheblich verstärkt werden. Auch die LPG sollen zu den Einzelbauern ein "kameradschaftliches Verhältnis" unterhalten und sie durch ihr Beispiel von der angeblichen "Überlegenheit

Schnelle Umwandlung der ÖL in LPG:

Dazu sagte Ulbricht auf der III. LPG-Konferenz:

Wir sind der Meinung, daß in möglichst kurzer Frist die örtlichen Landwirtschaftsbetriebe in den Orten, wo eine LPG besteht, in die LPG eingegliedert werden sollen. Andere örtliche Landwirtschaftsbetriebe sollen als Grundlage für die Schaffung neuer LPG genommen werden. Die Entwicklung der ÖL zu LPG erfordert außerordentliche Hilfsmaßnahmen durch die Kreisräte."

Aufnahme von Großbauern in die LPG

Über die in Zukunft vorgesehene Aufnahme von Großbauern in die LPG führte Ulbricht aus:

"Nach sorgfältiger Prüfung der Lage schlagen wir vor, daß der Beschuß der I. Konferenz der LPG, in dem die Aufnahme von Großbauern untersagt wird, aufgehoben wird. Wir halten es für zulässig, daß die Mitgliederversammlung der LPG beschließen kann, Großbauern, die sich loyal zur DDR verhalten, in die LPG aufzunehmen. Wir wissen, daß es bei solchen Aufnahmen eine Reihe komplizierter Fragen und auch gewisse Gefahren gibt. Wir schlagen vor, daß die Räte der Kreise in diesen Fällen den LPG als Ratgeber zur Seite stehen.

Einige Delegierte fragten: Wird den Großbauern der ganze eingebrachte Boden angerechnet? Ich habe einige Beispiele genannt, in denen der betreffende Großbauer vorgeschlagen hat, nur einen Teil des Bodens als Bodenanteil angerechnet zu bekommen. Auf einer solchen Basis kann man sich einigen. Und da wir genügend Vertrauen zur Mitgliederversammlung der LPG haben, wird sie die Sache schon richtig machen."

Im ersten Abschnitt der Kollektivierung wurden keine Großbauern aufgenommen. Damit gingen auch ihre Erfahrungen und Arbeitskräfte verloren und der größte Teil der enteigneten Ländereien blieben brach liegen und viel Vieh ging ein. Der Mangel an Arbeitskräften ist einer der wundesten Punkte der Landwirtschaft und bisher bemühte sich das SED-Regime vergeblich, Menschen aus den Städten für die Arbeit in den LPG, MTS und VEB zu gewinnen. Das dürfte der Hauptgrund für die Bemühung sein, Großbauern unter Anrechnung eines kleinen Teiles ihres Bodens als "Genossenschaftsanteil" zu arbeiten in

- 84 -

den LPG zu machen.

Unter der Landbevölkerung haben die Ausführungen auf der III. LPG-Konferenz neue Beunruhigung und starken Widerspruch hervorgerufen. In den LPG, MTS und VEG ist der Widerstand gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen nicht geringer als in den Industriebetrieben. Die Bauern ihrerseits sehen der Fortsetzung der Kollektivierung mit unveränderter Entschlossenheit zum stärksten Widerstand entgegen.

III. Die Flüchtlingsbewegung aus der Sowjetzone

Das Jahresende stand auf dem Gebiet der Flüchtlingsbewegung von Ost nach West im Zeichen eines anhaltenden Absinkens der Flüchtlingsziffern. Im Berichtsmonat meldeten sich in

Berlin	4.390	gegenüber	5.928)
Gießen	2.380	"	2.590) im November 1954
Uelzen	4.638	"	5.237)

Insges. 11.408 gegenüber 13.755 im November

=====

Für das Jahr 1954 ergaben sich zum Jahresende im einzelnen folgende Zahlen:

Antragsteller im Notaufnahmeverfahren insgesamt	184.198
davon wurden aufgenommen	142.173
davon wurden abgelehnt	32.595

Über die restlichen Fälle wurde bis zum Jahresschluß 1954 noch nicht entschieden.

Der Anteil der Personen, die als Interzonenreisende nach dem Bundesgebiet und z. T. auch nach Westberlin kommen, ist im Dezember erneut gestiegen und betrug 55,5 % aller Antragsteller im Notaufnahmeverfahren. Der Durchschnittssatz für die Monate Januar bis Oktober 1954 betrug dagegen nur 34,9 %.

Von den 11.408 Antragstellern im Dezember wurden 10.545 aufgenommen, davon 700 = 6,1 %, weil sie die Sowjetzone wegen einer besonderen Zwangslage im Sinne des § 3 BVFG verlassen mußten.

In Dezember wurden 4.289 aufgenommene Sowjetzonenflüchtlinge von Westberlin in das Bundesgebiet geflogen. Das sind zwar rund 2000 weniger als im November, jedoch ist ein Rückstau durch das gleichzeitige Nachlassen des Flüchtlingsanlaufs nicht eingetreten.

66 Volkspolizisten beantragten im Dezember 1954 die Notaufnahme, das sind 0,6 % aller Antragsteller. Im gesamten Jahre 1954 beantragten 1.848 Volkspolizisten die Notaufnahme, während es im Jahre

1953 - besonders durch die Ereignisse und Folgen des 17. Juni - 4.731 waren.

In der beruflichen und soziologischen Struktur ergaben sich unter den Sowjetzonenflüchtlingen gegenüber den Vormonaten keine wesentlichen Veränderungen.

Von den im Dezember 1954 eingewiesenen Flüchtlingen, also von denjenigen, die das Notaufnahmeverfahren durchlaufen und die Notaufnahme erhalten haben und endgültig einem Bundesland zugewiesen worden sind, erhielten

- 1.231 die Notaufnahme auf Grund eines Rechtsanspruchs,
- 2.216 wegen ausreichender Lebensgrundlage und
- 7.469 im Wege es Ermessens.

Das volle Ausmaß der Flüchtlingsbewegung aus der Sowjetzone wird deutlich, wenn man bedenkt, daß seit dem Jahre 1949 bis einschließlich 31. 12. 1954 insgesamt 1.190.662 Flüchtlinge aus der SBZ die Notaufnahme in den Lagern Berlin, Gießen und Uelzen beantragt haben. Dazu kommen noch die Flüchtlinge, die unmittelbar durch die Länder in eigener Zuständigkeit die Zuzugsernehmigung erhalten, und zwar von 1949 bis 1953 insgesamt 931.601. Als dritte große Gruppe müssen noch die Flüchtlinge hinzugerechnet werden, die illegal im Bundesgebiet wohnen, und die weder bei einem Notaufnahmelaß, noch bei den zuständigen Stellen der Länder oder Gemeinden registriert sind. Alles in allem läßt sich zum Jahresende 1954 feststellen, daß bis jetzt rund 2 1/2 Millionen Menschen ihre Heimat in der SDZ verlassen haben.

Die abschließende Auswertung der Ergebnisse der Hessischen Landtagswahl, auf die bereits im letzten Monatsbericht hingewiesen wurde, ergab, daß die Sowjetzonenflüchtlinge in Hessen zu einem sehr grossen Teil der SPD ihre Stimme gegeben haben. So gewann z. B. die SPD im Stimmbezirk Biebergemünd, zu dem das Flüchtlingslager Rodheim gehört, in den 50 wahlberechtigte Flüchtlinge untergebracht sind, 87 Stimmen, während die CDU 43 Stimmen verlor. In der Siedlung Büblingshausen, in der nur Sowjetzonenflüchtlinge, Spätheimkehrer und Kriegsbeschädigte wohnen, errang die SPD 75 % aller Stimmen.

Ein ähnliches für unsere Partei positives Ergebnis ergab sich bei der Wahl am 5. Dezember in Berlin.

Die Räumung der Flüchtlingslager ging - wenn auch nur in begrenzten Umfang - auch im Dezember weiter. So wurde u. a. das Flüchtlingslager Nord in Wasseralfingen Kreis Aalen zum 31. Dezember von den 300 Insassen geräumt. Die Baracken sollen nach der Räumung sofort abgerissen werden. Die weitere Räumung der Lager ginge allerdings wesentlich schneller vonstatten, wenn genügend Wohnungen bzw. die notwendigen Wohnbaumittel zur Verfügung ständen. In Heidelberg hat deshalb der Kreisverband der Sowjetzonenflüchtlinge zur Selbsthilfe gegriffen und wird jetzt mit Hilfe amerikanischer Mittel 50 Wohnungen bzw. Eigenheime für SBZ-Flüchtlinge finanzieren.

Ein ebenso großes Problem, das auch im Jahre 1954 noch nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte, ist die arbeitsmässige Unterbringung der Flüchtlinge aus der SBZ. Der Anteil der Sowjetzonenflüchtlinge an der gesamten Bevölkerung des Bundesgebietes beträgt zurzeit 4,5 %, der Anteil der Sowjetzonenflüchtlinge und Vertriebenen zusammen 21,7 %.

U. a. sind 3.436 Industriebetriebe von Sowjetzonenflüchtlingen im Jahre 1954 neu begründet worden, das sind 3,8 % aller Industriebetriebe der Bundesrepublik. Darunter sind 1.587 Betriebe mit einem bis neun und 1.849 Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten.

Abgesehen von der materiellen Versorgung und Eingliederung ist die kulturelle Betreuung der Flüchtlinge, die jahrelang von einer freien geistigen und kulturellen Bildung abgeschnitten waren, eine der wichtigsten Aufgaben überhaupt. Im kleinen werden in dieser Hinsicht auch immer wieder Versuche unternommen, so z. B. in Hessen, wo jetzt die Staatsbüchereien aufgefordert wurden, für die hessischen Flüchtlingslager und Notunterkünfte geeignete Literatur aus ihren Beständen abzugeben. Außerdem stellte der Hessische Rundfunk für verschiedene Lager in Hessen Rundfunkgeräte zur Verfügung.

Im Dezember wurde u. a. in Ulm ein neues Jugendwohnheim für jugendliche Sowjetzonenflüchtlinge eröffnet, so daß jetzt in Ulm drei derartige Heime bestehen, und zwar je eins unter der Leitung der Arbeiterwohlfahrt, des Evangelischen Hilfswerks und der Caritas.

Bei einem Rückblick auf das Jahr 1954 darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich im abgelaufenen Jahr verstärkt die Tendenz zur Zu- und Rückwanderung in die Sowjetzone bemerkbar gemacht hat. Es handelt sich dabei einsteils um Bewohner der Bundesrepublik, die aus irgendwelchen Gründen ihren Wohnsitz in die Sowjetzone verlegen und zu anderen um Menschen aus der Sowjetzone, die zunächst als Flüchtlinge nach dem Bundesgebiet gekommen waren und schließlich aus mannigfachen Gründen wieder in ihre Heimat zurückkehrten. Viele dieser Rückwanderer laufen jedoch nach einiger Zeit erneut als Flüchtlinge in Westberlin oder Westdeutschland an, nachdem sie die Sinnlosigkeit und Aussichtslosigkeit eines neuen Beginnens in der Sowjetzone eingesehen hatten.

Im 1. Quartal 1954 betrug die Zahl der offiziell erfaßten Abmeldungen nach der Sowjetzone rund 6 000 und im zweiten Quartal 1954 rund 7 000. Allerdings werden die tatsächlichen Zahlen etwas höher liegen, wenn man berücksichtigt, daß viele "Rückwanderer" ohne offizielle Abmeldung bei einer Behörde der Bundesrepublik in die Sowjetzone abwandern.

Die von sowjetzonalen Lehörden genannten Zahlen, die zwischen 75 bis 100000 schwanken, dürften jedoch aus propagandistischen Gründen erheblich überhöht sein.

Trotz allem sollte diese Entwicklung sehr genau beobachtet werden, da sich zum Teil aus den Gründen der Abwanderungen in die Sowjetzone Rückschlüsse auf das soziale und innere Gefüge der Bundesrepublik ableiten lassen.

IV. Jahresrückblick 1954

Im Jahre 1954 hat der Widerstandskampf der Bevölkerung im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland ungebrochen angehalten. Es ist den Pankowern Machthabern nicht gelungen, eine Massenbasis zu erhalten oder auch nur die Bevölkerung zur Resignation zu zwingen.

Den Kern des Widerstandes bildeten weiter die sozialdemokratischen Arbeiter. Die wüste Hetzkampagne gegen den Sozialdemokratismus, die in den ersten Monaten des Jahres mit gleicher Heftigkeit wie im Vorjahr betrieben wurde und auf dem IV. Parteitag der SED im April ihren Höhepunkt fand, verfehlte vollkommen ihren Zweck und wirkte sich gegen ihre Urheber aus.

Ebenso erging es dem SED-Regime mit der später eingeschlagenen Taktik, den sozialdemokratischen Widerstandskampf in der Zone totzuschweigen und eine angebliche Überstimmung mit der SPD im Kampf gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und für die deutsche Wiedervereinigung vorzutäuschen. Auch damit erreichten die Kommunisten nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung. Die Bevölkerung wurde immer stärker auf die sozialdemokratischen Argumente in der Frage der Wiedervereinigung hingelenkt.

Ein Fiasko erlitt die SED-Diktatur auch mit dem Versuch, die Bevölkerung durch vorübergehende Verbesserungen in der Versorgung und durch Erleichterungen im Reiseverkehr zu beschwichtigen. Es war zu offensichtlich, daß kein grundsätzlich "neuer Kurs" eingeschlagen worden war und verschiedene Verbesserungen, wie vor allem der Verzicht auf eine allgemeine Heraufsetzung der Arbeitsnormen, nur Konzessionen unter dem Eindruck des Juniaufstandes im Vorjahr waren.

Eine schwere Niederlage erlitt das Pankowere Regime im Juni bei seiner "Volksbefragung" über die demagogisch gestellte Frage "EVG oder Friedensvertrag". Ein sehr hoher Prozentsatz der Stimmzettel enthielt Absagen an das Regime.

- 90 -

Die Bestürzung über diese Niederlage war bei den kommunistischen Machthabern so groß, daß sie bei der Scheinwahl zur "Volkskammer" im Oktober auf jede demokratische Tarnung verzichteten und die Bevölkerung mit Stimmzetteln, auf denen überhaupt nichts zu vermerken war, und mit sowjetischen Methoden der offenen Zettelabgabe brüskierten. Es war die übelste Komödie dieser Art in den über neun Jahren der sowjetischen Besetzung, die von der Bevölkerung als die frechste Zumutung empfunden und mit umso offener zur Schau getragenen Verachtung beantwortet wurde.

Eine weitere schwere Niederlage erlitt die SED bei ihrem Versuch, durch eine mit allen propagandistischen Mitteln ihrer totalitären Staatsmacht forcierten Kampagne in Westberlin bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 5. Dezember einen Erfolg zu erringen. Sie erhielt im rings von der Sowjetzone eingeschlossenen Westberlin nur 2,7 % der abgegebenen Stimmen und brachte nicht einen Vertreter in das Abgeordnetenhaus oder die Bezirksversammlungen. Diese vernichtende Niederlage wirkte in der Sowjetzone ermutigend auf die im Widerstandskampf stehende Bevölkerung und zersetzend auf die SED.

Auch die letzte große Kampagne der SED im Jahre 1954, ihr Propagandafeldzug für eine allgemeine Aufrüstung der Sowjetzone im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge, wurde zu einer Niederlage. Mit Leidenschaft gab die Bevölkerung ihrer Ablehnung Ausdruck und zeigte ihre Entschlossenheit, alle Möglichkeiten des Widerstandes auszuschöpfen.

Die Entwicklung im Jahre 1954 bewies auch mit aller Deutlichkeit, daß es der SED-Diktatur bisher nicht gelang, die Jugend, die seit 1945 der kommunistischen Propaganda ausgesetzt ist, für das Regime zu gewinnen. Der Prozentsatz linientreuer Kommunisten und Karrieristen ist unter der Jugend ebenso so unbedeutend geblieben wie unter der älteren Generation. Zum Pfingsttreffen der FDJ in Ostberlin war nur eine streng kontrollierte Auslese von politisch als einigermaßen "zuverlässig" geltenden Jugendlichen zugelassen worden. Aber auch diese waren weit davon entfernt, als FDJ-Funktionäre dem Regime zu dienen. Die Organisation der FDJ verfiel nach dem Jugendtreffen erneut in Passivität und Zersetzung. So wie die Jugendlichen den KVP-Werbern in den Betrieben eine Abfuhr erteilten, so setzten

sie auch im Dezember der wieder aufgelebten SED-Propaganda für "nationale Streitkräfte" ihren Widerstand entgegen.

Der Kampf der SPD für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden fand unter der Bevölkerung in der Sowjetzone im Jahre 1954 wachsende Zustimmung. Zur Aufklärung über den sozialdemokratischen Standpunkt trug wesentlich der Berliner Parteitag der SPD bei, dessen freimütige Diskussion über die westdeutsche Wiederbewaffnung und klares Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus verbunden mit der entschiedenen Absage an das kommunistische und jedes andere totalitäre System in der Zone nachhaltige Wirkungen auslöste.

Die Zunahme des sozialdemokratischen Einflusses zeigte sich auch in der erfolgreichen Tätigkeit des Ostbüros der SPD. Die in der Sowjetzone verbreiteten Aufklärungsschriften fanden einen starken Widerhall. Das ZK der SED war oft gezwungen, auf die Argumentation dieser Flugblätter, Zeitungen, Broschüren und Schriften einzugehen.

Vor allem aber bestand um die sozialdemokratischen Widerstandskämpfer in der Sowjetzone ein Schutzwall des Vertrauens und der Solidarität der Bevölkerung und vereitelte alle Versuche des SSD, in die Reihen der sozialdemokratischen Widerstandsgruppen einzubrechen und sie zu liquidieren.

Wie stark sich die sozialdemokratische Argumentation in der Frage der deutschen Wiedervereinigung in der Sowjetzone durchgesetzt hat, zeigte sich deutlich im Dezember, als sich in vielen Versammlungen die Arbeiter offen gegen die Remilitarisierung in der Sowjetzone und in Westdeutschland aussprachen.

Ein großer Erfolg des Widerstandskampfes war die Tatsache, daß die kommunistischen Machthaber in der Sowjetzone es seit dem Juni-aufstand 1953 bis zum Ende des Jahres 1954 im keinen einzigen Betrieb wagten, die Arbeitsnormen heraufzusetzen, obwohl sie bei der Festsetzung der Planziele von höheren Normen ausgegangen waren. Trotz der Bildung der bewaffneten "Kampfgruppen" der SED in den Betrieben nahm der Widerstand gegen die Ausbeutungsmethoden in den Betrieben zu.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist dem SED-Regime im Jahre 1954 keine Stabilisierung gelungen. Es konnte weder seine Planziele durchsetzen, die seine Zwangsexporte in den Ostblock und den Ausbau seiner Machtpositionen betrafen, noch die versprochene Erhöhung der Konsumgüterproduktion verwirklichen, da beide Ziele einander ausschlossen. So trat in den letzten Monaten des Jahres erneut eine erhebliche Verschlechterung der Versorgung ein.

Die zunehmenden Schwierigkeiten in der Wirtschaft, Materialmangel, enorme Stillstandszeiten, hohe Ausschüßproduktion, Überschreitung der geplanten Kosten, veranlaßten das SED-ZK, auf seiner 20. und 21. Tagung im Herbst 1954 wieder jenen scharfen Antreiberkurs anzukündigen, der 1953 mit dem Juniaufstand sein Ende gefunden hatte. So zeigte sich erneut das unentrinnbare Dilemma eines Systems, das wegen seiner Struktur und Zielsetzung zwangsläufig eine maximale Ausbeutung der arbeitenden Menschen bedingt und für die Bevölkerung den Widerstandskampf zu einem Gebot der Selbsterhaltung macht. Tatsächlich lösten die Ankündigungen der SED auf den erwähnten ZK-Tagungen, die Arbeitsnormen heraufzusetzen und die Löhne kürzen zu wollen, in den Betrieben sofort eine ähnliche Kampfstimmung aus wie vor dem Juniaufstand.

Die Arbeiterschaft ließ sich im Jahre 1954 auch nicht beeindrucken durch die "Delegationen", die das SED-Regime von der KPD aus Westdeutschland in die Sowjetzone entsenden und als angebliche Anhänger anderer Parteien auftreten ließ.

Ende 1954 war Mitteldeutschland bereits seit 9 Jahren und 7 Monaten von sowjetischen Truppen besetzt und einem unmenschlichen Terror-Regime ausgeliefert. Am Ende dieser langen Zeit stützte sich dieses Regime noch immer einzig und allein auf die sowjetische Besatzungsmacht, es gelang ihm nicht, den Widerstand der deutschen Bevölkerung zu brechen oder auch nur abzuschwächen. Was die mitteldeutsche Bevölkerung will und auch im Jahre 1954 wieder klar zum Ausdruck gebracht hat, ist das Ende der SED-Diktatur und die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege über gesamtdeutsche, freie, demokratische Wahlen und mit friedlichen Mitteln.

Die Ergebnisse des Notaufnahmeverfahrens in Berlin im Dezember 1954

I.	Anlauf in der Flüchtlingsstelle des Berliner Senats (Untersuchungen in der Arztstelle)	5 380
II.	Antragstellung im Notaufnahmeverfahren	4 390
III.	Im Verfahren abschließend behandelt:	
	1. In den Aufnahme-Ausschüssen	4 692
	a) aufgenommen	2 985
	b) abgelehnt	1 585
	c) auf sonstige Weise erledigt	<u>122</u>
	2. In den Beschwerde-Ausschüssen	2 147
	a) aufgenommen	628
	b) abgelehnt	1 487
	c) auf sonstige Weise erledigt	<u>32</u>
	Eingewiesen durch die Ländervertreter insgesamt abzüglich Einweisungen Berlin	3 368
		<u>580</u>
	Eingewiesen in die Länder der Bundesrepublik	2 788
	Zuzüglich in Jugendlager Eingewiesene	<u>736</u>
	Zum Abflug zur Verfügung gestellt	3 524
	Noch im Aufnahmeverfahren	2 851

Verteilung der Aufgenommenen auf die Länder:

Einweisungsland	Dezember 1954
-----------------	---------------

Schleswig-Holstein	296
Hamburg	261
Niedersachsen	856
Bremen	109
Nordrhein-Westfalen	3 948
Hessen	515
Rheinland-Pfalz	413
Baden-Württemberg	1 437
Bayern	285
Berlin	580

Die gesamten Antragsteller in Berlin, Gießen und Uelzen nach Altersgruppen:

Altersgruppen	Dezember 1954	
	Anzahl	%
Unter 6 Jahren	863	7,5
6 bis unter 14 Jahren	1 327	11,6
14 " " 18 "	1 548	13,6
18 " " 21 "	1 243	10,9
21 " " 25 "	755	6,6
25 " " 45 "	3 172	27,8
45 " " 65 "	1 901	16,7
65 Jahre und älter	599	5,3
Zusammen	11 408	100,0
davon männlich:	5 371	47,1

Die gesamten Antragsteller in Berlin, Gießen und Uelzen nach der beruflichen Gliederung:

Berufsgruppen

Dezember 1954

Alle Berufsgruppen (absolut)	11 408
<u>davon in %</u>	
1. Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft	7,5
2. Industrie und Handwerk	19,9
3. Technische Berufe	1,8
4. Handels- und Verkehrsberufe	11,8
5. Haushalt, Gesundheitswesen und Volkspflegeberufe	6,4
6. Verwaltungs- und Rechtswesen	3,1
7. Berufe des Geistes- und Kunstlebens	1,4
8. Berufstätige mit unbestimmten Berufen	9,9
Erwerbspersonen insgesamt (1 - 8)	61,8
9. Pensions- und Rentenempfänger	6,4
10. Hausfrauen ohne Berufe	11,9
11. Kinder und Schüler	19,5
12. Studenten	0,4
	100,0

25X1

Page Denied

Next 1 Page(s) In Document Denied